

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,  
 wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Verwaltungs-  
 Zeitschrift für 1901 unter Nr. 7671.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Österreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühren:**  
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen-  
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,  
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch: Adressen  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Brühl-Strasse 2.  
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Sonabend, den 26. Januar 1901.

Expedition: SW. 19, Brühl-Strasse 3.  
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

### Eisenbahnerglück.

Das Loblied, das Minister v. Thielen am Donnerstag im preussischen Abgeordnetenhaus auf die Verwaltung der Staatseisenbahnen anstimmte, der Lon, in dem er sich und seinen Kollegen v. Miquel gegen den Vorwurf der Plasmacherei und der Profitgier verteidigte, seine kavaliermässigen Ausfälle gegen die Presse, die es wagt, Mängel in seinem Reich aufzudecken, nötigen, ein wenig auf die Zustände im preussischen Eisenbahnwesen einzugehen. Um uns vor dem Vorwurf des Möbfinns, den Herr v. Thielen in die parlamentarische Sprache eingeführt hat, zu sichern, legen wir unsere Betrachtungen das von Herrn v. Thielen selbst bearbeitete amtliche Material, nämlich den Bericht über die Betriebsergebnisse für das Jahr 1899, zu Grunde.

Das finanzielle Resultat des Berichtsjahrs ist glänzend. Der Betriebsergebnisüberschuss betrug 563 1/2 Millionen Mark, gegen das Vorjahr ein Mehr von 27 Millionen oder eine Steigerung um 4,99 Proz. Dieser hohe Ueberschuss ist keineswegs eine zufällige Erscheinung, wie sich aus einem Vergleich der letzten Jahre ergibt; er ist

von 503 899 000 M. im Jahre 1896/97
auf 581 677 000 " " " 1897/98
" 538 890 000 " " " 1898/99
" 563 418 000 " " " 1899

gestiegen und wird für das laufende Etatsjahr auf mindestens 571 Millionen geschätzt.

Auch die Rente, welche die preussischen Staatsbahnen abwerfen, ist im fortgesetzten Steigen begriffen. Während sie seit 1896/97 in Bayern von 4,17 auf 3,70, in Sachsen von 5,22 auf 3,92, in Württemberg von 3,30 auf 3,11, in Mecklenburg von 5,06 auf 4,58 gesunken ist, ist sie in Preußen in demselben Zeitraum von 7,16 auf 7,30 gestiegen.

Allein aus der Beförderung von Personen haben die Eisenbahnen im Jahr 1899 vereinnahmt 345 Millionen gegen 330 Millionen im Jahr vorher. Und diese Einnahmen wurden, was socialpolitisch von hoher Bedeutung ist, zu fast drei Vierteln, nämlich zu 70,06 Proz., aus der Beförderung in der dritten und vierten Wagenklasse aufgebracht. 108 Millionen Einnahmen aus der vierten und 134 Millionen aus der dritten stehen 16 Millionen aus der ersten und achtzig Millionen aus der zweiten Wagenklasse gegenüber. Der Rest rührt von der Beförderung von Militärpersonen her. Unter diesen Umständen würde es von einem tüchtigen Geschäftsmann, der einzig und allein auf Vermehrung seines Einkommens und Anhäufung von Reichthümern bedacht ist, wohl verständlich sein, wenn er Reformen unzugänglich wäre. Allerdings müßte er sich dann den Vorwurf der Plasmacherei gefallen lassen. Herr v. Thielen ist über solche Vorwürfe erhaben. Nicht aus Plasmacherei unterläßt er alle und jede Reform, nicht deshalb müssen die Reisenden dritter und vierter Klasse oft wie das Vieh zusammengepackt fahren, während die Wagen erster Klasse leer sind oder höchstens einen Reisenden befördern, der sich behaglich auf dem Polster hinstrecken kann, nicht um noch höhere Ueberschüsse zu erzielen, will er von einer Abschaffung der vierten Wagenklasse und von einer Verbilligung der Tarife nichts wissen, sondern Gründe ganz anderer Natur sind es, die ihm bei seinem edlen Streben leiten. Schade nur, daß wir in unserem beschränkten Unterthanenverstand die Gründe nicht zu durchschauen, geschweige denn zu würdigen verstehen. Wir meinen vielleicht, daß Herr v. Thielen, nicht nur was seine Tüchtigkeit, sondern auch was seine Politik anbelangt, der geborene Entgleisungsminister ist.

Genüß wird man Herrn von Thielen beispfinden, wenn er pathetisch fragt, ob wir denn schon so weit gekommen sind, daß eine sparsame Verwaltung, die Ueberschüsse erzielt, als tabuläwert hingestellt wird. In dieser Verallgemeinerung ist der Satz durchaus unansehnlich. Ganz anders aber liegt die Sache, wenn die Sparbarkeit übel angebracht ist, wenn die hohen Ueberschüsse erzielt werden auf der einen Seite durch Verzicht auf alle Reformen, die für die Sicherheit des Betriebs unerlässlich sind, auf der anderen Seite durch übermäßige Ausnutzung des vorhandenen Beamten- und Arbeiterpersonals bei möglichst niedrigen Löhnen.

Was zunächst die Bestimmungen über die planmäßige Dienst- und Ruhezeit der Beamten betrifft, so soll beim Stationspersonal, wenn der Dienst eine ununterbrochene angestrenzte Thätigkeit erfordert, die durchschnittliche tägliche Dauer acht Stunden, die Dauer einer einzelnen Dienstsicht zehn Stunden nicht überschreiten; im übrigen kann die tägliche Dienstdauer bis zu zwölf Stunden, die Dauer einer einzelnen Dienstsicht sogar bis zu 16 Stunden ausgedehnt werden. Für Bahnwärter und Haltepunktwärter soll die Dauer der täglichen Dienstsicht 14 Stunden nicht überschreiten, sie kann aber bei einfachen Betriebsverhältnissen, namentlich auf Nebenbahnen, bis zu 16 Stunden ausgedehnt werden. Die tägliche Dienstdauer des Zugbegleitungspersonals soll im monatlichen Durchschnitt nicht mehr als 11 Stunden betragen; die einzelne Dienstsicht darf bis auf 16 Stunden ausgedehnt werden. Das Lokomotivpersonal darf im Durchschnitt täglich 10 Stunden, bei einfachen Betriebsverhältnissen 11 Stunden beschäftigt werden, während die einzelne Dienstsicht bis zu 16 Stunden währen darf. Jeder

im Betriebsdienst ständig beschäftigte Beamte soll monatlich mindestens zwei Ruhetage erhalten. Bei einfachen Betriebsverhältnissen, wie namentlich auf Nebenbahnen, kann jedoch die Zahl der Ruhetage des Stationspersonals, der Bahnwärter und Haltepunktwärter auf einen im Monat eingeschränkt werden. Im Nachdienst endlich darf kein Beamter mehr als 7 (!) Nächte hintereinander beschäftigt werden.

Dies die in dem amtlichen Bericht veröffentlichten Vorschriften, die für sich selbst sprechen. Ist es angesichts dieser Thatsache zu viel gesagt, wenn man der Verwaltung eine übermäßige Ausnutzung ihres Personals zum Vorwurf macht? Es geht doch nichts über die socialpolitische Einsicht des Herrn v. Thielen, der nicht gestattet, daß ein Beamter länger als sieben Nächte hintereinander beschäftigt werden darf, der sorgsam darauf achtet, daß seine Angestellten nur ja nicht zu viel freie Sonntage haben, der die schon lange Dienstzeit regelmäßig um mehrere Stunden verlängert, sobald er merkt, daß die Betriebsverhältnisse einfach sind.

Kann man sich unter solchen Umständen darüber wundern, daß die übermüdeten Beamten mitunter Fehler begehen, die verhängnisvolle Katastrophen herbeiführen? Höchstens darüber könnte man sich wundern, daß die Zahl der Unfälle so gering ist. Groß genug ist sie immerhin noch.

Gegen das Vorjahr hat sich die Zahl der Unfälle etwas ermäßigt, die Zahl der Verunglückten hat sich erhöht, die der Getödeten und tödlich verletzten Personen hingegen vermindert. Im Jahre 1898/99 ereigneten sich 1956, im Berichtsjahre 1901 Unfälle. Getödet oder verletzt wurden in diesen beiden Jahren 1645 bzw. 1756 Personen, und zwar sind getödet oder innerhalb 24 Stunden gestorben 1898/99: Reisende 43, Bahnbeamte und Bahnarbeiter im Dienste 341, Post-, Steuer-, Telegraphen-, Polizei- und sonstige im Dienst befindliche Beamte 6, fremde Personen 192, insgesamt also 582 Personen. Im Jahre 1899 betrug die Gesamtzahl der Getödeten 578, darunter 88 Reisende, 335 Bahnangestellte, 95 fremde Personen. Die Zahl der Verletzten belief sich 1898/99 auf 1063, 1899 auf 1178.

Wie steht es nun mit der Entlohnung der so übermäßig angestregten, täglich in Lebensgefahr schwebenden Beamten? Nur wenige von ihnen beziehen Löhne, die zur Befriedigung der notwendigen Bedürfnisse ausreichen, während die durchschnittlichen Tagesvergütungen und Löhne bei den meisten fast noch geringer als in Privatbetrieben sind. So verdienen z. B. im Durchschnitt die Stationsgehilfen für den Bahnhofsdienst nur 2,96 M., die für den Abfertigungsdienst nur 2,85 M., die Hilfsfahrplanausgeber 2,40 M., Hilfsstelegraphisten 2,60 M., Hilfsweichensteller 2,43 M., Hilfsnachtwächter 2,36 M., Hilfsbahnwärter sogar nur 1,93 M., Hilfslokomotivheizer 2,46 M., Bahnhofsarbeiter 2,44 M. Die Löhne sind allerdings in den meisten Fällen gegen das Vorjahr um ein paar Pfennige gestiegen, aber die Steigerung kann in keinem Falle auch nur entfernt Schritt halten mit der Steigerung für Lebensmittel und Wohnungen. Bei einzelnen Kategorien ist infolge der vermehrten Einstellung weiblicher Personen mit der Anfangsbesoldung sogar ein Rückgang zu verzeichnen.

Wir beschränken uns absichtlich auf die Wiedergabe dieser amtlichen Daten und überlassen es dem Leser, die Schlussfolgerungen daraus zu ziehen. Wenn Herr von Thielen am Donnerstag ausrief: „Das Personal jeder anderen Eisenbahn-Verwaltung würde sich glücklich schätzen, wenn es auf den Etat der preussischen Eisenbahn-Verwaltung übernommen würde!“, so hat er dabei wahrscheinlich nur an Unterstaatssekretäre, Geheimräte und andre hohe Beamte, nicht aber an das Personal im mittleren und niederen Dienst gedacht, das für geringen Lohn schwer arbeiten muß, für das es keinen ausreichenden Arbeiterschutz giebt und das noch dazu gewaltsam des ihm gesetzlich garantierten Koalitionsrechts beraubt wird.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. Januar.

#### Der Reichstag

hielt Freitag eine recht lange Sitzung ab, die erst kurz vor 7 Uhr ihr Ende erreichte. Mit ganz besonderer Betonung setzte Graf Ballestrem als Tagesordnung für morgen den Rest der heutigen fest. Dieser Rest ist der gesamte Etat des Reichsamts des Innern, der natürlich auch morgen noch nicht erledigt werden wird, hat doch Graf Posadowsky noch nicht einmal sein Gehalt bewilligt bekommen.

Die Vorlage über die Versorgung der Hinterbliebenen der China-Krieger wurde nach einer Debatte, die länger ausfiel, als nach der gestrigen Erklärung des Reichstanzlers zu erwarten war, an die Budgetkommission verwiesen. Die bürgerlichen Parteien hätten eigentlich einen Generalredner stellen können, so wenig unterschieden sich Rechte, Linke und Centrum heute von einander. Die Nationalliberalen und die Konservativen gönnten sich das billige Vergnügen eines Scheinradikalismus, der sonst nur bei den Freisinnigen hoch im Kurse steht: „Hätte Graf Bülow gestern nicht volle Fürsorge für die Invaliden aus früheren Feldzügen versprochen, dann hätten wir diese Vorlage abgelehnt.“ Der Wunsch, den Invaliden klar zu machen, daß nicht nur die Socialdemokraten die Vertreter ihrer Interessen

sind, veranlaßte die Rechte zu dieser theoretischen Verbeugung vor dem Parlamentarismus.

Vollmar warnte, all zu großes Vertrauen auf Versprechungen der Regierung zu setzen und erinnert an den Fürsten Hohenlohe, der dreieinhalb Jahre brauchte, um sein Wort einzulösen. Der Schatzsekretär aber erklärte, ein Versprechen des Reichs-Schatzamts sei so gut wie bar Geld. Nun, wir werden ja sehen.

Die Posadowsky-Debatte wurde nach Erledigung der Reklamenvorlage mit großer Lebhaftigkeit aufgenommen. Zunächst erstand dem Staatssekretär ein Retter aus Kollegialität in der Person des bayrischen Bundesbevollmächtigten v. Herrmann. Natürlich befreit die bayrische Regierung, daß der heftige Angriff auf den Grafen Posadowsky in der offiziellen „Augsburger Abendzeitung“ von ihr veranlaßt worden sei. Das ist eben das bequeme an offiziellen Blättern, daß ihre Auslassungen im Notfall mit dem Brustton sittlicher Entrüstung verleugnet werden können, und zwar meistens dann, wenn die beabsichtigte Wirkung längst erzielt ist. Herr v. Herrmann unterschrieb die staatsrechtlichen Theorien des Grafen Posadowsky natürlich auch mit größter Bereitwilligkeit.

Dann sprach Herr Camp, der die Anschauungen seines Freundes Kardorff mit geläufiger Geschwätzigkeit wiederholte ohne die Spur von rednerischer Originalität, die der Laurahüttengründer sich zu bewahren verstanden hat. Genosse Ledebour, der seine Jungferrede hielt, und Genosse Wollenhuth polemisierten nachdrücklich gegen den freikonservativen Redner, der die Lage der Landarbeiter in Ostelbien wieder einmal in den glänzendsten Farben gepriesen und es so dargestellt hatte, als sei es ein Glücksfall für den armen Landelosen, im Dienste seines Grundherrn zu erkranken. Ledebour, der mit Unterbrechungen der Rechten zu kämpfen hatte, rückte besonders den Freisinnigen ihre schwächliche Haltung in der 12 000 Mark-Affaire vor. Wollenhuth stellte dem prahlerischen Goldobolisten, der auf der Pariser Weltausstellung die Leistungen der deutschen Versicherungsgesetzgebung versinnbildlichen sollte, die sechs Kupferpfennige gegenüber, die die tägliche Leistung des Unternehmers für den versicherten Arbeiter ausmachen. Am Schluß der Sitzung wandte sich Genosse Hoch noch einmal gegen das Centrum und spannte die Vollmarische Polemik gegen Hitze mehrere Faden weiter. Vorher hatte der nationalliberale Lederkönig von Worms, Herr Heyl zu Herrnsheim, sich scharf gegen den Centralverband der Industriellen und gegen Herrn Bued gewandt.

Morgen geht die Debatte weiter. —

#### Das Abgeordnetenhaus

eröffnete am Freitag zunächst in zweiter Beratung den Etat der Besitzverwaltung. In der eingehenden Debatte forderte Abg. v. Mendel-Steinfels einen hohen Zoll auf amerikanische Pferde, und Abgeordneter Frhr. v. Wangenheim gab der Hoffnung Ausdruck, daß der neue Zolltarif der auf die Pferdebezug angewiesenen Landwirtschaft auch in dieser Beziehung den nötigen Schutz bringen werde. Die Agrarier lassen keine Gelegenheit vorübergehen, ohne Geschenke für sich zu erbitten. Im übrigen sind nur die von dem Abg. Kopsch zur Sprache gebrachten Mißstände auf den Besitzschulen zu erwähnen, wo die Lehrermiethungen oft schlechter sind als Pferdeeställe, und wo infolge der ungesunden Schulräume mehr als die Hälfte der Kinder erkrankt. Die Regierungsdirektoren waren nicht in der Lage, diese Mißstände abzustreiten.

Hierauf leitete das Haus die Beratung des Antrags v. Korn betreffend die Mißstände beim Verkauf von Kohlen fort. Abg. Dr. Crüger (fr. Vp.) machte für die Kohlennot das Syndikat und die Großhändler verantwortlich, während er die Ansicht, daß die Höhe der Arbeitslöhne daran schuld sei, treffend widerlegte. Recht glücklich operierte der freisinnige Redner, als er den Konservativen vorhielt, daß sie getreu ihrer in der Kohlenfrage vertretenen Ansicht auch gegen Juden- und Spiritusringe wie überhaupt gegen jede Lebensmittelvertheuerung stimmen müßten. Er veranlaßte dadurch den Abgeordneten v. Kardorff, das Wort zu ergreifen, der vergeblich einen Unterschied zwischen der Wirkung der Vertheuerung landwirtschaftlicher Produkte und der Vertheuerung von Kohlen auf die Arbeiter zu konstruieren suchte. Nach weiterer unerheblicher Debatte wurde der Antrag einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen.

Am Sonnabend beginnt die zweite Lesung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung. —

#### Umsatzsteuerer.

Als 1878 Bismarck den Umsatz der Wirtschaftspolitik betrieb, entfesselte er und seine Kreaturen den roten Schrecken, um in der allgemeinen Panik die Zollgeschenke für die Zucker durchzuführen.

Nach diesem Rezept verfahren jetzt auch die Agrarier, wo sie einen neuen Reiz gegen das arbeitende Volk rüsten. Sie möchten durch das rote Gespenst nicht nur die bürgerlichen Parteien gewinnen, nicht nur die Regierung einschüchtern und den Widerstand des Proletariats gewaltsam brechen, sondern vor allem auch durch den Hinweis auf den drohenden Umsatzzug Einfluß bei der maßgebenden Stelle gewinnen.

Die „Konservative Korrespondenz“ stoßt darum in ihren Kaiser-Geburtsstagsartikeln die folgenden Erpressungsätze:

„Im Innern wird der ersehnte Friede aber immer noch durch die zersetzenden Agitationen der Socialdemokratie gestört. Das große Friedenswerk, unsere Socialreform, das dank unserem Kaiser, dessen Fürsorge für die wirtschaftlich Schwachen nimmer ruht, musterhaftig besteht, hat nicht vermocht, alle Arbeiter davon zu überzeugen, daß ihr Wohl und Wehe besser im friedlichen Zusammenarbeiten mit der „bürgerlichen“ Gesellschaft unter einem thatkräftigen Monarchen, als im Klassenkampf unter der Führung einer republikanischen Partei gewahrt sei. Die gewissenlosen socialdemokratischen Verfälscher finden noch immer in weiten Kreisen der Arbeiterschaft unverständlichen Glauben und in Kreisen von Politikern, die ihren Partei-rücksichten das Wohl des Vaterlands unterordnen, schmachtvolle Unterstützung. Möchte es gelingen, die socialdemokratischen Agitatoren zu isolieren und ihrem verhängnisvollen Einflusse Schranken zu setzen.“

Es ist doch recht unvorsichtig, daß das amtliche Organ der Konservativen von zersetzender Agitation redet, nach dem niemand mit solchem Erfolg die monarchische Autorität zu erschüttern verstanden hat als die agrarischen Agitatoren.

Auch die „Deutsche Tageszeitung“, das Organ des Wunds der Landwirte, die kürzlich drohte, daß ohne eine gebührende Forderung die Thronen nicht mehr zu retten seien, schlägt sich wieder zielbewußt in den „Kampf gegen den Umsturz“. Sie rät zwar davon ab, daß die Konservativen einen Antrag auf Erlass eines Socialstempelgesetzes oder einer Umsturzvorlage einbringen, weil damit die Partei das Odium des Antrags auf sich nehmen würde, aber sie provoziert die Regierung, ein solches Gesetz einzubringen:

„Die wirtschaftlichen Ziele der Socialdemokratie sind . . . nicht verfassungswidrig . . . Wohl aber ist das offenkundige und zugestandene Streben der Socialdemokratie, die Monarchie zu beseitigen, nicht mit der Verfassung vereinbar. Dadurch stellt sie sich selbst außerhalb der Verfassung. Das kann nicht oft genug wiederholt und nicht scharf genug hervorgehoben werden. Einer solchen verfassungswidrigen politischen Erscheinung gegenüber kann man zwei verschiedene Standpunkte einnehmen: entweder man hält sie für gefährlich, und dann muß man aus ihrer Verfassungswidrigkeit die selbstverständlichen Konsequenzen ziehen, — oder man hält sie für ungefährlich, für eine vorübergehende Erscheinung, die sich ausstoben werde, dann kann man sie ruhig ausstoben lassen, muß aber freilich damit rechnen, daß manches, ja vielleicht die Grundlagen der Verfassung, umgestürzt werde. Die Verantwortung dafür trägt lediglich die Regierung, keine Partei und keine Volkvertretung. Und diese Verantwortung können und dürfen wir ihr nicht abnehmen.“

Das ist wieder jene junkerliche Einschüchterungspolitik, die wir aus der Comarillazett unter Friedrich Wilhelm IV. kennen. Es ist nicht verfassungswidrig, wenn die Socialdemokratie für Beseitigung der kapitalistischen Ordnung eintritt, nur an der monarchischen Form darf sie nicht rütteln.

Es bedarf keines Beweises, daß diese Deduktion blanke Unfist ist. Politische Bestrebungen und Bestrebungen sind überhaupt nicht verfassungswidrig, so lange sie in verfassungsmäßiger Weise betätigt werden. Die Konservativen sind eingestandenemmaßen gegen das Reichstags-Wahlrecht, sie wollen also die eigentliche Grundlage der Verfassung umstürzen. Wir könnten mit mindestens demselben Recht die Parteien, die auf eine Aenderung des Wahlrechts hinarbeiten, als außerhalb der Verfassung stehend bezeichnen, wie die „Deutsche Tageszeitung“ und der Verfassungswidrigkeit beschuldigt, weil wir prinzipielle Republikaner sind.

Katholisch glaubt die „Deutsche Tageszeitung“ selbst nicht an ihren Schway, ihre Schreiberlei dient lediglich dem Zweck, den Kaiser, der sich seiner Zeit so energisch gegen die Brotwucherer-erklärt hat, von der größten Gefahr der Gegenwart abzulenken: von der verhängnisvollen agrarischen Wirtschaftspolitik. —

## Deutsches Reich.

### Ein agrarischer Vorstoß.

Im Abgeordnetenhaus haben, wie schon gestern erwähnt wurde, konervative, freikonservative und Centrumsagrarier die angekündigte zollpolitische Aktion durch den Antrag eingeleitet, die Regierung aufzufordern, mit größter Entschiedenheit darauf hinzuwirken, daß bei der bevorstehenden Neu-Ordnung unserer handelspolitischen Verhältnisse der Landwirtschaft ein wesentlich gesteigerter Zollschutz zu teil werde, und in diesem Sinn dafür zu sorgen, daß baldigst die Vorlage des in Vorbereitung begriffenen Zolltarifs an den Reichstag erfolge.

Schweineburg kündigt an, daß Graf Ballow am Sonnabend zu dem Antrag das Wort ergreifen wird. Wir zweifeln nicht, daß er dann das erlösende Wort vom „gesteigerten“, nicht bloß vom „gesicherten“ Zollschutz sprechen wird. —

**Deutscher Außenhandel 1900.** Nach den „Monatlichen Nachrichten“ des Statistischen Amtes betrug der Wert der deutschen Einfuhr 1900 5 833 812 000 Mark gegen 5 783 628 000 Mark und 5 439 678 000 M. in den Vorjahren. Das ergibt in e hr gegen 1899: 73 961 000, gegen 1898: 478 411 000 M. Erhebliche Zunahme zeigten u. a.: Baumwolle, Weiz, Eisen, Holz, Maschinen, Fahrzeuge, Kupfer, Papier, Kohlen, Teer, Weiz, Tiere, während bei Drogen, Apotheker- und Farbenwaren, Glas, Getreide, Kautschuk, Leder, Leinwand, Materialwaren, Seide, Vieh, Wolle ein zum Teil starker Rückgang stattgefunden hat.

Die Ausfuhr erreichte einen Wert von 4 555 291 000 M. gegen 4 068 400 000 M. und 4 010 565 M. in den Vorjahren. Die Ausfuhrwerte haben hiernach ungleich stärker zugenommen als die Einfuhrwerte; beide werden indessen bei der Ermittlung der Handelsbilanz für das Jahr 1900, die durch eine im Februar zusammengetretene Sachverständigenkommission vorgenommen wird, für 1900 voraussichtlich große Aenderungen erfahren. Stark zugenommen haben u. a. die Ausfuhrwerte von Baumwolle und Baumwollwaren, Eisen, Glas, Getreide, Maschinen, Papier, Kohlen, während größere Ausfälle bei Drogen, Erden, Erze, Haarc z., Kautschuk, Kleider, Leder, Seide, Wolle erfahren.

Besonders bemerkenswert ist, wie amtlich betont wird, die Abnahme der Einfuhrwerte von Getreide und andren Landbauernzeugnissen in den letzten zwei Jahren, bei gleichzeitiger Zunahme der Ausfuhrwerte.

Ein- und Ausfuhrwerte ergaben 1900 zusammen 10,4 Milliarden Mark gegen 10,2 und 9,5 Milliarden Mark in den beiden Vorjahren. Nach Gewicht berechnet, betrug die Einfuhr in Tonnen: 45 026 159 gegen 44 632 288 und 42 729 839 in den Vorjahren, daher mehr 1 273 871 und 3 196 320. 26 von 43 Zolltarifnummern zeigen eine größere Einfuhr, worunter Kohlen mit fast der Hälfte der ganzen Einfuhrsteigerung, während ein erheblicher Rückgang u. a. bei Getreide zu bemerken ist.

Die Ausfuhrmengen betragen in Tonnen: 32 882 403 gegen 30 408 226 und 30 094 318 in den beiden Vorjahren, daher mehr 2 279 183 und 2 588 091. 32 von 43 Zolltarifnummern brachten

eine Ausfuhrzunahme, worunter hervorstechend Kohlen (+ 1 601 975), Materialwaren, Eisen, Apotheker- und Farbenwaren, Papier. Eine starke Zunahme erfuhr die Ausfuhr von Rohzucker und namentlich jene, auch von der amerikanischen Handelsstatistik bestätigte, nach den Vereinigten Staaten von Amerika.

Ganz besonders interessant ist, daß, worauf wir schon öfters hinwiesen, die landwirtschaftlichen Produkte in starker Steigerung ausgedehnt werden, während die fremde Einfuhr sich erheblich vermindert hat. Das deutet auf eine günstige Lage der deutschen Landwirtschaft und läßt die agrarische Zollwucher-Compagnie um so werksamer erscheinen. Es ist kein Zufall, daß das Statistische Amt ausdrücklich auf diese Erscheinung hinweist.

Die starke Kohlenausfuhr bei Kohlennot im Inland zeigt gleichfalls, wie es der Kapitalismus versteht, das Vaterland zu schröpfen. —

Die zweite China-Anleihe bemittelt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schon jetzt auf nicht weniger als 197 Millionen Mark, obwohl noch nicht einmal die erste von 150 Millionen bewilligt ist.

Uebrigens wird offiziös beruhigend erklärt, daß das Geld nicht aus England oder Amerika gepumpt werden soll. —

### Kulturfragen.

Zur Abschwächung der in den Hunnenbriefen berichteten Greuelthaten der Kulturträger werden auch gewerbmäßig allerlei Scheulichkeiten berichtet, die angeblich von Vögern begangen sind. Wären diese Angaben wahr, so würden sie natürlich die Heldenthaten der Europäer keineswegs entschuldigen. Aber sicher ist, daß die Vögergrenel vielfach Erfindungen der europäischen Soldateska sind. Das weist in einem Fall der China-Korrespondent der „Frankfurter Ztg.“, unsterblich ein ehemaliger Offizier, sehr instruktiv nach.

Es wurde aus China mit allen Einzelheiten gemeldet, daß auf einer Station zwischen Tonglu und Tientsin nördlich der sechs deutschen Soldaten die Köpfe abgeschnitten worden seien. Der Korrespondent ist dem Gerücht auf den Grund gegangen und stellt das Folgende fest:

„Was ich aus der sichersten Quelle, nämlich von beteiligten Offizieren, erfuhr, war der folgende für die europäischen Truppen wenig schmeichelhafte Thatbestand. Unweit der Station, die der Schauplatz der schrecklichen That gewesen sein sollte, liegt ein großes chinesisches Dorf am Peiho. Eines Nachts hörte man der russischen Posten, der vor der Station stand, in dem Dorfe Getöse. Wirkliche Rebegebilde, oder dem genossenen Wut entflammende Gebilde, gaulerten ihm angreifend Vogerhäuser vor und so beilegte er sich nach Abgabe eines Schusses die Nachricht zur Feldwache zu bringen, daß starke Vogerhäuser die Bahn angriffen. Die Meldung wurde nach Tientsin und Tonglu weitergegeben. An einigen Orten wurden einige Compagnien alarmiert, doch kam nur eine Compagnie Russen von dem nahe gelegenen Tonglu rechtzeitig an. Da die Russen nicht von einem Angriff auf die Station merkten, schoben sie langsam Patrouillen vor, um das immer noch unruhige Dorf einzuschließen. Auf diese Patrouillen fielen einige Schüsse, die drei Russen leicht verletzten. Katholisch ging man nun zum Angriff vor, fand aber nicht nur keinen einzigen Voger, oder auch nur den geringsten Widerstand, sondern nur eine verjweifelte Bevölkerung, und es stellte sich heraus, daß das Feuer auf die Russen von Djunken auf dem Peiho herrührte, deren militärische Begleitmannschaften in den Russen Voger entdeckt zu haben glaubten. Die Sache war zu Gunsten der Dorfbewohner so gründlich klar, daß selbst die Russen, die gewiß keinen Chinesen schonen, wenn sie ihm mit einem Schimmer von Recht etwas anhaben können, das Dorf und seine Einwohner in Frieden zurückließen. Die Nachforschungen, die man darüber anstellte, weshalb in dem Dorfe ein solcher Tumult gebrüht habe, ergaben folgenden traurigen und für unsre civilisierten Armeen tiefbeschämenden Thatbestand. Seit einiger Zeit war es bei einzelnen militärischen Begleitmannschaften Mode geworden, sich mit einer oder der andren Djunkte in der Dunkelheit möglichst vom Transport zu trennen — ein Fall, der leicht genug vorkommen konnte — in die Dörfer einzudringen und dort Chinesenfrauen und Mädchen durch Ueberredung oder Gewalt sich willfährig zu machen. Gegen derartige Willkür hatten sich die Chinesen nach ihrer Art mit lautem Geschrei, statt mit ordentlichen Waffen zur Wehre gesetzt, und dieses Geschrei war von dem russischen Posten gehört und in einen Vogerangriff übersezt worden. . . . Jedenfalls ist es aber gut, daß durch die phantastische Meldung des Postens Zustände aufgedeckt wurden, die gen Himmel schreien. Wir können der Ueberzeugung sein, daß unsre deutsche Militärjustiz gegebenenfalls ganz gehörig eingreifen wird. Sie steht hier draußen in dem Aulse, die strengste zu sein, aber nach allen mir zu Ohren gekommenen Fällen muß ich sagen, daß sie keineswegs zu streng war.“

Die offiziöse Nichtigstellung des Bued-Briefes entwickelt einen geradezu karnevaleskischen Humor. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ beschränkt sich, die sensationelle Enthüllung der „Königlichen Zeitung“ feierlich und aufstetlich zu bestätigen, daß Buedfeld mit Vohmann nicht auf „Du“ steht und daß Buedfeld nicht bei der Hochzeit des Buedschen Schwagersohnes gewesen sei.

Für die im höchsten Ceremoniendienst geduldeten Geister sind natürlich solche Einzelheiten höchst wichtig. Da sie nun nicht andres zu berichtigen wissen, so steht damit fest, daß die Wiedergabe der Buedfeldschen Anschauungen als korrekt befunden wird. Damit hat die Regierung den Bued-Brief in aller Form beglaubigt! —

**Neue Kanonen.** Die Einführung des 28 Centimeter-Schnellfeuergeschusses bei der deutschen Marine-Artillerie steht nach der „Voss. Ztg.“ bevor.

**Gesegneter Krupp!** —

Für die Prügelstrafe erweist sich wieder einmal ein Leitartikel des Dr. Dertel in der „Deutschen Tageszeitung“:

„Unser Volk ist mir noch zum geringeren Teile in dem schlappen Humanitätsdusel befangen, der in dem wästelsten, rohesten, viehischen Verbrechen eine bedauerliche wertlose Verirrung sieht. Die breite Masse des Volks ist in diesem Punkte wie in so manchem andren kläglich und weiter blickend als die sogenannten Gebildeten, als die oberen Gehirnschichten. Diese stehen zum guten Teile noch im benebelnden Banne jener falschen weisheitsvollen sentimentalen Humanität. Vielleicht müssen die Roheitsverbrechen, die von Jahr zu Jahr zunehmen, noch äppiger ins Kraut schießen, ehe allen die Augen aufgehen. Wir möchten aber doch meinen, daß die Erfahrungen des letzten Menschenalters vollkommen genügen, um allgemein zu beweisen, daß die Strafen für Roheitsverbrechen nicht genügend abschrecken, und daß, wenn wir, wie das unsre verstaute Pflicht und Schuldigkeit, unser Volk vor den Roheitsverbrechen einigermäßen schützen wollen, wir andre abjurdende Strafarten wählen müssen. Wer sich hierin benimmt, wer viehischen Leidenschaften folgt, wer kein menschliches Gefühl hegt, der hat keinen Anspruch auf Menschlichkeit, der muß seiner That entsprechend gestraft werden. Das ist der Standpunkt der gesunden Vernunft und der wahren Humanität.“

Glaubt Herr Dertel wirklich, daß die Peist, Peters, Bräsenroth und Prinz Arenberg, daß die Soldatenkinder und ostelbischen Leutenquäler wirklich dadurch gebessert werden, daß man sie von Amis wegen prügelt? Die Kriminalstatistik lehrt, daß die Roheitsverbrechen da procentual am häufigsten vorkommen, wo die Bestimmungsgesährten Dertels noch unumschränkt regieren. Meint Herr Dr. Dertel wirklich, daß das sociale und politische Elend im Reich der Agrarier, aus dem die Roheitsverbrechen entspringen, durch Prügel so zum Bessern gewendet werde, daß eine socialdemo-

kratisch aufgestellte Bevölkerung dort erwächst? Ist Herr Dr. Dertel endlich der Ansicht, daß es möglich sein würde, durch Stockschläge die „Deutsche Tageszeitung“ von ihrer brutalen Gesinnung zu heilen, die wiederholt empfohlen hat, politische Gegner körperlich zu mißhandeln? Wir glauben nicht an diese Wundermacht der homöopathischen Methode, Roheit durch größere Roheit zu bessern. —

Aus dem Etat des landwirtschaftlichen Ministeriums, dessen Beratung im preussischen Abgeordnetenhaus am Sonnabend beginnt, ist zu erwähnen die extraordinarye Verklärung des Dispositionsfonds zu Prämien bei Pferderennen, 250 000 M. Diese Forderung wird damit begründet, daß infolge der Verdoppelung der Stempelsteuer des Reichs auf den Totalatorbetrieb dieser Betrieb nicht mehr wie bisher bei einem Gesamtumsatz von 10 800 000 M. eine Netto-Einnahme für die Vereine von 990 000 M. abgeben würde. In der richtigen Erkenntnis, daß ein Aufheben des Totalatorbetriebs für die minder gut situierten Rennvereine gleichbedeutend mit Auflösung derselben sein und auch selbst allbegründete und vom Staat subventionierte Vereine in ihrer Lebensfähigkeit stark erschüttern würde und da anzunehmen, daß bei einem Gesamtumsatz von 30 Proz. das Weiter am Totalator allmählich aufhören würde, haben zwischen dem Unionklub und den einzelnen Rennvereinen Verhandlungen stattgefunden, die zu der Vereinbarung führten, daß in Zukunft nirgends mehr als 25 Proz. — einschließlich Reichsstempelsteuer — beim Totalatorbetriebe in Abzug gebracht werden sollen. Da infolge des Rückgehens der Einnahmen auch bei dem Entschl. geld ein Teil der Rennvereine leicht in die Zahlungslosigkeit verlegt werden könne, ihre für die Pferdebeacht ganz unentbehrliche Thätigkeit ganz einstellen, sollen solche Vereine mit 250 000 M. mehr als bisher unterstützt werden. — Weiter sind Posten eingestellt für die Errichtung eines Laboratoriums und Versuchsinstituts für Rabenzucker-Industrie, für die Errichtung einer Spiritusmotoren-Versuchsstation und für den Ausbau der hochwassergefährlichen Gebirgsflut in Schlesien und Brandenburg. Der Fonds hierfür soll von 3 auf 5 Millionen erhöht werden. —

Ein großer Sprachrohr der Kornwucherer soll in Hannover geschaffen werden. Ueber eine zu diesem Zweck stattgehabte Wählerversammlung wird berichtet:

Mit der Gründung eines großen politischen Organs, das streng die Interessen der Landwirtschaft vertreten soll, befahte sich hier die zur Zeit tagende Landwirtschaftskammer der Provinz Hannover. Landrat von Rheden-Gronau führte die Verhandlungen, denen Oberpräsident Graf zu Stolberg-Bernigerode, Landesdirektor Lichtenberg und Regierungspräsident von Brandenb. in Hannover beizuohnten, Landrat v. Wagner erörterte die Verhältnisse der landwirtschaftlichen Fachpresse der Provinz Hannover. Jeder der sechs landwirtschaftlichen Hauptvereine besahe ein eigenes Fachorgan. Dieser Zustand sei auf die Dauer unhaltbar, und deshalb müsse zu einer Konsolidierung geschritten werden. Man solle bedenken, daß 80 Proz. aller politischen Zeitungen in geschlossener Phalanx der Landwirtschaft und ihren Bestrebungen entgegenständen. In diesem Kampfe sei ein enger Zusammenschluß durchaus nötig, und da sei die Schaffung einer ausgezeichneten Fachpresse die Hauptbedingung. Eine große politische Zeitung, welche die Interessen der Landwirtschaft vertritt, müsse entstehen. Die Versammlung erkannte die dringende Notwendigkeit und die Zweckmäßigkeit an und beschloß, die Sache unter allen Umständen im Auge zu behalten. — Nach Schluß der Sitzung wurde lebhaft für das neue Organ agitiert. Der Erfolg soll gut gewesen sein, so daß die Zeitung wohl zu Stande kommen wird. —

Aus der Studienmappe des Hunnenmalers Notholl. Herr Notholl begeistert sich noch immer für den pittoresken Effekt abgeschlagener Vogerköpfe. In seinem neuesten Reisebrief schwärmt unter andrem:

„Eben bringen sie auf unsren Hof einen gefangenen Chinesen. Er hat in die Bank eingebrochen und als er gefaht wurde, sich ausgedreht, er sei von den Deutschen befohlen. Er wird der Ortspolizei übergeben werden. Ob er so glimpflich (!) wegkommt, wie ein andrer gestern, ist die Frage. Dieser hatte die Nacht vorher einen der Aulsi, die mit unsren Truppen von Tientsin mitgelommen sind, in Ketten legen helfen und verhaften. Abgesehen davon, daß sie ihn vermulich schon auf unsrer Wache nicht mit Glacéhandschuhen angefaht haben werden, bekam er gleich kurzerhand auf unsrem Hof sein vollgerätteltes Maß übergezogen, so daß sein Geschrei weithin zu hören war. Kann sich immer noch freuen, daß es ihm nicht ergeht, wie jenen Vurschen, deren Köpfe im Norden und Süden von Bulgau sein sorgfältig aufbewahrt sind in gut gearbeiteten Lattenkästen, auf Buchenstangen angebracht. Die Haut, aschgrau, hat sich schon fest über die Knochen gespannt und die schwarzen Hölzer hängen fast bis zur Erde, sind aber, wie ich mich überzeuge, nur zur Hälfte edel. Die unreife Hälfte ist aus Wolle drangeschlosten. Immerhin eine eigenartige Staffage für diese dre trostlose Landschaft, die aber in der Abendsonne glüht in den herrlichsten Tönen.“

Immerhin interessiert sich Herr Notholl auch für die Physiognomie solcher Chinesenköpfe, die noch nicht zur Verschönerung der Landschaft von den dazu gehörigen Leibern getrennt worden sind. Und China ist auch infocern ein Dorado für Waker, als es dort nobelisch wüestigkeiten nicht giebt. Hören wir darüber Herr Notholl:

„Wenn ich mir ein Huhn ersehe oder ein Waschgefäß requirieren will, wenn ich meinem Pferde eine Handvoll Gaulian oder Raistoben geben will, oder einen Eimer Wasser — nun, jede Thür steht mir offen, wenn der Säbel über die Steine klirrt und die Sporen accompagnieren.“

Das war heute eine Komödie erster Klasse. Von 9 Uhr ab, wo das Hofbeden anfang seine Wirkung zu thun, ließ ich von der Strafe weg von meinem Vurschen nach einander 5 Einwohner in mein Zimmer holen. Erst ein demätiger Knecht mit entseztlich ängstlicher Gebärde. Die gelbe Stirn berührt den Boden, daß der lange schwarze Kopf fliegt, bis endlich ein Verständnis der Situation aufdamert, und wir beide uns geeinigt haben über Stellung usw. Und nun das verklärte Gesicht, wenn er merkt, daß ihm der Kopf nicht abgeschnitten werden soll. Und dann das Staunen, wenn er die Studie sieht.“

Uebrigens bestätigt auch Herr Notholl die ungemaine Sauberkeit der Chinesischen Dörfer und die geschmackvolle Einrichtung der Wohnungen:

„Oh, ja sehr oft war ich überrascht über die Eleganz, d. h. große geschmackvolle Einfachheit der Zimmereinrichtungen, die fast immer, wenigstens in wohlhabenden Bauern- und Adelsbürger-Häusern, vollständig zusammenpaßte. Und ebenso oft auch mußte man wohl oder übel sich wundern über eine gewisse Oberflächlichkeit so mancher Reisebeschreibung, in denen es meist von Schmutz und Ungeziefer nur so wimmelt. Ja, diese beiden Dinge geben fast den Lokalen ab.“

Und doch, wenn ich an so manche Bauernstube in Hessen oder Südhannover denke, in der wir als junge Gymnasialisten auf großen Fustouren nächtigen mußten, so bin ich denn doch keinen Augenblick im Zweifel, wo in den meisten Fällen der größere Schmutz und die zahlreicheren Insekten zu finden sind. —

**Indirekte Wählerentscheidung.** Erwart. 20. Januar. (Wg. Bz.) Die letzten Stadtverordnetenwahlen vom Dezember d. J. gingen unter recht eigentümlichen Verhältnissen vor sich. Obwohl in

der dritten Klasse allein 10 884 Wähler vorhanden waren, hatte der Magistrat sich democh nicht zur Einführung von Bezirkswahlen entschließen können, obwohl die Städte-Ordnung sie schon bei mehr als 500 Wählern empfiehlt. Um den Andrang, der auf Grund einer seitens des Magistrats an jeden Wähler per Karte ergangenen Aufforderung zum Wählen größer als je zuvor werden mußte, zu bewältigen, hatte man drei Wahltage für die dritte Klasse bestimmt. Die Wähler wählten zwar an einem Tisch und vor einem Wahlvorsteher, aber zu beiden Seiten des Wahlvorstehers saßen Protokollführer und bei beiden wurden Stimmen abgegeben. Wurde hierdurch schon die notwendige Eintheiligkeit des Wahlverfahrens in Frage gestellt, — denn der Wahlvorsteher konnte unmöglich zu beiden Seiten gleichzeitig den korrekten Wahlverlauf kontrollieren — so zeigte aber andererseits dieses Verfahren nicht entfernt aus, um alle Wähler abzufertigen. An den drei Tagen standen je 8 Stunden, im ganzen also 18 Stunden, zur Verfügung; in einer Stunde konnten bei glatter Abwicklung des Wahlakts 212 Wähler abgefertigt werden, in den 18 Stunden demnach allerhöchstens 3816 Wähler, so daß es 6768 Wählern gleich 64 Proz. faktisch unmöglich war, innerhalb der vom Magistrat gezogenen Grenzen ihr Wahlrecht auszuüben. Die Folge war eine geradezu beängstigende Ueberfüllung des Wahllokals, sodaß die Wähler durchschnittlich 2/3 bis 1/2 Stunden warten mußten, wenn sie es nicht vorzogen — wie leider sehr viele Arbeiter — ununterrichteter Sache wieder umzulehren. Durch gewissenhafte Zählung sind an den drei Tagen 1697 Wähler ermittelt worden, die ohne gewählt zu haben das Wahllokal wieder verlassen.

Trotz dieser zum Teil vom Magistrat und von dem Referenten des Stadtverordneten-Kollegiums bestrittenen Thatsachen hielt man doch den von unserer Seite eingereichten Protest für „nicht begründet“ und lehnte ihn ab. Die hiesigen Genossen wollen sich aber bei diesem Urteil nicht beruhigen, sie haben bereits die nötigen Schritte gethan, um die Angelegenheit zunächst vor dem Bezirksauschuss und falls auch dieser verjagen sollte, vom Oberverwaltungsgericht entscheiden zu lassen. —

### Flottenparade zur Gedenkfeier der Königin Victoria.

Aus Kiel wird gemeldet: Auf kaiserlichen Befehl sollen eine Anzahl der in Dienst befindlichen Schiffe (1. Division des 1. Geschwaders, Küstenpanzerschiff „Hagen“ ev. Kreuzer „Victoria Luise“ und einige Torpedoboote) nach England abgehen, um an einer großen Flottenparade teilzunehmen. Die Parade findet anlässlich der Weihe der Königin Victoria am 2. Februar auf der Reede von Spithead statt. Prinz Heinrich von Preußen ist zum Befehlshaber dieser Flotte ernannt worden. Die Küstenpanzer „Obin“ und „Hagen“ haben, wie die „Kielener Zeitung“ meldet, telegraphische Ordre erhalten, sofort von Danzig nach Kiel zu kommen. —

### Eine That des Weltgeneralstimmens findet in der Lokalpresse viel Bewunderung.

Es wird darüber erzählt: Spazierte da neulich der Vertreter von „Kenters Bureau“ in Peking in den inneren Hof des Winterpalastes, also den Teil, den der Feldmarschall persönlich bewohnt, hinein und stieß in dem schmalen Portal mit dem Grafen zusammen, der seinen draußen harrenden Wagen bestiegen wollte. Ohne sich hören zu lassen, ohne zu grüßen oder sich zu entschuldigen, wollte der „stolze Brit“ gemächlich seinen Weg fortsetzen. Da drehte sich Graf Waldersee entrüstet um und rief mit Donnerstimme dem fremden Engländer ein schickliches „Guten Morgen, Sie Plegel!“ zu. Dieser Gruß verfiel trotzdem nicht, bis dem Herrn in kräftigen, gut englischen Worten bedeutet wurde, daß es unter weißen Leuten allgemein üblich sei, beim Betreten eines Hauses den Hausherrn zu begrüßen, nicht aber ihn über den Haufen zu rennen.

Wie man sieht, sorgt Graf Waldersee eifrig für die Verbreitung guter Umgangsformen. —

### Ein bedeutender Wahlrechtskampf wurde am Dienstagabend in der Stadtverordneten-Versammlung in Frankfurt a. M. ausgedacht.

Neuer der Not gehorchend als wie dem eignen Triebe hatten die Demokraten und ein Teil der Fortschrittler zum drittenmal den Antrag auf Erweiterung des Gemeindevahlrechts durch Herabsetzung des Censur von 1200 auf 900 Mark unter Beibehaltung des gleichen und direkten Wahlrechts gestellt. Rein zum Hohn stellte ein Nationalliberaler, Dr. Caspari, den Gegenantrag, den Censur auf 1500 M. hinaufzusetzen, und begründete dies damit, daß die ungebildeten Massen die Besitzenden und Gebildeten unterdrücken würden, wenn das Wahlrecht erweitert würde. Es würden dann nur mehr sozialistische Elemente in die Versammlung kommen und die Mittelparteien ausgerieben. Genosse Dr. Quard ging diesem Reaktionsantrag zu Leibe und nannte seinen Antrag einen „Wahlrechtskampf“, wodurch der Herr so in die Wölle geriet, daß er rief: „Das verbitte ich mir! Unverschämtheit! Hüten Sie sich!“ Befand die Vertreter der Nationalliberalen eine geradezu empfindliche Offenheit, so führten die Freisinnigen eine nicht minder hübsche Komödie auf. Dr. Geiger, der vor zwei Jahren durch seine Intrigen den gleichen Antrag zu Fall gebracht hatte, hielt eine lange Rede gegen denselben, nannte ihn thöricht und unsichtlos, um schließlich — für ihn zu stimmen. Aber das Allerhöchste war eine Erklärung des Oberbürgermeisters Adikes. Bei allen früheren Verhandlungen über die gleiche Frage hat der Magistrat nicht in die Diskussion eingegriffen. Diesmal erhob sich Adikes nach Quards Rede und erklärte: Der Magistrat siehe auf dem Standpunkt, daß an den hier bestehenden Wahlrechtszuständen durch eine Petition nicht geändert werden solle, weil sonst die Gefahr bestehe, daß mit der Zeit einzelne Stadtbezirke ganz socialdemokratisch vertreten werden könnten. „Wenn sich jetzt, so führte er aus, der Arbeiterstand zusammengeschlossen und ein Programm aufgestellt hat, das mit unserer Staatsverfassung nicht verträglich ist, so daß seine Vertreter nicht zum Besten des Staats oder der Stadt, sondern nur zum Besten eines gewissen Standes arbeiten, so ist es bedenklich, eine noch größere politische Macht an diese nach der Herrschaft strebende Klasse fallen zu lassen.“ Also lediglich aus Furcht vor der Socialdemokratie sollen das jetzige Wahlrecht erhalten und Tausende von Arbeitern rechtlos bleiben. Und diesen Standpunkt vertritt derselbe Oberbürgermeister, der sich so gern als Socialpolitiker gepriesen sieht und in Wohnungsreform arbeitet. Man kann sich doch ungefähr vorstellen, wie ernst es diesem Manne um wirkliche Reformen ist. Die Frankfurter Socialdemokraten sind ihm für seine Offenheit überaus dankbar. Der Antrag wurde schließlich doch mit 84 gegen 24 Stimmen angenommen, aber praktischen Wert hat das Angebots der Haltung des Magistrats nicht.

### Vermittlungsfreiheit. Das Gemeindevollkollegium in Fürtz, dessen Mehrheit aus Volksparteiern und Socialdemokraten besteht, hat die verfassungsmäßige Einführung der Vermittlungsfreiheit an den Volksschulen, zunächst für die beiden untersten Klassen, genehmigt. Dagegen stimmten 3 Liberale und 1 Demotrat. —

„Freiwillige“ Beiträge. Wie man „freiwillige“ Beiträge zu „patriotischen“ Zwecken am erfolgreichsten eintreibt, dafür haben die Rürnbergischen Erbpächter des Patriotismus ein glänzendes Vorbild geliefert. Bekanntlich soll zum 80. Geburtstag des bairischen Prinzregenten eine Landesfeierlichkeiten errichtet werden, wozu zahlreiche Stadtverwaltungen schon namhafte Beiträge aus dem allgemeinen Steuerfiskus bewilligt haben, außerdem wird der Ringelbeutel fleißig in Verwendung gesetzt, um Private zur Herbeibringung von Beiträgen zu veranlassen. Auch in Nürnberg bildete sich ein Komitee, das einen schwingenden Ruf nach der Bevölkerung ertönte. An dessen Spitze stehen die beiden Bürgermeister und zwei neugeborene Kommerzienräte. Die Herren scheinen aber auf die „Freiwilligkeit“ keine großen Hoffnungen zu setzen, denn sie sandten an die Adressen Rürnbergischer Einwohner noch besondere Briefe, in denen um Gaben gebeten wird und denen eine Liste der Personen, die schon Beiträge von 10—500 M. leisteten, sowie eine frankierte Rückantwortkarte mit der Adresse des ersten Bürgermeisters v. Schuh beigelegt ist! Dieses Rezept zur Einführung „freiwilliger“

Beiträge ist doch jedenfalls probat. Die glücklichen Empfänger solcher Briefe, sie mögen wollen oder nicht, werden wohl kaum anders können, als ihr Scherlein beizutragen, und weniger als 10 Mark können sie auch nicht geben, das ist durch die Beifügung der Liste schon ganz angedeutet. Der demokratische „Rürnbergischer Anzeiger“, der diese „Vettelerei“ schärf kritisierte, wurde von den Unterzeichnern des Briefes verklagt, so daß die heitere Sammlung auch noch das Gericht beschäftigen wird. —

## Ausland.

### Niederlande.

Die Vermählung der Königin steht nunmehr nahe bevor. Am Freitag überreichte ein Vertreter des Justizministeriums dem Standesbeamten im Rathaus eine von der Königin Wilhelmina und dem Herzog Heinrich von Mecklenburg-Schwerin unterzeichnete Urkunde, in welcher dieselben erklären, daß sie gewillt sind, die Ehe mit einander einzugehen. Am Sonntag wird das erste öffentliche Aufgebot stattfinden. —

### England.

Das hinterlassene Vermögen der Königin Victoria wird auf 60—70 Millionen Pfund Sterling geschätzt. Davon sind 24 Millionen persönlicher Reichtum und 20 Millionen vom Prinzen Albert hinterlassenes Vermögen, welches beim Tode desselben nur 6 Millionen betrug und im Laufe der Jahre infolge guter Verwaltung sich auf 20 Millionen Pfund ansammelte. Die Lebensversicherungsgelder bei den verschiedenen Versicherungs-Gesellschaften betragen 20 Millionen Pfund. (3)

Als Opfer des Boerenkriegs bezeichnen ganz ernsthaft die „Daily News“ die Königin Victoria. Sie schreiben: „Es kann wenig Zweifel daran obwalten, daß das Ende der Königin durch den Krieg in Südafrika beschleunigt wurde. Was sie über dessen Ursprung und Rechtfertigung dachte, darüber Vermutungen anzustellen, sind wir nicht befugt. Aber die Monarchin war tief erschüttert durch die Verheerungen, die der Krieg unter ihren Offizieren und Soldaten angerichtet hatte, und sie konnte nicht ungerührt die tägliche Liste der Opfer lesen, die den Wunden und Kränklichkeiten erlagen. Es konnte ihr auch nicht entgehen, daß das Ende des Krieges sich nicht absehen lasse. Das Ministerium, welches das Land leitete, wird auch die Königin geküßelt haben. Vielleicht erst von den Lippen Lord Roberts hörte sie die Wahrheit.“

Joe Chamberlain und Konsorten werden freilich kaum Beweismittel verschüren. Auch soll ja Eduard VII. als Prinz in Minenaltien spekuliert haben. —

### Spanien.

Karlistische Unruhen. Die „Kön. Ztg.“ berichtet aus Madrid: Aus Perpignan wird telegraphisch gemeldet, daß infolge karlistischer Agitation die Gendarmen in den Grenzorten zusammengezogen sind. Dieser Tage sei ein großer Waffentransport über die Pyrenäen geführt worden.

### Rußland.

Das russische Panama! Es wird uns geschrieben: Ein russisches Panama! Eigentlich steckt darin nichts Wunderbares! Denn die Besitzungen und die Häubereien der Beamten sind in Rußland an der Tagesordnung. Aber diesmal sind die höchsten Regionen berührt, und mit gespanntem Interesse erwartet die Bevölkerung des südwestlichen Rußlands, was aus der Affaire werden wird. Im Bobolskischen Gouvernement hat sich in der letzten Zeit die Phosphorindustrie stark entwickelt. Es waren hier zwei Konkurrenten und der eine von ihnen, Zwow, griff zu dem Mittel der Vorsehung; er bestach alle Gouvernements-Behörden bis zum Gouverneur Semjonin einschließlich und es gelang ihm durchzulehen, daß seinem Konkurrenten kein Recht auf Eröffnung einer Phosphormühle gegeben wurde, und daß einige jüdische Händler, die bei dem letzteren das Phosphormehl kauften, binnen 24 Stunden auf administrativem Wege ausgewiesen wurden.

In den andern Fällen ist der Minister des Innern selbst verwickelt. In Rußland ist jetzt das Staatsmonopol auf Alkoholverkauf eingeführt und diejenigen Leute, die das Propinationsrecht hatten, d. h. das ausschließliche Recht auf Verkauf von Alkohol in einem gewissen Orte, sollten entsprechend entschädigt werden. Unter den Entschädigten befand sich auch die Schwester des Ministers des Innern Sepjagin. Dank der „Vermittlung“ ihres Bruders wurden ihr 85 000 Rubel ausbezahlt, noch bevor die Einschätzungskommission irgend eine Sitzung abgehalten hatte. Als aber die Entschädigung von der Kommission auf 70 000 Rubel festgesetzt wurde, wurde der allmächtige Bruder darüber sehr empört und erreichte bei dem Finanzminister Witte, daß seiner Schwester 125 000 Rubel ausgezahlt wurden. Der Generalgouverneur Dragomiroff, der in dieser Beziehung ein ehrlicher Mann ist, wollte diese schändlichen Zustände dem Jaren bekannt machen. Der Minister des Innern aber, der sein Vorgesetzter ist, gab seiner Klage nicht statt. Daber erbat sich Dragomiroff Urlaub bei dem Kriegsminister (Dragomiroff ist Oberbefehlshaber der Armee) und reiste in die Krim ab, um bei dem Jaren eine Audienz zu erlangen. Mit großer Spannung erwartet die Bevölkerung, wer aus diesem Kampfe als Sieger hervorgehen wird. —

## Der Boeren-Krieg.

### Eine vermeintliche englische Niederlage?

Gerüchthweise verlautet in London, daß Kriegsamt habe die Nachricht von einem siegreichen Gefecht der Boeren auf der Linie Pretoria—Lorenco Marques erhalten, weigern sich jedoch, die Trauer durch Belanung der Einzelheiten über dieses Gefecht und der englischen Verluste zu vergrößern. Im Kriegesamt lehnt man jede Auskunft ab. Es wäre nicht das erste Mal, daß England eine Schluppe zu verheimlichen sucht.

Nach einer der „Morning Post“ zugekommenen Nachrichten hat der englische Aufklärungsdienst die Anwesenheit starker Boerenkommandos in der Nähe der Städte Welfast und Wal-moral ergeben.

### Bedrohung der Johannesburgurer Minen.

Die verschiedensten Anordnungen zur Bildung einer 5000 Mann starken, aus Beamten und Minenarbeitern bestehenden Schutztruppe für die Johannesburgurer Minen bewiesenen die Furcht der Engländer vor einer Zerstörung der Goldbergwerke am Witwatersrand. Den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ wird nun aus Südafrika über die Aufschläge der Boeren gegen diese Minen geschrieben: „Ich kam über die Absicht der Boeren, die Bergwerke zu zerstören, so viel sagen, daß schon im Mai 1890 eine starke Partei in Pretoria dafür war. Präsident Krüger und Staatssekretär Meig aber waren ebenso sehr dagegen, weil sie, wie mir der alte Präsident selbst erklärte, durch Zerstörung von Privateigentum sich jede Hoffnung auf die Sympathie der Wächter, von denen er Großes erwartete, vernichten würden. So unterließ damals die Zerstörung. Nunmehr aber sehen die Mächte ruhig zu, wie man in Südafrika englische „Civilisation“ verbreitet und da ist kein Grund mehr vorhanden, irgend welche Rücksicht auf deutsches, französisches oder andres Kapital zu nehmen. Ich glaube sogar, obwohl es absurd klingen mag, daß die Boeren mit ihrem Einfall in die Kapkolonie und dem Marsch von De Wet nach Transvaal nichts andres bezwecken, als freie Hand am Witwatersrand zu bekommen und die Stippe, die den unseligen Krieg angezettelt hat, an der einzigen Stelle zu strafen, wo sie noch Gefährliches zu thun, nämlich an ihrem Geldbeutel.“

So lange den Boeren das Kriegsgeld so hold ist, wie in der letzten Zeit, dürften sie wohl noch Anstand nehmen, einen derartigen Nachtheil auszuführen und sich damit begnügen, die Minen in ihren Besitz zu bekommen. Bei einem abermaligen Umschlag der Dinge erheben freilich diese Verzweiflungs- und Mordthat nicht ausgeschlossen.

## Unsichere Kantontisten.

Aus Kapstadt wird gemeldet: Die englischen Behörden begannen einzusehen, daß infolge der schnellen Zusammenziehung der Militärtruppen sich zahlreiche Spione in die Armeeingeschäfte haben. Mehrere derselben sind bereits verhaftet worden.

## Partei-Nachrichten.

Wir bringen nachstehende Erklärung mit dem Bemerken, daß der Parteivorstand aus derselben keinen Anlaß nimmt, an seiner neulichen Veröffentlichung in der Angelegenheit etwas zu ändern, und daß dem Vorstand von der früheren Absicht des Genossen Kagenstein, sich an die berufenen Partei-Instanzen zu wenden, nichts bekannt war.

In persönlicher Sache muß ich die Redaktion des „Vorwärts“ um die Aufnahme nachstehender Erklärung, die mir durch die öffentliche Erörterung meiner Nichtthätigkeit in der Nr. 6 des „Correspondent“ ausgenötigt wird, ersuchen.

Es ist eine völlige auf Verleumdung meiner Beweggründe beruhende Verschönerung des Sachverhalts, wenn meine Veröffentlichung auf Leidenschaft oder das Bestreben, meinem Unmuth gegen einen Parteigenossen Rechnung zu tragen, zurückgeführt wird. Hätte dieses Motiv mich bestimmt, so hätte ich mich schon längst geäußert und nicht gewartet, bis die Sache bereits verjährt war. Es hat mich, zumal unter den gegenwärtig obwaltenden Umständen, Ueberwindung gekostet, in dieser Art vorzugehen. Aber es war nicht meine Schuld, daß Ausstreunungen, die den Thatbestand verletzten, und die ich unbeachtet ließ, so lange ich nur privatim davon erfuhr, gerade jetzt an die Öffentlichkeit getragen wurden. Ob ich dann noch zum Stillschweigen verpflichtet oder auch nur berechtigt war, möge jeder Unbefangene beurteilen. Ich schlage die Ehre der Parteizugehörigkeit so hoch an und suche ihren Verpflichtungen so sehr gerecht zu werden wie irgend jemand — aber das Recht zur Wahrung der persönlichen Ehre muß daneben gewahrt bleiben, da doch die Parteigenossen keine Schachfiguren, sondern lebendige und empfindende Menschen sind. —

Sonach war es nicht meine Reizung, die diese Privatangelegenheit an die Öffentlichkeit gebracht hat. Ich will auch gar nicht behaupten, daß die Art der seinerzeitigen Auseinandersetzung eine für alle Fälle empfehlenswerte sei. Ich hatte seiner Zeit die Absicht, mich an die berufenen Partei-Instanzen zu wenden, wurde jedoch von zünftigiger Seite belehrt, daß es sich hier um eine Privatangelegenheit handle, die auf privatem Wege zu erledigen sei. Ich war auch nach jenem Zusammenstoß zu einer schiedsgerichtlichen Erlebigung bereit. Ich habe Herrn Dr. Schönlank dies unter andern in einem Briefe, der wohl noch in seinen Händen ist und dessen Inhalt ich noch jetzt voll vertreten, erklärt. Und ich bin es noch heute.

Dadurch erübrigt sich für mich jedes weitere Eingehen auf sonstige Erörterungen, so daß ich dies als mein letztes öffentlich gesprochenes Wort in dieser Sache ansehen darf.

Ramheim, 23. Januar 1901. Simon Kagenstein.

## Parteiliteratur.

Im Verlage der Buchhandlung Vorwärts sind jetzt mehrere nützliche Schriften erschienen, die für versicherte Arbeiter von großem Nutzen sind. Im vergangenen Jahre hat sowohl die Invalidenversicherung als die Unfallversicherung zum Teil recht umfangreiche Umgestaltungen erfahren, deren Kenntnis den versicherten Arbeitern wünschenswert ist. Der bloße Text der Gesetze ist aber sowohl seiner Umfangslosigkeit als auch seiner juristischen Schwere wegen für den juristisch ungeschulten Arbeiter nicht ausreichend, um ihn über seine Rechte und Pflichten aus diesen Gesetzen zu belehren. Erläuterungen dazu sind unbedingt notwendig. Die von der Buchhandlung Vorwärts herausgegebenen Führer durch diese Gesetze, die in einzelnen Abschnitten erörtern wer versichert ist, wo man versichert ist, wozu der Versicherungsanspruch besteht, wie der Versicherungsanspruch geltend gemacht wird, erfüllen diesen Zweck vortrefflich.

In Heften zu je 25 Pf. wird gegeben Führer durch das Invalidenversicherungsgesetz, Führer durch das Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz, Führer durch das Bau-Unfallversicherungsgesetz und Führer durch das Unfallversicherungsgesetz für Land- und Forstwirtschaft. Jedes der Hefte ist mit einem Inhaltsverzeichnis und einem alphabetischen Sachregister ausgestattet, die beiden letztgenannten auch mit einigen Formularen. Vereine und Gewerkschaften erhalten besondere Preisvergünstigungen.

Das Protokoll über die Verhandlungen der zweiten Konferenz der socialdemokratischen Gemeindevertreter der Provinz Brandenburg ist soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erschienen. Es ist besonders wichtig für die Fragen der kommunalen Wohnungspolitik und Gesundheitspflege.

Bei der Gemeinderatswahl in Cainsdorf bei Zwickau errangen unsere Parteigenossen einen glänzenden Sieg, indem der von ihnen aufgestellte Genosse Hänel 208 Stimmen erhielt, während der gegnerische Kandidat Reubert, der bisher dem Gemeinderat auf Kosten unserer Parteigenossen angehört und diesmal von den Begünstigten aufgestellt war, nur 134 Stimmen auf sich vereinigte.

Aus der Schweiz. In Lausanne streikten die 44 socialistischen Mitglieder des Großen Stadtrats (Stadtverordneten-Versammlung), weil nicht bei der notwendig gewordenen Neuwahl der von ihnen vorgeschlagenen Genosse Rafim zum Präsidenten gewählt wurde. Die Mitgliederzahl der gegenüberstehenden bürgerlichen Mehrheit (Liberale und Konservative) beträgt 55. Eine größere Parteiversammlung hieß das Vorgehen der Stadtratsfraktion gut.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

Achtung, Gewerkschaften und Arbeiter Berlins! Seit nunmehr neun Wochen sind durch brutale Handlungsweise der französischen Kapitalisten 14 000 Spinnwebler in Calais ausgeperrt und noch immer ist ein Ende nicht zu erwarten. Dauerlicher Weise haben sich aus den Reihen der Weber eine Anzahl ausgeschlossener Elemente, welche eine Sonderorganisation gebildet hatten, gefunden, die den Kapitalisten Streikbrecherdienste leisten. Die Ausgeperrten glauben aber, daß die Unternehmer mit diesen Elementen allein bei der jetzigen günstigen Konjunktur nicht lange arbeiten können.

Sie richten deshalb an alle ausländischen Genossen die dringende Bitte, sie in ihrem schweren Kampfe zu unterstützen, weil die eigne Organisation nicht in der Lage ist, so viele Tausend Personen auf längere Zeit erhalten zu können.

Der Ausschuß der Gewerkschaftskommission hat demzufolge beschlossene, Sammlungen für die Ausgeperrten zu veranstalten und werden diese im Gewerkschaftsbureau, Engel-Ufer 15, I, Zimmer 8, vormittags von 9—1 Uhr, nachmittags von 6—8 Uhr entgegengenommen. Einwendungen sind nur an A. Körsten daselbst zu richten.

Der Ausschuß der Gewerkschaftskommission.

Achtung, Lederarbeiter (Portefeuille). Wir geben hiermit bekannt, daß der bisherige Vertrauensmann Herrn Wenschel sein Amt niedergelegt hat. Wir ersuchen deshalb die Kollegen, alle Sendungen bis auf weiteres an unser Verbändebureau, Engel-Ufer 15 II, gelangen zu lassen. Die Ortsverwaltung des deutschen Buchbinder-Verbands.

### Deutsches Reich.

Die im Buchdrucker-Verband organisierten Schriftsetzer haben kürzlich in Dresden einen Kongreß abgehalten. Es wurde beschlossen, von der Aufstellung eines Normaltarifs wegen der fort-

Besten Umwälzung im Schriftgelehrtenstande zur Zeit Abstand zu nehmen; jedoch wurde die Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde und die Erhöhung des gewissen Geldes für notwendig erachtet. Orte, welche eine gütliche Verständigung mit den Prinzipalen nicht zu erzielen vermögen, haben die erforderlichen Schritte im Einverständnis mit der Centralkommission und dem Bundesvorstande zu unternehmen. Der Kongress beschäftigte sich auch mit der Lehrlingsfrage. Es ist festgestellt, daß bei 1148 Gehilfen 272 Lehrlinge vorhanden waren. Es wurde bedungen empfohlen, eine Lehrlingsliste, entsprechend der im Buchdruckgewerbe vorgegebenen, aufzustellen. In einer Resolution wendet sich der Kongress gegen das Anlernen von Schloßern und Hilfsarbeitern für die fachlichen Zweige des Gewerbes. Den ersten Mai allgemein durch Arbeitstische zu feiern wurde als zu weitgehend abgelehnt als eine bis jetzt inhaltslos gebliebene Demonstration.

**Ueber die Porzellanfabrik von Heene in Gräfentrad a. E.** ist die Sperre verhängt, weil der betreffende Herr zehn Mitglieder des Verbandes maßregeln und seinen übrigen Arbeitern die Zustimmung stellte, einen Revolver zu unterzeichnen, in welchem der Unterzeichner erklärte, daß er aus dem Verband der Porzellanarbeiter austrete.

**Dr. Max Hirsch, der rettende Engel.** Im „Gewerkevereinsboten“, dem Organ der „frontierenden“ Gewerkevereine in Düsseldorf, die sich belamisch gegen den allmächtigen Centralrat der Hirsch-Dunderischen Gewerkevereine aufstellen, ist in einer Auseinandersetzung mit dem offiziellen „Gewerkeverein“ folgender heitere Beitrag zur Entstehungsgeschichte der Straßenbahnstrecke des Abgeordneten Dr. Hirsch zu lesen:

In seiner Verteidigungsrede gegenüber den Düsseldorfer Genossen, die Herr Redaktor Goldschmidt in Wald gehalten hat, führte derselbe ein höchst kurioses Argument an, um das Verhalten unseres Anwalts im Abgeordnetenhaus gegenüber den Berliner Straßenbahnern zu rechtfertigen. Er sagte, nach seiner (Goldschmidts) Rede zu Gunsten der Straßenbahner, die wir Düsseldorfer ja auch als forrest anerkannt hätten, sei in dieser Stadt- und erzelektionskammer ein wahrer Sturm ausgebrochen. Die Konservativen seien zum Minister gelaufen und hätten heftig auf denselben eingeprochen. Es sei das Gericht umgegangen, daß nach Goldschmidts Rede zu Gewaltmaßnahmen gegen die Streikenden gegriffen werden solle, ja, man habe davon gesprochen, daß schon Kanonen aufzufahren seien, um die Straßenbahner niederzulartartischen. In diesem verhängnisvollen Augenblick sei die freisinnige Fraktion schleunigst zusammengetreten und um das große Unglück zu verhindern, sei H. v. H. Dr. Max Hirsch als rettender Engel auf der Tribüne erschienen und habe die bekannte Erklärung abgegeben, daß er sich über die Haltung der Regierung freue. Diese Erklärung habe dann die hochgehenden Wogen besänftigt, die Kanonen wurden abgefahren, es wurde Hahn in Ruh gelassen, die rosenden Konservativen lehrten auf ihre Plätze zurück und das Leben der Straßenbahner war durch Herrn Dr. Hirsch gerettet. Ja, sagte Herr Goldschmidt überlegen lächelnd, man muß eben eingeweiht sein, man muß hinter die parlamentarischen Coullissen blicken können, um eine solche Aktion zu begreifen. — Wir Düsseldorfer Schmungelten bei dieser großartigen Erzählung und fragten einen andern Abgeordneten, der ebenfalls in jener Sitzung gesprochen hatte, ob diese Darstellung des Herrn Goldschmidt richtig sei. Dieser Herr dachte äußerlich so ungeheuer kräftig wie wir innerlich, und das war für uns genug. Die miserabel schlecht muß es um eine Sache bestellt sein, wenn sie mit solchen Argumenten verteidigt werden muß!

Die streikenden Berliner Straßenbahner haben ihr Leben also dem mühen Eintreten des Herrn Dr. Max Hirsch zu danken, und wir werden wohl demnächst eine große Demonstration der Straßenbahner sich durch die Straßen von Berlin nach dem Hause des Herrn Hirsch bewegen sehen, um ihm Dank und Guldigung darzubringen.

#### Ausland.

**Lohnsatz für Maschinisten in der Schweiz.** In der Druckerei des demokratischen „St. Galler Stadt-Anz.“ in St. Gallen wurde zwischen der Geschäftsleitung und den Segern folgende Vereinbarung getroffen: Die Arbeit an den Maschinen darf nur in gewissem Maße gesehen; bei einer Durchschnittsleistung von 4200 Buchstaben pro Stunde beträgt der wöchentliche Minimallohn 42 Fr. bei achtstündiger Arbeitszeit. Für Ueberarbeit tritt ein Zuschlag von 50 Proz. ein; Lehrlinge dürfen nur im letzten Jahre der Lehrzeit, behufs ihrer Ausbildung, an der Segmaschine beschäftigt werden.

**Eine Lohnbewegung dänischer Eisenbahner** steht in Aussicht. Mit jedem Tage des neuen Jahres wächst die Ungebuld unter den Angestellten und Beamten der Staatsbahnen. Im Jahre 1898 kam ein Gesetz über den Betrieb der Staatsbahnen zu stande, durch das ihnen eine vorläufige Lohnzulage von insgesamt 100 000 Kr. gewährt wurde. Das Gesetz schließt mit dem Versprechen, daß spätestens dem 1900 zusammen tretenden Reichstage ein Vorschlag zur Revision des Gesetzes vorgelegt werden soll. Eine aus beiden Häusern des Reichstags gewählte Kommission wurde beauftragt, darüber zu beraten und dem Reichstag ein Gutachten vorzulegen. Bei der Wahl dieser Kommission hatte man sich mit Erfolg bemüht, die Sozialdemokraten zu übergehen. Mit diesem Quartal schließt die gegenwärtige Sitzungsperiode des Reichstags und bis jetzt ist ihm noch keine Vorlage zugegangen.

Die Angestellten der Staatsbahnen sind im „Dänischen Eisenbahner-Verband“ organisiert. Der Verband zählt ca. 5000 Mitglieder. Mit immer größerem Ernst wird die Frage diskutiert, welche außerordentlichen Schritte eventuell unternommen werden müssen. Denn die gegenwärtig gezahlten Löhne werden als durchaus unzureichend bezeichnet.

Auch unter dem höher gestellten Staatsbahnpersonal macht sich eine wachsende Unzufriedenheit geltend; deren Organisation, die „Eisenbahner-Vereinigung“, die 1600 Mitglieder zählt, hat sich neulich an den Verband der Angestellten gewandt, um womöglich ein gemeinsames Vorgehen vorzubereiten.

#### Sociales.

**Arbeiterkassen in der Schweiz.** Der Bundesrat hat durch eine neue Verordnung die Bestimmungen des Fabrikgesetzes über die Haftpflicht sowie des Haftpflicht-Gesetzes auf alle jene, dem Fabrikgesetz nicht unterstellten Betriebe ausgedehnt, die erwerbsunfähigen und ausschließliche bestimmte gefährliche Krankheiten erzeugen. Die Verordnung führt 34 Stoffe bzw. Verbindungen an, welche gefährliche Krankheiten erzeugen, so u. a. Blei und seine Verbindungen, Quecksilber und seine Verbindungen, Arsen, Kalium- und Natrium-Dichromat, Chlor, Brom, Jod, Salzsäure, schweflige Säure, Ammoniak, Schwefelkohlenstoff, Schwefelwasserstoff, Kohlenoxyd und Kohlenäure, Chloräthyl, Tetrachlorkohlenstoff, Phosphor, Chloroform, Nitroglycerin, Cyan, Petroleumbenzol, Benzol, Anilin, Karbolsäure, Podemilzbrand und Kroggast. Durch Verordnung von 1887 waren nur 11 giftige Stoffe angeführt worden, zu denen also noch 23 hinzugekommen sind.

#### Versammlungen.

**Der sozialdemokratische Wahlverein für den 4. Wahlkreis (Südost)** hielt am 22. Januar bei Bräuer, Waldemarstraße, eine Versammlung ab, die sehr zahlreich besucht war. Reichstags-Abgeordneter H. S. S. referierte über: Die Moral der herrschenden Gesellschaft in der Politik. Dem interessanten Vortrage folgte eine kurze Debatte, an der sich die Genossen Reuter, Meiner, Peter und Theodor beteiligten. — Auf Vorschlag des Vereinsvorstandes beschloß die Versammlung, den Tischler Schulz, Lübbenerstr. 23, und den Schneider Otto Soppal, Reichsbergerstraße 78, aus dem Wahlverein auszuscheiden, weil sie gegen die Interessen der Partei verstoßen haben.

**Der Wahlverein für den 6. Wahlkreis** hatte am Dienstag eine Versammlung für das Oranienburger Viertel in dem neu erworbenen Lokal in der Tiedestraße einberufen. Vor Beginn der Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken der verstorbenen Genossen Will und Fiedler in üblicher Weise. Stadtvorordneter Dr. Freudenberg referierte dann in lehrreicher und interessanter Weise über das Thema: „Aus dem roten Hause!“ Erwähnt wurde in der Diskussion, daß der in diesem Bezirk unterlegene liberale Kandidat, Herr Architekt Lenz, selbst der Meinung war, daß die ihm zugedachte Vertretung in der Deputation der städtischen Gasanstalten dem gewählten Sozialdemokraten hätte zugestanden werden müssen. Walter erfuhr die Parteigenossen, die „Keinen“ Geschäftsleute mehr als bisher zu veranlassen, für Sozialdemokraten zu stimmen. Der Vorsitzende F. H. H. erfuhr die Genossen in diesem Bezirk, der als die „finstere Ecke“ im 6. Wahlkreis bezeichnet werden muß, auch für Anknüpfung an den Wahlverein rege zu agitieren.

**Ueber die Lohnbewegung der Barbier- und Friseurgehilfen** wurde in einer sehr gut besuchten Versammlung in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag verhandelt. Diefel hielt ein einleitendes Referat über die Frage: „Wie verhalten sich die Gehilfen zur Preisbewegung der Selbständigen?“ Die Barbier- und Friseurgehilfen haben seit Jahren leider vergebens versucht, bessere Zustände in ihrem Gewerbe herbeizuführen. Von einigen Meistern sei ihnen aber einfach geantwortet, daß es die Gehilfen vielfach besser hätten als die Selbständigen. Auch jetzt hätten die „Freie Vereinigung“ und die „Alldeutsche Jugend“ wieder ablehnend geantwortet. Da aber die Selbständigen in nächster Zeit eine Preisbewegung von ihrer Kundschaft fordern, gedenken zunächst die organisierten Gehilfen, gleichfalls Lohnforderungen zu stellen. Das Publikum müsse aufgeklärt werden über die geradezu jämmerlichen Verhältnisse, in denen die Berufsgehilfen leben. Gezwungen in nobler und sauberer Kleidung und Wäsche zu bedienen, stehen sie mit ihren Lohnverhältnissen vielfach hinter den Dienstboten zurück, und werden einfach auf Trinkgelder verwiesen. Wir wollen aber keine Trinkgelder, sondern einen auskömmlichen Lohn! (Lebhafter Beifall.) Im kommenden Frühjahr gedenken die Barbier- und Friseurgehilfen zu diesem Zweck eine Lohnbewegung zu veranlassen. Ein besonders angereicherter Tarif soll ab dem den Selbständigen unterbreitet werden. Zunächst gelte es aber, die etwa 2400 Gehilfen Berlins aufzurufen.

An die mit anhaltendem Beifall aufgenommenen Ausführungen knüpfte sich eine längere und sehr rege Besprechung, in deren Verlauf die traurigen Zustände in oft drastischer Weise geschildert wurden. Ein Redner hat unter anderem festgestellt, daß von 50 Gehilfen nur 10 den Reumuhre-Ladenschluß innehalten. Es müsse demnach unbedingt gefordert werden, daß die Gehilfen nur bis spätestens 9 Uhr arbeiten; im übrigen werde man später auch den Ladenschluß fordern; für den Sonn- und Feiertag muß auch der Zweifelhafte innegehalten werden. Auch das elende Schlafstellenwesen ist zu beseitigen.

Eine Resolution, worin die Versammelten ihr Einverständnis mit den erhöhten Lohnforderungen bekunden und die Berliner Arbeiterschaft erziehen, diese Lohnbewegung zu unterstützen, gelangte einstimmig zur Annahme. Auch die Gründung eines Streikfonds wurde beschlossen. Gleichzeitig wurde die Agitationskommission ergänzt und eine Lohnkommission von sieben Mitgliedern gewählt. Mit einer Aufforderung zum Anknüpfung an die Organisation schloß die Versammlung.

**Eine Generalversammlung der Glaser** fand am 21. Januar in den Arminkalen statt. Rabinsky gab den Bericht des geschäftsführenden, Thielo den Bericht des kassenführenden Vertrauensmanns. Danach haben 6 öffentliche Versammlungen stattgefunden, zu denen jedesmal 500 Flugblätter versendet wurden. Außerdem fanden 14 Vorstandssitzungen statt. Einnahmen waren 1171,51 M., Ausgaben 1094 M., Mehrausgaben 823,40 M., welche vom Generalfonds gedeckt sind. Nach der Diskussion wurden die beiden Kollegen einstimmig wiedergewählt. Nachdem Herr Schulz Bericht als Vorsitzender des Innungs-Schiedsgerichts gegeben hat, giebt Kochow Aufschluß über die Wahl von den Bestizern, unter welchen Umständen man wählbar ist oder wählen darf. Es wurden vorgeschlagen als Beisitzer: Hermann Schulz, Wilhelm Mertens, Gustav Thielo und Bruno Renner, als Stellvertreter: Paul Wellach, Karl Ebert, Stanislaus Fiegel und Louis Rickas. Eine lebhafteste Diskussion entspann sich über die Frage des paritätischen Arbeitsnachweises. Es ist uns von den Unternehmern der Vorschlag gemacht worden, einen gemeinsamen Arbeitsnachweis zu gründen. Nachdem von unsem Arbeitsnachweis-Vereiner und vom Gesellschaftsausschuss Aufklärung darüber gegeben, wie die Herren sich diesen Nachweis denken, wurde von allen Seiten betont, daß auf einer solchen Grundlage an eine Vereinigung unsem gut funktionierenden Nachweises mit dem der Unternehmer nicht zu denken sei.

**Der Verein der Tischler (Vertrauensmänner-Centralisation)** hielt am 18. Januar bei Keller, Koppenstr. 29, seine Generalversammlung ab. Diefelch erstattete den Vorstandsbericht. Abgehalten wurden in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1900 10 Vorstandssitzungen, 2 kombinierte Vorstandssitzungen, 3 Versammlungen und 3 Vertrauensmänner-Sitzungen. Neu aufgenommen wurden in der Zeit 30 Kollegen. Der Bericht des Kassierers wies eine Einnahme von 1003,96 M. und eine Ausgabe von 835,06 M. nach, mithin einen Ueberschuß von 168,90 M. Zum Revisor wurde an Stelle des ausgeschiedenen Weber ernannt. Der Bericht der Agitationskommission erstattete für den Osten Deutschnan und für den Südosten Harkler. Ueber die Einigung auf dem Gewerbegericht am 14. und 16. Januar gab Weich den Bericht. In der recht lebhaften Diskussion sprachen sämtliche Redner sich mißbilligend über den Handel und Schacher aus, sind aber der Ansicht, daß wir in der jetzigen Lage uns dem Zwange, die Unterschrift zu leisten, fügen müssen. Die wegen Verweigerung der Unterschrift Entlassenen erhalten vom 1. Tage an bis heute 3 M. Unterstützung pro Tag. Winkler schilderte die Verhältnisse der Werkstatt Rinte, Warthauerstraße, über welche bereits die Sperre verhängt ist, und werden die betreffenden Kollegen ebenfalls mit 3 M. unterstützt. Nachdem noch einige Vereinsangelegenheiten ihre Erledigung gefunden, folgte Schluß der Versammlung.

**Der Unterstützungsverein der Kupferschmiede** hielt am 19. Januar im Gewerkschaftshause seine Generalversammlung ab. Nachdem der Kassierbericht vom 4. Quartal gegeben, wurde der Jahresbericht vom Jahre 1900 verlesen. Derselben war folgendes zu entnehmen: Es fanden 18 Vorstandssitzungen und 18 Versammlungen statt. Die im Frühjahr 1900 getroffenen Vereinbarungen mit den Arbeitgebern wurden bis auf vereinigte Fälle innegehalten. Vereinnahmt wurden 7812,45 M., verausgabt 5963,52 M. Aus dem Ueberschuß von 1848,93 M. wurden 1686,79 M. an die Hauptkasse gefandt. An Mitgliedern zählte die Filiale 389. Zu der vom 25. bis 28. März 1901 in Magdeburg stattfindenden Generalversammlung wurde beschlossen, Korbowicz als Delegierten in Vorschlag zu bringen. Als Arbeitsnachweis-Controleure wurden Werkmeister, Kowal, Heising, Reubner, Dröge, Treib, Bertoll, Rosemund und Jechow gewählt. Des weiteren beschloß die Versammlung, den zugereisten Kollegen eine Schlafmarke im Werte von 0,55 M. zur Herberge im Gewerkschaftshaus als Extra-Unterstützung von seiten der Filiale Berlin zu gewähren. Unter Verlesendem berichtete der Delegierte der Gewerkschaftskommission über den Streik der Glaspolier-Arbeiter, und wurde beschlossen, dieselben mit 25 M. zu unterstützen.

**Die Schlächer** hielten am 20. Januar bei Schiller, Rosenhauerstraße, eine Versammlung ab. Körtgen hielt einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über die Unfall-Versicherungsgesetze. An der darauf folgenden Diskussion beteiligten sich Fiegert und Feil. Schlinkle berichtete über den Eisenberger Ausstand. Abdam nahmen Fenzel, Zilwitsch und Kahlis das Wort, und richteten an die Kollegen einen zündenden Appell zum Anknüpfung an die Organisation. Den Vorstandsbereich gab Kahlis. Nach demselben wurden im vergangenen Jahre acht öffentliche, fünf Mitglieder- und zehn Vorstandssitzungen abgehalten. Den Kassierbericht, an den sich eine rege Debatte schloß, gab Fiegert.

Es wurden gewählt: als Vorsitzender Ciesewicz, als Kassierer Fiegert, als Schriftführer Kahlis, als Beisitzer Kreischer und Kluge, als Revisoren Fenzel, Fenzel, Lint, Willsa, Genchel und Kreischer.

**Der Verband der Barbier** beschäftigte sich in der am 17. d. M. abgehaltenen, sehr gut besuchten Versammlung mit der am 1. April d. J. einzuführenden Preisbewegung. Allgemein wurde der Meinung Ausdruck gegeben, daß dadurch die Nebeneinnahme (Trinkgeld) vollständig fortfallen würde. Da in verschiedenen Kommisionssitzungen die der Innung angehörigen Arbeiter sich auf das Bestreben gegen jede, wenn noch so kleine Lohnaufbesserung sträuben, so ist eine Lohnbewegung unaussprechlich. Die Versammelten hielten 21 M. Wochenlohn ohne Kost und Logis, und 10 M. wöchentlich bei freier Station für das mindeste, was gefordert werden müßte. Gleichzeitig soll auf Beseitigung der skandalösen Zustände der Schlafstellen hingewirkt werden.

#### China.

##### Zum englisch-russischen Konflikt.

In dem Schreiben an den Admiral Seymour betreffend den russischen Anspruch auf die Elliot- und Blonde-Inseln erklärte Admiral Algejess die Entsendung des englischen Kanonenboots „Plover“ zur Ausrottung eines Seeräubernetzes für unangeführt und bemerke, er hoffe, daß Seymour's Billigkeit ihm die Sache im selben Maße beurteilen lassen werde. Seymour antwortete, er sei amtlich benachrichtigt worden, daß Port Arthur und Tallenwan russische Besigungen geworden seien; doch sei es ihm nicht bekannt, daß dies auch auf die genannten Inseln Bezug haben könne. Er könne sich daher Algejess's Ansicht nicht anschließen und nur die Sache seiner Regierung unterbreiten. Admiral Seymour ist der Ansicht, daß die russischen Ansprüche auf die Inseln, welche 90 englische Meilen von Port Arthur entfernt liegen, nicht anerkannt werden können, sonst werde fast naturgemäß der Anspruch Rußlands auf die viel näher belegene Miaotao-Gruppe folgen. Der Besitz der letzteren würde Rußland die vollständige Beherrschung der Schifffahrt im Meerbusen von Petchili in die Hand geben.

##### Als Gönner der Voger

demunziert der Berichterstatter der „Morning Post“, Tschungli den neuernannten Großsekretär des Einnahme-Amts. Derselbe habe im Juni 1900 als Militärgouverneur von Peking die Zerstörung des Besitzums der Fremden und die Niedermegehung fremder und eingeborener Christen gebuldet.

##### Lezte Meldungen.

**Shanghai, 25. Januar.** (Meldung der „Agence Havas.“) Das diplomatische Corps beschloß einstimmig, an den Prinzen Tsching und an Li-Hung-Tschang einen Brief zu richten, in welchem es heißt, die Maßnahmen der Mächte betreffend die militärischen Fragen würden von der Mäßigkeit abhängen, mit welcher die chinesische Regierung die übrigen Verbindlichkeiten vollziehen werde. Das diplomatische Corps verlangte die Todesstrafe für vier hohe chinesische Würdenträger, darunter für Tschuang und Tjinglin, ferner wird die nachträgliche Todesstrafe für den bereits verstorbenen Kanghi verlangt, schließlich wird auch einstimmig die Todesstrafe für Tschung-fuhjung gefordert, unter Vorbehalt eines notwendigen Aufschubs, um sich der Person des Generals zu versichern.

**New York, 25. Januar.** (W. T. W.) Der Washingtoner Korrespondent des „New York Herald“ sagt, er habe die Ermächtigung, zu erklären, daß Rußland kein Abkommen mit China bezüglich der Mandschurei getroffen habe. Ferner könne erklärt werden, daß das Petersburger Kabinett beabsichtige, nicht von der in der Circularnote vom 25. August vorigen Jahres eingenommenen Stellung abzuweichen.

#### Lezte Nachrichten und Depeschen.

##### Französische Deputierten-Kammer.

**Paris, 25. Januar.** Das Haus nimmt die Beratung der Interpellation Morel betreffend die mißliche Lage der Seidenweberien wieder auf. Koel stellt fest, daß die Schweizerische Konkurrenz einen bedeutenden Niedergang der Preise und Löhne herbeiführe. Redner verlangt Erhöhung der Eingangszölle. Andre Deputierte äußern sich in demselben Sinne. Das Haus nimmt dann eine vom Handelsminister Wilerand gebilligte Tagesordnung an, in welcher die Regierung aufgefordert wird, bei der Erneuerung der Verträge mit den mitteleuropäischen Staaten die nötigen Maßregeln zu ergreifen, um den reinen Seidenwebereien Zollgarantien zu sichern, die den auf andre Artikel zur Anwendung kommenden entsprechen.

##### Som Boerenkrieg.

**London, 25. Januar.** (W. T. W.) Eine Depesche Lord Kitchener's aus Pretoria von gestern meldet: General Cunningham ist auf dem Marsche von Olifantsnek nach Siden und machte während des Marches 17 Gefangene. Heute wurde Cunningham bei Middelfontein in ein Gefecht verwickelt. Charles Knox griff Haasbroek's Lager an, nahm den Feldkornet und 4 Mann gefangen und erbeutete 20 Pferde. Methuens Kolonne ist, nachdem sie die Boeren aus Orignaland und Kuruman vertrieben hat, heute nach dem Westen der Kapkolonie zurückgekehrt. Unse Truppen rücken durch Clanwilliam nach Norden vor, während das Kommando der Midland-Vinie sich westlich von Uniondale befindet und von Oberst Haigs Truppen scharf verfolgt wird. Im Osten ist alles ruhig. Die Boeren richten in der Kolonie nur wenig Schaden an und werden bei den Einwohnern, die sich ihnen nicht anschließen, täglich unpopulärer.

**London, 25. Januar.** (W. T. W.) Aus Pretoria wird gemeldet, daß bereits einige Zusammenstöße in der Gegend zwischen Pretoria und Laurens Marques stattgefunden haben. Bisher sind hier noch keine Nachrichten über das Gefecht bei Balmoral eingetroffen. Die Zahl der Boeren, die zwischen Pretoria und Balfast konzentriert sind, beläuft sich auf 10 000 Mann. Man glaubt, daß die Unthätigkeit der englischen Truppen durch die zahlreichen Krankheitsfälle, die im englischen Heere vorgekommen sind, verursacht ist.

**London, 25. Jan.** (W. T. W.) Aus Kapstadt wird berichtet: Die Boeren befinden sich in zwei Kolonnen in der Umgegend von Clanwilliam. Man bemerkt die Unthätigkeit der Boerenkommandos, die sich in dieser Gegend befinden, bis an die Küste vorzubringen und schließt daraus, daß sie Plünder-Expeditionen aus Europa erwarten, die ihnen Waffen und Munition zuführen sollen. Infolgedessen haben die englischen Kanonenboote und Kreuzer Befehl erhalten, die westafrikanische Küste streng zu bewachen, und das Land jedes verdächtigen Fahrzeuges zu verbieten. — Ferner wird aus Kapstadt gemeldet, daß Boerengefangene, die sich in der Nähe der Küste auf einem abgeschlossenen Lager befinden, nach Eintreffen der Meldung vom Tode der Königin Victoria beschloßen haben, ihre täglichen Spiele auf einige Zeit zum Zeichen der Trauer einzustellen. Diese Haltung der Boeren hat in hiesigen englischen Kreisen einen guten Eindruck gemacht.

**Frankfurt a. M., 25. Januar.** (W. T. W.) Freiherr Wilhelm Karl von Rothchild, Chef des Bankhauses W. u. v. Rothchild u. Söhne, ist heute mittag, 73 Jahre alt, gestorben. (Wilhelm Karl v. Rothchild war seit 1886 Chef des Hauses Rothchild.)

**Odense, 25. Januar.** (W. T. W.) Der Schooner „Holger Danske“ aus Horsens, der am 4. Oktober v. J. von Neufahrwasser nach Horsens abgesegelt war, wird seitdem vermisst; das Schicksal der Mannschaft ist unbekannt.

**Brüssel, 25. Januar.** (W. T. W.) Der frühere Minister Boesie hat heute in der Repräsentantenkammer einen neuen Militärs-Gesetzentwurf eingebracht, nach welchem der militärische Freiwilligendienst eingeführt werden soll. Die Freiwilligen sollen Löhnung erhalten wie die Miliz, und bei ihren Eltern wohnen dürfen.

Reichstag.

83. Sitzung vom Freitag, den 25. Januar 1901, 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Graf Posadowsky, Frhr. v. Thielmann, v. Gofler.

Zunächst wird die erste Beratung des Gesetzentwurfs wegen Versorgung der Teilnehmer an der Ostasiatischen Expedition und ihrer Hinterbliebenen fortgesetzt.

Abg. Dr. Schäbler (C.):

Meine politischen Freunde sind im großen und ganzen mit der Vorlage einverstanden. Im übrigen sind wir auch der Meinung, daß, was den Chinarriegern billig ist, den Invaliden von 1870/71 gewiß recht ist. Wir wissen es dem Herrn Reichskanzler Dank, daß er durch seine gestrige Erklärung diese gleichmäßige Behandlung der Invaliden aus allen Kriegen zugeht.

Abg. v. Vollmar (Soz.):

Auf die Chinarriegern gehe ich bei dieser Gelegenheit nicht ein. So skeptisch wir dieser gegenüberstehen, so kann das natürlich keinerlei Folgen auf die Behandlung der Opfer dieses Krieges haben. Für diese zu sorgen ist das Reich natürlich verpflichtet. Selbstverständlich dürfen aber diese Invaliden nicht bessere Bezüge erhalten, als die tauende alter Invaliden, die noch in Not und Elend leben. Wir waren daher entschlossen, diese Vorlage nicht aus der Hand zu geben, bevor wir die Regierung gezwungen hätten, die Bezüge der alten Invaliden aufzubessern.

Kun hat ja der Herr Reichskanzler gestern sehr wohl getan, das bessere Teil zu erwähnen und die ganze unhaltbare und unbegreifliche frühere Haltung der Regierung aufzugeben. Ich kann nicht umhin, meinem Befremden darüber Ausdruck zu geben, daß es erst so langen Mühsal bedurft hat, und daß die Regierung nicht aus eigener Initiative dazu gekommen ist, einzusehen, was hier geschehen muß. Noch vor wenig Wochen äußerte sich der Herr Reichskanzler so unglücklich lässig und ablehnend über die Angelegenheit. Die bessere Erkenntnis datiert also erst von den allerletzten Tagen her. Wir erwarten aber, daß es mit diesem Versprechen nicht etwa ähnlich geht, wie mit gewissen andern Reichskanzler-Versprechen, sondern daß in den für die kürzeste Zeit und die Vorlage vorgelegt wird, damit endlich einmal eine alte Schuld des Reichs eingelöst wird! (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf Oriola (natl.):

Auch die Nationalliberalen hatten die Absicht, die Vorlage so lange nicht zu bewilligen, bis für die alten Invaliden gesorgt war. Wir vertrauen dem Versprechen des Reichskanzlers und stehen nunmehr der Vorlage sympathisch gegenüber. Hervorheben will ich, daß der Staatssekretär v. Trippl als kluger Mann seine Beamten in Kiautschou in die Vorlage mit hineingebracht hat. Aber die Beamten in Kamerun und Ostafrika sind doch wohl in der gleichen Lage wie ihre Kollegen in Kiautschou, der Staatssekretär der Marine scheint ein mächtigerer Mann zu sein als der Staatssekretär des Auswärtigen, obwohl dieser Reichskanzler ist (Heiterkeit). Diese ungleiche Behandlung muß beseitigt werden. Mit dem Versprechen des Reichskanzlers zugleich muß auch die weitere Forderung des Reichstags erfüllt werden: eine gerechte Reform und Revision der Militärpensionen. Der Reichstag wird für die erforderlichen Mittel sorgen. Und da wundere ich mich, daß die längst geforderte Sachcharaktersteuer noch immer nicht an uns gelangt ist. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Admiralitätsrat Perels

sucht nachzuweisen, daß die Marinebeamten von Kiautschou mit in die Reliktenversorgung aufgenommen werden müßten.

Abg. v. Tiedemann (Sp.):

Unsre Bedenken gegen die Vorlage sind durch die gestrige Erklärung des Herrn Reichskanzlers beseitigt. Wäre diese Erklärung nicht erfolgt, so wäre an eine Annahme der Vorlage nicht zu denken gewesen. (Sehr richtig! rechts.)

Reichschatzsekretär Frhr. v. Thielmann:

Es ist richtig, daß ein Teil dieser Veteranen augenblicklich noch der Versorgung entbehrt. In der Budgetkommission liegt ein Antrag Oriola vor, der eine Erhöhung der für diesen Zweck ausgelegten Mittel erstrebt. Ich kann im Namen des Herrn Reichskanzlers erklären, daß die verbündeten Regierungen diesem Antrag sympathisch gegenüber stehen und bei der Ausführung ihre Hilfe leisten werden. (Beifolles Bravo!)

Die Abgg. Bachnicke (freif. Sp.) und Müller-Sagan (freif. Sp.) sprechen gleichfalls ihre Freude über die Erklärung des Reichskanzlers aus. Wunderbar sei, daß noch in den Motiven zu der Vorlage mit der Unterschrift des Reichskanzlers ein geradezu entgegengesetzter Standpunkt vertreten sei.

Abg. Graf Noon (L.)

begrüßt ebenfalls die Erklärungen der Regierung.

Abg. Prinz zu Schönau-Carolath:

Ich hätte gewünscht, daß die Erklärung des Herrn Reichschatzsekretärs etwas bestimmter gelautet hätte. Mit Sympathie-Erklärungen ist den Veteranen wenig geholfen. Es wäre sehr wünschenswert, wenn der Herr Reichskanzler den ca. 8000 notierten Veteranen vom Januar bis April dieses Jahres die 120 M. auszahlen lassen möchte. Redner wünscht weiter, daß auch die Frage der Entschädigung für die Nichtbenutzung des Zivilversorgungsscheins endlich geregelt werde.

Reichschatzsekretär Frhr. v. Thielmann:

Der Herr Redner hat meine Worte verdreht. (Oho! bei den Nationalliberalen.) Ich habe nicht den Veteranen meine Sympathie ausgesprochen, sondern dem Antrag Oriola in der Budgetkommission und diese Sympathie-Erklärung bedeutet das Geld.

Abg. Prinz zu Schönau-Carolath (Hosp. d. Natl.):

Dem Herrn Reichschatzsekretär ist wohl ein lapsus linguas passiert. Er kann mir doch höchstens ein Mißverständnis vorwerfen. Im übrigen freue ich mich über seine Erklärung und wünsche mir, daß er auch mir gegenüber die Höflichkeit wahren, wie ich das stets getan habe. (Bravo! bei den Nationalliberalen.) Damit schließt die Diskussion. — Die Vorlage wird an die Budgetkommission verwiesen.

Hierauf wird die zweite Beratung des Etats des Reichsanfs des Innern fortgesetzt.

Wahrheits-Bundesratsbevollmächtigter Geheimrat v. Herrmann:

Der Abg. v. Vollmar hat neulich einen Artikel in der „Kugsburger Zeitung“ erwähnt und es so hingestellt, als gäbe dieser von der bayerischen Regierung aus. Demgegenüber kann ich auf Grund inzwischen eingeholter amtlicher Informationen feststellen, daß die bayerische Regierung in keiner Beziehung zu diesem Artikel steht. Die Erklärung des Herrn Staatssekretärs über seine Stellung zu den verbündeten Regierungen war durchaus korrekt. Sie entspricht unserem deutschen Verfassungsrecht und auch den Anschauungen der verbündeten Regierungen.

Abg. Gamp (Sp.)

bedauert, daß an den deutschen Wörtern so viel ausländische Effekten zugelassen werden. Wir haben Schwierigkeiten, unsre guten deutschen Reichsanleihen unterzubringen und müssen nach Amerika gehen, um Geld zu bekommen. Da ist die dauernde Transparenznahme des deutschen Geldmarktes für ausländische Anleihen doch höchst bedenklich und verschärft die Krisis. Sollen wir mit gebundenen Händen zusehen, daß amerikanische Eisenbahnobligationen in solchen Massen auf unsem Markt geworfen werden, während unsre Kommunen kein Geld für gemeinnützige Unternehmungen, Gasanstalten, Wasserwerke etc. aufnehmen dürfen? Das Vorsehengesetz bietet eine Handhabe, die

Zulassung ausländischer Effekten einzuschränken. — Redner erucht den Staatssekretär um eine Anweisung, die den Begriff „Land- und forstwirtschaftlicher Nebenbetrieb“ in der Unfallversicherung weiter faßt, als es jetzt gebräuchlich ist.

Die Frage höherer Getreidezölle hat eine hohe ethische Bedeutung. Sie sind die notwendige Voraussetzung für die Fortentwicklung der Sozialpolitik, die uns allen am Herzen liegt. Die Landwirtschaft kann aber nur dann die Kosten tragen, wenn sie höhere Getreidepreise erzielt. Die Produktionskosten sind für die deutsche Landwirtschaft höher als für die amerikanische, die nur mit dem Pfluge jungfräulichen Boden aufzureißen braucht, um hohe Erträge zu erzielen. (Lachen links.) Die Belastung des Grundbesitzes durch Kosten für humanitäre Einrichtungen ist in keinem Lande so hoch wie bei uns. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Sozialreform muß deshalb sehr besonnen weitergeführt werden. Erst wagen, dann wagen muß es heißen. Nicht wie das bisher geschah, wo die Väterei-Verordnung im Handumdrehen erlassen war (Lachen bei den Sozialdemokraten) und wir uns seit Jahren quälen, den Fehler wieder gut zu machen.

Herr Reus wirft uns vor, daß wir ja auch dem Bundesrat die Ermächtigung zum Erlass dieser Verordnung erteilt hätten. Nun, ich verspreche ihm, ich werde das nicht mehr thun. Herr Hübe, der von den Sozialdemokraten so heftig angegriffen wird, hat ein hohes Verdienst um das Zustandekommen unserer sozialpolitischen Gesetzgebung auf dem Wege der Verständigung mit den Arbeitgeberern. Im Kampf gegen die Unternehmer könne Sozialpolitik überhaupt nicht gemacht werden. An die Krankenfürsorge unserer Grundbesitzer kommen die Leistungen der Krankensicherung überhaupt nicht heran. (Lachen links.) Kommen Sie doch einmal zu uns auf das Land. Wir bezahlen unsern Kranken Arbeitern den Lohn fast ganz fort; Wohnung, Stub, Deputat, alles, alles hört nicht auf, und zwar nicht bloß 13 Wochen lang, sondern da wir Jahreskontrakt haben, das ganze Jahr hindurch. Diese Verhältnisse sollte man doch respektieren und nicht schematisieren. Für Witwen- und Waisenversorgung sind auch wir, aber sie darf nicht eine Last des Arbeitgebers sein. Mein Ideal wäre: alle Versicherungen zusammenzulegen und dabei eine Organisation der Arbeiter und Unternehmer zusammen zu schaffen, die unter der Leitung von Staatsbeamten steht. Diese Organisationsform würde den Interessen der Arbeiter weit mehr entsprechen, als die Form, die Sie wünschen! (Lachen bei den Soz.)

Was die 12 000-Mark-Affaire anlangt, so hat der Verband der Industriellen, der so viel Intelligenz und Kapital repräsentiert, mit Recht einen Anspruch darauf, Einfluß auf die Gesetzgebung auszuüben. (Hört, hört! b. d. Soz.) Einen solchen Einfluß haben andre private Vereinigungen, wie der deutsche Handelstag, der Landwirtschaftsrat doch auch. (Mufe bei den Sozialdemokraten: Aber die Arbeiter!) Die Regierung hat nicht bloß das Recht, sondern die Pflicht, den Wünschen dieser Interessengruppen zu entsprechen, so lange sie mit den allgemeinen Interessen übereinstimmen. (Mufe b. d. Soz.: Die Hintertreppen!) Hintertreppen haben die Herren gar nicht nötig. (Abg. Pfannkuch: Abgegeben von denen, die sie doch benutzen!) Heiterkeit.) Im Vertrauen kann ich den Herren sagen, daß Herr Dresfeld dem Geheimrat Goldberger, dem Leiter des Vereins für Handel und Industrie, etwa dieselbe Antwort gegeben hat, wie Herrn Bued, daß er gern bereit sei, sich der sachverständigen Mitwirkung auch dieser Herren zu bedienen. Jeder Minister würde ungefähr dasselbe thun. Wenn einer von Ihnen einen großen Verein leitet, der sich nicht gerade die Veröffentlichung von unterlagerten und gestohlenen Briefen zur Aufgabe machte, und einen Minister ausruft, so würde der Minister sich auch gern seines sachverständigen Rats bedienen. Sie erheben ja immer gegen die Regierung den Vorwurf, daß sie zu wenig Fühlung mit dem praktischen Leben hätte. Eine Bemerkung im Briefe Bued hat mich unangenehm berührt, die Bemerkung, daß man „Herrn v. Berlepsch klein bekommen hätte“. Das ist sochlich absolut unrichtig. Herr v. Berlepsch ist aus ganz andern Gründen gegangen. Ich bedauere die Bemerkung aus tiefster Seele, weil Herr v. Berlepsch ein Mann von gentiler vornehmer Gesinnung war, wie man sie selten findet.

Zum Schluß noch zu einigen recht interessanten Aeußerungen des Herrn Sachse, die ich festnageln möchte. Er meinte, ein Lohn von 4 M. in dem Leipziger Konsumverein wäre durchaus genug. (Hört, hört! rechts.) Ist das wirklich Ihre Ansicht (zu den Sozialdemokraten)? Dann werden wir uns auf dieser Basis leicht verständigen. Wenn Sie aber diesen Lohn nicht für genügend halten, dann fangen Sie bei sich selbst an und zahlen Sie Ihren eignen Arbeitern höheren Lohn. Für die Frauen hielt Sachse einen durchschnittlichen Jahresverdienst von 700 M. für hoch genug (Hört! hört! rechts), während sonst die Sozialdemokraten immer gegen die schlechte Bezahlung der Frauen eifern. Das Interessanteste war aber, daß Herr Sachse meinte: Wir würden ja viel mehr für unsre Arbeiter thun, aber auch die Konsumvereine müssen mit der Konkurrenz rechnen. (Hört! hört! rechts.) Haben denn aber die sozialdemokratischen Arbeitgeber allein mit der Konkurrenz zu kämpfen? (Sehr gut! rechts.) Sorgen Sie erst dafür, daß in Frankreich, England, Amerika durch Gesetz so viel für die Arbeiter geschieht, wie bei uns, damit unsre Exportindustrie gegen die ausländische Konkurrenz besser auskommen kann, dann wird es ihr auch möglich sein, ihre Arbeiter besser zu bezahlen. — Ich kann Ihnen nur raten, geben Sie die geübteste Art des Kampfs auf, dann werden wir in der sozialen Gesetzgebung weiter kommen. (Bravo! rechts.)

Abg. Fürst Bismarck (L.):

Herr Reichsbed behauptete neulich, daß durch die Erhöhung der Getreidezölle sich die Grundrente noch erhöhen werde. Demgegenüber weise ich nur darauf hin, daß heute die Landwirte so bescheiden sind, nur ein weiteres Fallen der Grundrente verhindern zu wollen. In 16 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe wird heutzutage überhaupt keine Grundrente erzielt. (Hört! hört! rechts.) Die Thatfache muß immer festgehalten werden, daß das Ausland mit der Erhöhung der Zölle trägt. Wäre das nicht der Fall, dann würden sich die billig Getreide produzierenden Länder nicht über eine Zollserhöhung unseerseits aufregen. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Dr. Gaffe (natl.)

wünscht eine Reform des Gesetzes über Erwerb und Verlust der Deutschen Reichs- und Staatsangehörigkeit.

Abg. Ledebour (Soz.):

Herr Gamp hat die Keuerung meines Parteigenossen Sachse, auf die er Bezug nahm, total mißverstanden. Der Abgeordnete Sachse hat nicht etwa die Löhne, die in Konsumvereinen gezahlt werden, im allgemeinen als vollkommen ausreichend bezeichnet, sondern er hat nur gesagt, sie könnten wohl den Vergleich aushalten mit den Löhnen in einem agrarischen Konsumverein, von dem er sprach. Die Bemerkung, daß auch die Konsumvereine mit der Konkurrenz rechnen müßten, hat Herr Sachse auch nicht in Bezug auf die Löhne gemacht, sondern in Bezug auf die Arbeitszeit. Er sagte nämlich, daß die Konsumvereine sofort ihre Arbeitszeit herabsetzen könnten, wenn statt des Reumuth-Ladenschlusses der Achtuhr-Ladenschluß eingeführt würde.

Weiter hat Herr Gamp ein glänzendes Bild von der Lage der Arbeiter in Ostelbien gemalt und gemeint, daß die Erhöhung der Kornzölle eine hervorragende ethische Bedeutung hätte, weil dann die Arbeitgeber höhere Löhne zahlen könnten. Auch auf die Konkurrenz des landwirtschaftlichen Raubbaus in Amerika hat er hingewiesen. Dieser Raubbau besteht aber nur in den westlichen Provinzen und ist noch immer zum Schaden desjenigen angefallen, der ihn betrieben hat, so daß also von einer Konkurrenz durch den Raubbau nicht die Rede sein kann. Nach seinen Schilderungen muß Ostelbien ja das wahre Arbeiterparadies sein. Wie kommt es denn aber, daß die Herren immer über die Deutenot klagen? Das ist der deutlichste Beweis

dafür, daß die Ausführungen des Herrn Gamp mit den Thatfachen nicht übereinstimmen können. Ich erinnere an die Debatte über die Deutenot im Frühjahr 1898. Da war der Hauptverantwortliche der Agrarier Herr Gamp und er behauptete sich darüber, daß von seiten der Regierung verlangt wurde, daß den Arbeitern, die den Landwirten zur Verfügung gestellt würden, die großartige Gefährdung mit ihren vielfachen Fleisch-Portionen gewährt werden müsse. (Abg. Gamp: Ich habe damals gleich gesagt, daß das nicht wahr ist!) Es ist aber durch die Presse gegangen. (Abg. Gamp: Durch die sozialdemokratische!) Nein, nicht durch die sozialdemokratische. Die Thatfache wird sich ja feststellen lassen. Jedenfalls ging aus den damaligen Debatten hervor, daß die Leute thatsächlich durch die Zustände auf dem Lande in die Städte getrieben werden.

Nun noch zu einigen Ausführungen des Grafen Posadowsky Graf Posadowsky hat es neulich für rathsam gehalten, sich als Hüter der monarchischen Institution hinzustellen und hat ausgesprochen, das Deutsche Reich sei hervorgegangen aus dem Bunde, den die deutschen Fürsten geschlossen haben, und falls jemals im Deutschen Reich eine republikanische Richtung die Oberhand haben werde, so sei die Existenz des Deutschen Reichs mit solchen Zuständen nicht mehr vereinbar. Diese Deduktion hat aber Graf Posadowsky auf ein vollkommen unrichtiges Glat gestützt. Er verwies auf die deutsche Reichsverfassung, wo es heißt: „Die deutschen Fürsten schließen einen ewigen Bund zum Schutze des Bundesgebietes...“ Thatsächlich heißt es aber dort: „S. M. der König von Preußen im Namen des norddeutschen Bundes, und dann werden die süddeutschen Fürsten aufgezehlt u. s. w.“ In der Verfassung des norddeutschen Bundes werden aber als konstituierende Gewalt ausdrücklich die 8 Hansestädte Bremen, Hamburg, Lübeck mit aufgeführt. Schon daraus geht hervor, daß mit der Existenz des Deutschen Reichs gleich der monarchischen auch die republikanische Institution wohl vereinbar ist. (Lachen rechts.) Sie laden, meine Herren, trotzdem hier die drei Vertreter der freien Städte sitzen oder wenigstens sitzen sollten! Daß diese Republikan gegenüber den andern Bundesstaaten nur ein kleines Gebiet haben, kann doch mit ihrer Gleichberechtigung nichts zu schaffen haben. Natürlich würden wir auch dann republikanisch sein und bleiben, wenn es keine Hansestädte im Deutschen Reich gäbe. Ich muß aber meinem Befremden darüber Ausdruck geben, daß keiner der Vertreter der freien Städte Veranlassung genommen hat, sich gegen die Behauptung des Grafen Posadowsky, die ihnen die Gleichberechtigung abspriecht, zu verwahren. (Lachen rechts.) Es ist uns ja sehr wohl bekannt, daß der ehrbare Kaufmann vollkommen das republikanische Selbstgefühl eingebüßt hat. Und wenn die Herren aus den Republikan nicht mehr zufrieden sind mit ihrer Verfassung, dann haben sie ja das volle Recht, darauf hinzuwirken, daß etwa die freie Stadt Hamburg in ein Großherzogtum Hamburg umgewandelt werde. Wir befechten ihnen nicht das Recht, Änderungen der Verfassung in monarchischem Sinn zu erstreben, ebenso lassen wir uns aber auch nicht das Recht nehmen, die republikanische Richtung zu vertreten. Graf Posadowsky hat aber weiter die Monarchie ganz besonders herauszufordern gesucht und behauptet, daß jedes Blatt der preussischen Geschichte beweise, daß unter der preussischen Monarchie die unteren Klassen ihr volles Recht bekommen hätten. Ich begreife nicht, wie eine solche Behauptung ausgeprochen werden kann zu einer Zeit, wo wir in Preußen noch die Gemeinde-Ordnung haben. Das Gefinde gehört auch zu den unteren Klassen und wird auf eine niedere Stufe gedrückt gegenüber den sonstigen Arbeitern in Preußen. Herr v. Rheinbaben macht sogar den Versuch, die geringe Verewerung, die dem Gefinde im bürgerlichen Gesetzbuch durch Abschaffung des Juchtingrechts zu teil geworden ist, wieder zu beeinträchtigen. Thatsächlich befindet sich das Gefinde heute doch noch in einem Zustande der Halbhörigkeit. In Preußen haben auch die Landarbeiter noch nicht das Koalitionsrecht und Sie (Lachen rechts) sträuben sich unter Assistent der preussischen Regierung mit Hand und Fuß dagegen, es ihnen zu geben. Eine einzige Thatfache ist geradezu unerhört, daß ein Reichsbeamter in ein solches Lob der Behandlung der unteren Volksklassen durch Preußen einstimmen kann. Ich kann nur annehmen, daß Graf Posadowsky durch die Behandlung, die ihm in der letzten Zeit zu teil geworden, vollständig sein klares Urteil eingebüßt hat (Lachen rechts). Von den unteren Klassen kann diese Behauptung jedenfalls nur als ein bitterer Spott empfunden werden.

Auf die Bued-Angellegenheit will ich heute nicht mehr eingehen. Herr Dr. Müller-Sagan hat aber vorgestern im Namen der freisinnigen und der süddeutschen Volkspartei die Erklärung abgegeben, daß er für den Antrag Hüßer, eine Untersuchungskommission einzusetzen, nicht stimmen könne. Als seiner Zeit in die Debatte über die 12 000-Mark-Affaire eingetreten wurde, erklärte ein Führer der Liberalen ausdrücklich, diese Angelegenheit gebe nicht bloß die Sozialdemokratie an. Mit dieser damaligen Erklärung steht die vorgestrigte des Herrn Abg. Müller-Sagan in schreiendem Widerspruch. Zur Rechtfertigung seiner Erklärung führt der Herr Abgeordnete an, so weit die 12 000-Mark-Affaire in Frage kommt, sei der Thatbestand festgestellt und was sonst über Ungehörigkeiten, im Reichsamt des Innern behauptet werde, sei so allgemein gehalten, daß eine Untersuchung keine Aussicht auf Erfolg habe. — Die Behauptung, daß die Sache aufgeklärt sei, ist aber vollkommen unrichtig. Es sind verschiedene Fragen von uns an die Reichsregierung gestellt, die nicht beantwortet worden sind. Unaufgeklärt ist noch der Widerspruch zwischen der Erklärung des Reichskanzlers, der den Fall als einen schweren Mißgriff bezeichnete und dem Rechtfertigungsversuch des Grafen Posadowsky. Unaufgeklärt ist ferner, wie Graf Posadowsky erklären konnte, er übernehme die ganze Verantwortung und wir doch andererseits sehen, daß Herr v. Woelfke, der als Mitthäter genannt wurde, einfach verschwunden ist. Es heißt, daß er als Sünderbode in die Wüste gegangen ist. Nach bureaukratischer Praxis wird er ja dort ein paar sehr angenehme Oasen finden. Es heißt, daß er dazu ausreizen sei, den Regierungsbezirk Marienwerder als Regierungspräsident zu befehlen. (Zuruf rechts: Hoffentlich!) Dieser Jurus von Ihrer Seite ist recht charakteristisch. In gewissem Sinne können wir ja auch „hoffentlich“ sagen. In der That ist ja nicht zu leugnen, daß dort noch recht viel für die Sozialdemokratie zu arbeiten ist. Wenn Herr v. Woelfke dort gemeinschaftlich mit Herrn v. Poddelski wirkt, so kommt es vielleicht noch dazu, daß auch die Polen einsehen, daß sie mit ihrer Admiralitätspolitik oder der Richtpolitik des Fürsten Radziwill nicht weiter kommen und daß die Sozialdemokratie das einzige Heilmittel ist. (Lachen rechts.) Auch darüber ferner, in welcher Weise die 12 000 M. verwendet worden sind, ist uns das Reichsamt des Innern noch Rechenschaft schuldig. Dieser einzelne Fall müßte uns überhaupt Anlaß geben, einmal recht gründlich hineinzusehen in das ganze bureaukratische Regierungssystem, das man fälschlich ein monarchisches nennt. Wer regiert denn in Preußen? Dem äußeren Anschein nach die Bureaucratie. Jetzt ist es aber ganz offenkundig, daß die Bureaucratie gelenkt wird durch die verschiedenen Interessengruppen, die sich aus den herrschenden Klassen gebildet haben, durch die landwirtschaftliche, die großindustrielle und wie wir heute von Herrn Gamp gehört haben, die kaufmännische Koterie, die aber ihren Interessenspunkt nicht in aller Offenlichkeit aussprechen, sondern auf diesen unangenehmen Schleienwegen, für die ja ein Leitfaden in dem bekannten Scheiterhaufen-Brief des Herrn Stöder gegeben worden ist.

Die Herren Agrarier sind freilich ihren Konkurrenten immer noch über. Jetzt hat ihnen sogar die Regierung die erhöhten Getreidezölle zugebilligt, ohne die Kompensation der Kanäle. Wie weit die vorzüglich organisierte agrarische Interessengruppe, neben der Sozialdemokratie die am besten organisierte Partei mit klaren Zielen, ihren Einfluß zu erstrecken vermag, das zeigt die agrarische Fügbarkeit des Centrums und der Nationalliberalen. So wird die Bahn endlich frei gemacht zu dem Endkampf zwischen Ihnen und uns durch die Ausschaltung und das Verschwinden der Mittelgruppen.

Glauben die Herren Freisinnigen etwa, daß sich noch einmal eine so günstige Gelegenheit bieten wird, um in dies Hinterkuppel-System hineinzukommen? Nach diesen Veröffentlichungen wird zweifellos von einem erfahrenen Diplomaten die Parole ausgegeben werden: So etwas thut man wohl, man sagt es aber nicht! Wird die Gelegenheit hier nicht benutzt, so kehrt sie nicht wieder. Die Freisinnigen beweisen durch ihre Ablehnung, für diese unsere Resolution zu stimmen, daß sie von der allgemeinen Krankheit des Liberalismus tief ergriffen, daß sie die Herbizidlose des Parlamentarismus sind.

Wir freuen uns über das Zugeständnis des Herrn Hige, daß das gemeinsame Zusammengehen der Arbeiter in Kampfvereine notwendig ist. Hoffentlich beherzigen die christlichen Gewerksvereine diese Mahnung. Die freien Gewerkschaften haben das notwendige Maß von Neutralität, das zur Erfüllung ihrer Aufgaben nötig ist, stets beibehalten. Deshalb hat Herr Hige unrecht, wenn er die Socialdemokratie als Hindernis des Zusammengehens aller Arbeiter bezeichnet. Verlegt wird die Neutralität nur von den Hirsch-Dunderkronen und den christlichen Gewerksvereinen. Die ersten fordern die Unterschrift unter einen Mevros, daß das Mitglied nicht zur Socialdemokratie gehöre, die andern nennen sich christlich und schließlich dadurch religiös indifferente Arbeiter aus. Wir erwarten, daß aus dem gelegentlichen Zusammengehen der christlichen mit den freien Gewerkschaften ein dauerndes wird. Die Entwicklung wird über Ihre Köpfe (zum Centrum) hinwegschreiten, auch Ihre Gewerkschaften werden schließlich im socialdemokratischen Hafen landen.

Wie weit wir sind, dafür ist ein Angehen auch darin zu finden, daß ein Teil des Bürgertums das frühere Stadium des offenen Kampfes bereits hinter sich hat und zu einer Art socialistischer Verkleidung Wunderringe in unserer Bekämpfung. Er hat den Mund besonders voll genommen. Aber damit täuschen Sie nur so harmlose Leute wie Stumm und Kardoff, die da wirklich glauben, Sie seien gefährliche Socialisten. Die socialdemokratischen Arbeiter werden sich durch die socialistische Verkleidung nicht darüber täuschen lassen, daß Sie nur socialistische Eintagsfliegen sind. Nichts hält uns auf. Die guten Massschläge des Grafen Posadowsky, wir sollten den republikanischen Gedanken aufgeben, sind ganz in den Wind gesprochen. Von Stieg zu Stieg schreiten wir weiter, weder Mahnungen noch Drohungen werden auf uns einwirken, die wir dem Worte unsres großen Meisters Marx gehorchen: Geh' Deinen Weg aufrecht und unbekümmert! (Dravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Cahenoly (C.) tritt lebhaft für die Errichtung der von Münch-Ferber beantragten Central-Auskaufsstelle ein.

Abg. Mollenhuth (Soc.):

Herr Camp will überhaupt keine Socialpolitik mehr. Gegen die Ausdehnung der Krankenversicherung auf dem Lande wendet er sich mit der Behauptung, daß schon jetzt für diese reichlich gesorgt werde. Wie kommt es denn, daß gerade die Invaliditätsanstalten in Ostpreußen die meisten Heilverfahren von kurzer Dauer einleiten, die im einzelnen Falle 20-40 R. kosten? Daraus geht hervor, daß dort die Invalidenversicherung als Surrogat für die Krankenversicherung benutzt wird. Das beweist auch auf Harften, wie notwendig die Ausdehnung der Krankenversicherung ist. Herr Camp warnt, daß die socialpolitische Gesetzgebung so stümmerisch vorgehe wie früher und verweist auf die Wäckerverordnung. Wenn die Regierung noch langsamer vorgehen soll, als sie es bei der Wäckerverordnung gethan hat, deren Schaffung über vier Jahre gedauert von der ersten Anregung an, so heißt das überhaupt auf socialpolitische Gesetzgebung verzichten. Von 1892-1896 hat man ununterbrochen unersucht, Enquêtes veranstaltet, Gutachten eingeholt, um eine verhältnismäßig so untergeordnete Maßnahme, wie die Wäckerverordnung, einzuführen.

Das uneingeschränkte Lob aus dem Munde des Herrn Camp wird Herrn Hige wohl nicht sehr angenehm gewesen sein. Es beweist am besten, wie recht Wolmar mit seinem Vorwurf gegen Hige hatte. Was die Thaten der preussischen Monarchie für die arbeitenden Massen betrifft, so hat Ledebour mit Recht auf die Gesinde-Ordnung bereits verwiesen, die noch bis heute die Schuldnarrschafft für das Gesinde aufrecht erhält. Die preussische Geschichte enthält aber noch ganz andre Dinge. Die Handwerkerordnung von 1738 stellt Streiks unter Todesstrafe. (Hört, hört! bei den Socialdemokraten.) Die preussische Gewerbe-Ordnung von 1845 bestraft die Arbeiterkoalitionen mit 1 Jahr. Das steht nun nicht gerade noch für Sorge aus. Und als man in den holländischen Bergwerken 1893 400 arbeitswillige Bergleute zeitweilig von der Arbeit ausschloß, und sie zum Verzweifeln verurteilte, weil sie von ihrem gesetzlichen Neß Gebrauch machten, hat man wohl auch ein Ruhmesblatt für die Socialpolitik der preussischen Monarchie geschaffen. Noch immer herrscht der Geist der Handwerker-Verordnung von 1738.

Graf Posadowsky hat auf die Versicherungsfrage hingewiesen und gewünscht, daß andre Staaten unser Beispiel folgten, sonst könnten wir bei solcher Belastung nicht konkurrenzfähig bleiben. Auf der Pariser Weltausstellung hat das Reichs-Versicherungsammt gar sehr das Mittel der Melame für unsre Versicherungsfrage angewandt.

Der vergoldete Obelisk in der Ausstellung, der die Leistungen der deutschen Versicherungen darstellte, mußte ja die ausländischen Fabrikanten stutzig machen und eher abschreckend auf sie wirken. In Wahrheit ist es nicht so stillmütig mit diesen Leistungen der Versicherungs-Gesetzgebung, deren willkürlicher Urheber nicht Fürst Bismarck oder die kaiserliche Volkshaus vom 17. November 1881 war. Schon vorher hatte der Reichstag ja ein Gesetz über Unfallversicherung angenommen, das durch das Verschulden des Centrums beim Bundesrat zu Fall gekommen ist. Der Centralverband rühmt sich ja auch, die erste Anregung zu dieser Gesetzgebung gegeben zu haben, und zwar schon 1879. Hätte man in den Vorjahren auf der Ausstellung gesagt, daß diese Gruppe habgieriger Menschen die erste Anregung gegeben hätte, dann würden die ausländischen Fabrikanten schon begriffen haben, daß die Sache sich ertragen läßt. Herr Waare, der Schienenminister und Steuerbefragter, hat 1880 bereits einen vollständigen Gesetzentwurf über die Arbeiterversicherung ausgearbeitet, der zur Grundlage unsrer Gesetzgebung geworden ist. Man hatte auch darstellen wollen, wie groß die Summe ist, die ein Unternehmer für einen versicherten Arbeiter täglich auszugeben hat. Da hätte man aber nicht Gold, sondern nur Kupfer nehmen können. Sechs kupferne Pfennige stellen die tägliche Leistung eines Unternehmers für einen Arbeiter dar. Da hätten die englischen Fabrikanten gedacht: Einen halben Penny pro Tag haben wir auch noch übrig, vielleicht sogar einen ganzen. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Graf Posadowsky spricht von der industriellen Konkurrenz, die mit starker Faust an die Thore Deutschlands klopft. Das war wohl eine Empfehlung höherer Schichten. Die so gesüchtete englische Konkurrenz zahlt aber viel höhere Löhne, als die deutsche Industrie. Ein deutscher Spinnereibesitzer giebt 8-900 M. jährlich Industrie der Versicherungsbeiträge für den Spinner aus. Der englische Spinner aber verdient das zwei- bis dreifache, 2000-2400 M. Er arbeitet in der Woche nur 54 Stunden, sein deutscher Kollege aber 65. Wenn uns die englische Konkurrenz bedroht, so deshalb, weil die Leistungsfähigkeit des deutschen Arbeiters infolge der niedrigen Löhne zurückgeht. Die Koalitionsfreiheit hat dem englischen Arbeiter vielmehr eingebracht, als dem deutschen Arbeiter die Versicherungs-gesetze (Sehr gut! b. d. Soc.), die sie jetzt doppelt durch höhere Provisiole bezahlen sollen. Bei uns wird die Arbeiterversicherung aber beständig gegen das Koalitionsrecht angepöbeln. Das sollte man nun endlich einmal lassen. (Lebhaftes Dravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Hehl zu Herrnsheim (natl.):

Es ist ein läches Unternehmen, den deutschen Arbeitern einreden zu wollen, ihr Koalitionsrecht sei bedroht, nachdem vor kurzem erst das Zuschlaggesetz abgelehnt worden ist. Ebenso hallos ist die Behauptung, die deutsche Industrie sei konkurrenzunfähig gegen das Ausland, weil sie Hungerlöhne

zahlt. Die Statistik, die Sparassen beweisen das Gegenteil. Solche Behauptungen können in einer Volksversammlung Eindruck machen, aber nicht hier. (Sehr gut! bei den Nationalliberalen.) Von einem so langsamen Tempo in der Socialpolitik kann man überhaupt nicht sprechen. Wir haben in Herrn Müllerand den ersten socialistischen Minister in Europa. Das Tempo seiner Socialpolitik ist doch auch sehr bescheiden und weicht die socialdemokratische Kritik, die die mangelhafte Durchführung der socialen Gesetze in Frankreich rügt. Bei uns aber werden sie durchgeführt. Der Centralverband der Industriellen repräsentiert nicht die Industrie. Ich habe schon früher geäußert, daß Herr Dued der Lotengraber des Centralverbands sei. (Hört! hört!) Daß dies so rasch der Fall sein werde, glaube ich aber nicht. Der Centralverband giebt der Socialdemokratie ein schlechtes Beispiel, während er ihr selbst immer Verfolgungspolitik vorwirft. Die Interessengruppen sind gewiß berechtigt, sie dürfen aber nicht wie der Centralverband den Versuch machen, eine Art Nebenregierung darzustellen.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky:

Ein Redner hat eine neue Zusammenstellung des Zolltarifs verlangt, da die alte Zusammenstellung veraltet sei. Der Herr Abgeordnete irrt. Die Zusammenstellungen der Zolltarife werden von uns fortwährend aktuell erhalten, sie werden immer wieder vervollständigt. Herr Camp verlangte eine Verringerung der Zulassung ausländischer Wertpapiere. In dieser Frage ist das Reich aber nicht kompetent. Herr Camp muß die Materie im preussischen Abgeordnetenhaus beim Etat des Herrn Handelsministers vorbringen. Nur wenn eine reichsgesetzliche Aenderung notwendig wäre, wären wir zuständig. Das Gesetz über den Erwerb der Staatsangehörigkeit ist, wie ich Herrn Hoffe erwidern möchte, bereits ausgearbeitet und wird bald dem Hause vorgelegt werden. Der Inhalt wird ganz dem Wunsche des Herrn Hoffe entsprechen. Herr Mollenhuth sagte, es sei hier gesagt worden, die Arbeiter bräuchten das Koalitionsrecht nicht, sie hätten die Arbeiterversicherung. Vom Regierungssitze ist eine solche Aeußerung nie erfolgt. Ich habe eine Aeußerung von mir, auf die er abgesehen scheint, schon mehrfach richtig gestellt. Ich habe vor drei oder vier Jahren nur gesagt, in einem Lande mit allgemeinem Wahlrecht ist das Koalitionsrecht nicht so nötig, wie in Ländern mit beschränktem Wahlrecht. Die Aeußerung hatte also nur relative Bedeutung. Es ist mir nie eingefallen, das Koalitionsrecht für die Arbeiter als entbehrlich zu bezeichnen. Dem Abg. v. Hehl erwidere ich, daß eine besondere Abtheilung des Reichs-Gesundheitsamts die Frage wegen der Vereinigung von Krankhäusern und ihre Abwendung prüfen wird. Herr Mollenhuth ist auf die Versicherungsanstalt in Paris zu sprechen gekommen und hat die Behauptung, daß die Versicherungs-gesetzgebung durch die kaiserl. Verordnung Kaiser Wilhelms I. begründet sei, eine Geschichte fälschung genannt. Durch diese kaiserliche Verordnung ist tatsächlich die gesetzliche Grundlage zur Arbeiterversicherung in Deutschland gelegt worden und keine Rede im Reichstage wird dem hochseligen Kaiser und seinem großen Staatsmann dieses Vorberichts aus ihrem großen Ruhmeskranz reihen. (Weisfall rechts.)

Abg. Hoch (Soc.):

(mit großer Unruhe auf der Rechten empfangen und deshalb im Anfang seiner Rede unverständlich) polemisiert gegen den Abg. Hehl. Herr von Hehl hat hier für die Koalitionsfreiheit der Arbeiter gesprochen. Ich weiß, daß Arbeiter seiner Fabrik vor einigen Jahren noch erklärt haben, sie dürften sich der Gewerkschaft nicht anschließen, das erlaube der Herr Feilherr nicht. Herr von Hehl sprach von Durchschnittslöhnen von 100 M. Herr v. Hehl braucht sich nur die Aufstellung des ortsbildlichen Tageslohns ansehen, er wird daraus erfahren, daß die Löhne durchschnittlich viel niedriger sind. Herr v. Hehl hat gesagt, Herr Müllerand hat als socialistischer Minister auch noch nichts für die Arbeiter geleistet. Das Regime ist aber dort noch rein bürgerlich. Ein Teil unsrer Parteigenossen hat auch das Eintreten Müllerands in das Ministerium verurteilt. In Frankreich hindert die Bourgeoisie und das Unternehmertum Reformen, die Müllerand einführen will. Trotzdem geht es dort langsam vorwärts. (Auf rechts: Langsam!) Ein Angehöriger der bürgerlichen Parteien hat wirklich kein Recht, die Thaten des Herrn Müllerand für seine Ansichten ins Feld zu führen.

Der Herr Staatssekretär ist auf meine Bemerkung über die ärztlichen Gutachten, die nicht nur ein medizinisches Urteil abgeben, sondern auch über die wirtschaftliche Erwerbsmöglichkeit des von einem Unfall Betroffenen sich äußern, eingegangen und hatte nur ein leichtes Bedauern über diese Gutachten übrig. Bei Beratung der Unfallnovelle hatte er sich unserm Standpunkt sehr genähert und feierlich versprochen, daß er diesen Mißstand beseitigen werde. Wie denkt Graf Posadowsky über die Erfüllung seines feierlich gegebenen Versprechens? Ich hoffe noch eine Antwort zu erhalten. Herr Pauli ist auf das Thema des Bau-Arbeiterschutzes eingegangen und hat sich beklagt, daß zu viel Kontrolle an den Bauten geübt werde. Graf Posadowsky giebt aber sogar zu, daß zu wenig Kontrolle vorhanden ist, und nur über die Art der Kontrolle bestehen Differenzen zwischen uns und ihm. Herr Pauli hat dann weiter noch die merkwürdige Behauptung aufgestellt, daß die Schuld an den Unfällen nicht die Unternehmer, sondern die Arbeiter treffe. Herr Hartmann im Reichs-Versicherungsammt hat aber amtslich festgestellt, daß sehr viele Unternehmer es an den nötigen Schutzvorrichtungen fehlen ließen. In seiner Darstellung der Vorfälle bei einem Bau in Neubabelsberg ist Herr Pauli das Opfer einer gewissenlosen Lüge geworden. Nach der gewissenhaften Untersuchung des hiesigen Centralverbands der Maurer sind die Angaben, auf die er sich gestützt hat, von Anfang bis Ende erfunden. Redner stellt im weiteren fest, daß der Abg. Hige seine Kennerung über die Schuld des Centrums an den mangelhaften Ergebnissen der Socialpolitik falsch verstanden habe und hält dem Centrum dann im Einzelnen die verschiedenen Verfehlungen vor, die durch sein Zutun in die socialpolitischen Gesetze, besonders in das Unfallversicherungsgesetz, hineingekommen sind. Meine Broschüre über die Thaten des Centrums enthält auch nicht an einer Stelle eine „objektive Verdrehung“, wie Herr Hige sich ausgedrückt hat. Es läßt sich gar nicht leugnen, daß Herr Czuma die galizischen Arbeiter als Vorbild hingestellt hat. Die Citate aus den Reden des Herrn Hige sind im Wortlaut mitgeteilt. Ich kann ruhig abwarten, was die katibolischen Arbeiter zu der Broschüre sagen werden. Helfen Sie doch sie verbreiten. (Dravo! bei den Socialdemokraten.)

Staatssekretär Graf v. Posadowsky

giebt noch einige statistische Ergänzungen zu seinen Mitteilungen über die Zulassung ausländischer Papiere an deutschen Börsen. Dann vertagt sich das Haus.

In einer persönlichen Bemerkung stellt

Abg. Ledebour (Soc.) fest, daß Abg. Camp tatsächlich in einer Rede im preussischen Abgeordnetenhaus (Redner verliest die Stelle nach dem Stenogramm) eine Aenderung des Gesetzentwurfs gefordert hätte, damit die Gefangenen nicht bei Beschäftigung von den Großgrundbesitzern besser ernährt und länger beschäftigt werden müßten, als die Sachengänger.

Abg. Camp (persönlich): Ich habe damals nur verlangt, daß die Gefangenen, die außerhalb beschäftigt werden, nicht besser behandelt werden, als die Gefangenen innerhalb der Gefängnisse. Das widerspricht aller gesunden Vernunft.

Abg. Müller-Sagan (fr. Wlsp.) (persönlich): Es war unbedeutend vom Abg. Ledebour, mir einen Widerspruch zu dem Standpunkt meines Freundes Mundel vorzuwerfen. Wir haben die 12 000 Mark-Affaire verurteilt und nur abgelehnt, auf Grund allgemeiner Angaben ein Verfahren einzuleiten, das nur auslaufen kann wie das Hornberger Schießen. Er hat uns weiter Herbizidlose jenseitig. Die Herbizidlose ist eine Blume. . .

Präsident Graf v. Ballestro: Sie haben nicht das Recht, im Namen der Herbizidlosen eine persönliche Bemerkung zu machen. (Weiterkeit.)

Abg. Müller-Sagan: Ich wollte nur konstatieren, daß ich nicht zu den Blumen gehöre, die wie die Herbizidlose ihre Farben wechseln, wenn sie blühen.

Abg. Ledebour: Herr Camp hat nur bestätigt, was ich gesagt habe (Widerpruch des Abg. Camp), daß nämlich die Gefangenen bessere Kost bekommen und weniger arbeiten als die Landarbeiter.

Abg. Camp: Es ist mir leider im Rahmen einer persönlichen Bemerkung nicht möglich, dem Herrn Vorredner das Verständnis für meine Rede beizubringen. (Lachen bei den Socialdemokraten.)

Nächste Sitzung: Sonnabend 1 Uhr (Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats des Reichsamts des Innern. Schluß 7 Uhr.

### Berliner Partei-Angelegenheiten.

**Freie Volksbühne.** Die 6. Serie der Vorstellungen beginnt am 3. Februar im Carl Weiß-Theater. Zur Aufführung gelangt „Meister Selge“, Drama in drei Akten von Johannes Schlaf. Die Vorstellungen folgen am 10., 17., 24. Februar und am 3., 10. und 17. März. — Zwei Extra-Opern-Vorstellungen finden im Theater des Westens statt: Sonntag, den 10. und 24. März. „Der Barbier von Sevilla“. Opernmarken sind vom 15. Februar in den Zahlstellen zu haben und werden zum 10. März an die Mitglieder der 2. und 6. Abteilung keine Marken ausgegeben; desgleichen zum 24. März an die Mitglieder der 4. Abteilung nicht, da gleichzeitig an diesen Sonntagen die Spielplanmäßigen Vorstellungen im Lessing-Theater und Carl Weiß-Theater stattfinden. Da nur eine beschränkte Anzahl Marken ausgegeben werden kann, empfiehlt sich rechtzeitige Bestellung in den Zahlstellen. Der Vorstand. J. A. G. Winkler.

**Achtung, sechster Wahlkreis.** Sonntagabend 7/8 Uhr findet Köhlerstr. 8 eine öffentliche Versammlung statt, in der Genosin Klara Jettin referieren wird über: „Welches Interesse haben die proletarischen Frauen an der Kommune?“ Die Vertrauensperson.

**In der Versammlung am 20. Januar bei Mierle, Schönhauser Allee 101/102,** ist eine Korallen-Halskette verloren worden. Es wird gebeten, sie bei Wünsch, Schliemannstr. 45, abzugeben. Der Vertrauensmann.

**Ober-Schöneweide.** Die Gemeinde-Wählerliste liegt zur Einsichtnahme der hiesigen Wähler nur noch bis 31. d. M. im Gemeindegemeindeamt sowie beim Genossen John, Wilhelmshofstraße 18, aus. Jeder Wähler ist verpflichtet, die Liste einzusehen.

**Nieder-Schöneweide.** Den Mitgliedern des Wahlvereins für Nieder-Schöneweide wird bekanntgegeben, daß die nächste Versammlung am 20. d. M. bei Franz stattfindet.

**Straßen-Nummelsburg.** Die Mitglieder des hiesigen Socialdemokratischen Vereins werden auf die am Sonntag nachmittag 2 Uhr stattfindende Generalversammlung im Lokal des Herrn Schumann, Neue Prinz Albersstr. 70, hiedurch noch besonders aufmerksam gemacht. (Tagesordnung siehe Inserat in heutiger Nummer.)

### lokales.

**Tod des Oberbürgermeisters a. D. Jelle.**

Der frühere Oberbürgermeister von Berlin Herr Robert Jelle ist Donnerstag einer Lungenentzündung erlegen, an der er vor einigen Tagen erkrankt war. Jelle wurde am 19. September 1829 in Berlin geboren, studierte 1848-51 in Bonn und Berlin Rechts- und Staatswissenschaften, wurde 1861 von der Berliner Stadtverordneten-Versammlung zum Stadtrat, 1891 zum Bürgermeister und 1892 zum Oberbürgermeister gewählt.

Die Bestätigung als Oberbürgermeister von Berlin erhielt Jelle mit einer Promptheit, die auffällig abhielt von der außerordentlichen Langsamkeit, mit der man sich später zur Bestätigung Kirchner als Oberbürgermeister und Brinckmann als Bürgermeister entschloß. Am 29. September 1892 wurde Herr Jelle gewählt, und schon am 7. Oktober erhielt er in einem kaiserlichen Erlegramm die Bestätigung nebst einem sehr gnädig gehaltenen Glückwunsch. „Ich hoffe“, hieß es darin, „Sie recht lange an der Stelle zu sehen und mit Ihnen manches schöne Werk zusammen zur Verschönerung Berlins und zu seiner Fortentwicklung durchzuführen. Ihre treuen Gesinnungen gegen mich und mein Haus wohl kennend, bin ich der Ueberzeugung, die Wahl konnte keinen Besseren und Geeigneteren treffen.“

Die Bürgerschaft Berlins kam sehr bald zu der Erkenntnis, daß die Wahl, soweit dabei das Interesse der Berliner Gemeindeverwaltung in Frage kam, kaum einen Ungeigneteren hätte treffen können. Die Vorsichtigeren hatten dieser Ueberzeugung schon vor der Wahl Ausdruck gegeben. Herr Jelle war ein Freisinnsmann — von 1873 bis 1891 hatte er im Abgeordnetenhaus gesessen, eine Zeit lang auch als Vertreter des 2. Berliner Wahlkreises — aber als Oberbürgermeister von Berlin streifte er auch das letzte bürgerliche Freisinn ab, das ihm bis dahin etwa noch geblieben war. Die sechs Jahre, in denen er die oberste Leitung der Berliner Gemeindeverwaltung hatte, waren auch sonst recht reich an wichtigen Ereignissen der verschiedensten Art, und machten das Verhältnis zwischen den beiden städtischen Behörden, dem Magistrat und der Stadtverordneten-Versammlung, zuweilen zu einem sehr unerquicklichen. Die unheimlichsten Erinnerungen aus Jelles Amtsthatigkeit sind die eigentümliche Behandlung der Hilfsarbeiterfrage und die Haltung des Magistrats in der Angelegenheit des Denkmals der Marzgefallenen. Zur Ehre Jelles möchten wir annehmen, daß die Rolle, die er in der Denkmalsangelegenheit schließlich zu spielen hatte, ihm selber zuwider war. Aber er erntete nur, was er gesät hatte; denn er in erster Linie war verantwortlich für die schwächliche Haltung des Magistrats, die der Regierung Rut zu jenem bekannten Eingriff in die Selbstverwaltung machte. Als Jelle am 25. März 1896 erklärte, daß er mit Rücksicht auf sein hohes Alter am 1. Oktober sein Amt niederlegen werde, konnte man nicht mit Unrecht sagen, daß er „auch ein Marzgefallener“ sei.

Im persönlichen Verkehr war Jelle von gewinnendem Wesen und in der Stadtverordneten-Versammlung wirkte er selbst dann, wenn er mit der Versammlung in Konflikt geriet, stets eine lebenswürdige Form zu finden. Freilich war es aber gerade diese Seite seines Charakters, die ihn in seiner Nachgiebigkeit gegenüber der Krone zu weit gehen ließ.

### Beim Einkauf der für den Schulunterricht erforderlichen Schreibmaterialien

haben die Eltern von Gemeindegemeinden vielfach unter einem Mißstand zu leiden, der, wie man uns mitteilt, immer mehr zu sich greift. In einer Beschwerde, die uns darüber aus Elternkreisen zugeht, wird geklagt, daß die Lehrer in ihren Vorschriften über die Beschaffenheit der Schreib- und Zeichenhefte das zulässige Maß überschreiten. Einzelne der in der Beschwerde aufgezählten Vorschriften haben allerdings — das müssen wir den Beschwerdeführern bemerken — ihre triftigen Gründe, die sich aus der Technik des Schulunterrichts ergeben, und sind daher berechtigt. Andererseits vermögen aber auch wir nicht einzusehen, warum der den Rand des Heftes abgrenzende Strich nicht rot, sondern blau sein soll, warum für den Deckel nur eine bestimmte Farbe gebildet wird usw. Unersichtlich sind uns auch die Gründe, aus denen verlangt wird, daß

die Heste durchaus von einem bestimmten Verlag sein müssen, obwohl ein anderer Verlag genau dieselben Heste führt. Die Lehrerschaft darf sich nicht wundern, wenn die Eltern durch die Schereisen, die ihnen aus solchen Vorschriften erwachsen, erbittert werden und in der keine Ausnahme duldbenden Strenge, mit der manche Lehrer auf Befolgung der Vorschriften bestehen, kleinliche Pedanterie erblicken. Eine kaum vermeidbare, aber sehr bedenkliche Folge dieser Vorschriften ist übrigens die, daß die Lehrer den Eltern empfehlen müssen und gegebenenfalls sogar von ihnen fordern müssen, in bestimmten Geschäften zu kaufen, die die Heste nach Vorschrift führen. Bedenklich ist das deshalb, weil es leicht zu einer Schädigung des Ansehens der Schule führen kann. Es ist in Elternkreisen, wie wir aus dem und un- gegangenen Schwere zu sehen, keineswegs unbekannt, daß einzelne Firmen sich bereit erklärt haben, der Lehrer-Witwenkasse Zuwendungen zu machen. Wir sind nicht der Ansicht, daß daraus ein der Lehrerschaft unglücklicher Schluß gezogen werden darf, aber wir wissen, daß es in Elternkreisen geschieht. Wenn nicht sämtliche Geschäfte die vorgeschriebenen Heste führen, wenn es daher nicht zu umgehen ist, daß den Kindern bestimmte Geschäfte namhaft gemacht werden, dann sollte wenigstens alles vermieden werden, was einer falschen Deutung unterliegen könnte. Vor allen Dingen müssen Zuwendungen, die der Pensionskasse versprochen werden, grundsätzlich zurückgewiesen werden. Der geschriebene Brief auf neue, wie notwendig es ist, daß die von den Arbeitgebervertretern in der Stadtverordneten-Versammlung und von uns seit vielen Jahren geforderte allgemeine unentgeltliche Lieferung der Bücher, Schreibmaterialien usw. an die Gemeindefchullinder eingeführt wird. Sie würde nicht nur vielen Eltern eine Erleichterung in pekuniärer Hinsicht bringen, nicht nur die Beschaffung der Schreibmaterialien nach Vorschrift und in der zu einem erfolgreichen Unterricht erforderlichen Güte für alle Kinder ermöglichen, sondern auch mit einem Schläge jenen seit langem und in weiten Kreisen als überaus lästig empfundenen Mißstand beseitigen, der das Ansehen der Schule schmälert, für Lehrer und Eltern eine Quelle beständigen Kerkers bildet und das gute Einvernehmen zwischen Schule und Familie stört. In Berlin sind wir vorläufig noch nicht so weit, daß die Schreibmaterialien usw. den Gemeindefchullindern allgemein unentgeltlich geliefert werden. Bis auf weiteres sind daher die Eltern genötigt, gegen den besagten Mißstand auf andre Weise vorzugehen. Es hat sich eine Kommission gebildet, die jede darauf bezügliche Mitteilung annehmen und als Material zu weiteren Schritten benutzen will. Die Mitteilungen sind schriftlich zu richten an Herrn P. Reber, Reinoldendorferstraße 2. Die Kommission will auch auf Einführung gleicher Bücher und Heste für alle Gemeindefschulen hinwirken.

**Zum Tode des Oberbürgermeisters Jelle.** Zu Beginn der gestern vormittag abgehaltenen Sitzung des Magistrats von Berlin gedachte Herr Oberbürgermeister Kirchner in bewegten Worten seines so unerwartet dahingegangenen Amtsvorgängers; er rühmte, mit welcher Hingebung der Verstorbene durch eine so lange Reihe von Jahren für die Stadt Berlin gewirkt habe und betonte, daß seine Verdienste um die innere und äußere Entwicklung der Stadt ihm ein dauerndes dankbares Andenken bei der Bürgerchaft sichern. — Der Magistrat hat anlässlich des Hinscheidens des früheren Oberbürgermeisters an dessen Tochter, Frau Lessing, ein Beileidstelegramm nach Meiseberg geschickt. — Die Beerdigung Jelles, dessen Leiche von Meiseberg nach Berlin gebracht wird, findet am Montag um 1 Uhr mittags vom Rathause aus statt.

**Aus der Magistratsitzung am Freitag.** Der Etat der Fleischschau für das von außerhalb eingeführte, frisch geschlachtete Fleisch ist vorläufig in Einnahme und Ausgabe von 288 512 M. festgestellt, da die Wirtungen, die das Reichsgesetz vom 8. Juni 1900 über die Fleischschau ausüben wird, noch nicht zu übersehen sind und weil noch Ungeklärtheit über den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes herrscht. Die Bearbeitung der Ausführungsbestimmungen über das Gesetz sollen dem Vernehmen nach nicht beendet sein.

Herner wurde beschlossen, dem Antrage der Stadtverordneten-Versammlung, um Verlegung des Friedrichs-Realgymnasiums in die Gegend vor dem Halleschen Thore, zu entsprechen und in der Gegend vor dem Halleschen Thore ein Gymnasium zu errichten. Eine Vorlage über diesen Beschluß wird der Stadtverordneten-Versammlung in den nächsten Tagen zugehen.

Herner hat der Magistrat beschlossen, der Stadtverordneten-Versammlung eine ortstatutarische Bestimmung des Inhalts vorzuschlagen, daß die Beschlußfassung der Stadtverordneten-Versammlung über die Eintrage gegen die Richtigkeit der Gemeindefchullisten künftig bis zum 30. September jeden Jahres — nicht wie jetzt bis zum 15. August — zu erfolgen hat.

Zußerdem wurde vom Magistrat der Beschluß gefaßt, auf Grund des neuen Gemeinde-Wahlgesetzes keine ortstatutarische Vorschrift zu beantragen, es vielmehr bei dem sogenannten Durchschnittsprinzip des neuen Gesetzes zu belassen, auch eine Aenderung der Wahlbezirke nicht vorzunehmen. Der Stadtverordneten-Versammlung soll von diesem Beschluß Nachricht gegeben werden. Durch dieses Gesetz vom 30. Juni 1900 erfolgte eine Verschiebung in den einzelnen Abteilungen der Gemeindefchullisten. Alle die Wähler, die künftig 24 M. 60 Pf. Steuern und darüber zahlen, kommen in die 2. Abteilung und die 4748 M. und mehr zahlen in die 1. Abteilung. Diese beiden Abteilungen, besonders aber die 2. Abteilung, werden hiernach erweitert. Statt bisher 7639 werden nunmehr 26 705 Personen in der 2. Abteilung und 1446 statt bisher 678 in der 1. Abteilung ihr Wahlrecht ausüben können. Die Wahlberechtigten der 3. Abteilung sind auf die Zahl von 304 418 vermindert worden.

**Beschäftigung von Väterlehrlingen und Gehilfen.** Auf Grund der Bekanntmachung des Herrn Reichsanwalters vom 4. März 1896 über den Betrieb von Väterlehen und Konditorien zu I 3a werden vorläufig der 2., 9., 16., 19. Februar, 2., 9., 16., 23., 30. März, 4., 20., 27. April, 4., 23., 24. Mai d. J. als diejenigen Tage festgesetzt, an denen in Väterlehen und Konditorien Gehilfen und Lehrlinge über die vorgeschriebene Dauer hinaus beschäftigt werden dürfen.

**Die Lösung der Wohnungsfrage.** Der Magistrat sendet und folgende Mitteilung zu: Die hiesigen städtischen Behörden haben beschlossen, zur Erinnerung an den 18. Januar 1701 unter dem Namen „Adolf Friedrich Stiftung“ mit einem Kapital von 1 000 000 M. eine Stiftung zu dem Zweck zu errichten, minder bemittelten Einwohnern der Stadt Berlin bei der Erlangung billiger und gesunder Wohnungen behilflich zu sein. Die Stiftung kann insbesondere Unternehmungen, welche den Bau von kleinen, billigen und gesunden Wohnungen für die Bevölkerung der Stadt Berlin in gemeinnütziger Weise fördern wollen, in geeigneter Form Beihilfe zur Erreichung dieses Zwecks leisten. Sie kann ferner ihre bereiten Mittel dafür verwenden, um minder bemittelte Bewohner der Stadt Berlin vor Wohnungslosigkeit zu schützen. Wir bitten unsere Mitbürger im Vertrauen auf deren Wohlthätigkeitsinn, die Mittel der Stiftung durch Einzahlung von Beiträgen zu erhöhen. Unsere Haupt-Stiftungskasse, Rathhaus, Zimmer Nr. 25/26, wird die eingehenden Beträge in Empfang nehmen. Ueber dieselben wird seinerzeit durch öffentliche Bekanntmachung quittiert werden.

Wie wir hören, wollen die hiesigen Grundbesitzervereine den Anfang im Spenden von Beiträgen machen.

**Wohlangewandte Milde.** Die Oberstaatsanwaltschaft will gegen die Schulkinder, welche im vorigen Frühjahr, wie seiner Zeit ausführlich berichtet worden ist, im Süden der Stadt

mehrfache Vandalendiebstähle verübt haben und deshalb im Sommer zu Gefängnisstrafen von längerer und kürzerer Dauer verurteilt sind, Milde walten lassen. Den Vätern der Mißthäter ist nämlich von der Oberstaatsanwaltschaft ein Schreiben zugegangen, in welchem angefragt wird, ob die Väter event. etwa um einen in Aussicht genommenen längeren Strafausschub für ihre Kinder einkommen wollen, nach dessen Verlauf bei sorgfältiger guter Führung den Jungen die Strafe ganz erlassen werden wird.

Diese Milde berührt doppelt angenehm in einer Zeit, wo einflußreiche Kreise am liebsten Bestrafung und Folter in die Justiz eingeführt sehen möchten. Offenbar geht die Oberstaatsanwaltschaft von der richtigen Anschauung aus, daß das Gefängnis nicht der Ort ist, auf jugendliche Personen bessernd zu wirken.

**Zur Ueberführung der elektrischen Straßenbahn über die Straße unter den Linden** sollen, wie Stadtd. Warth am Mittwoch im Potsdamer Thor-Bezirksverein mitteilte, im Stadtverordneten-Ausschusse bündige Zusicherungen abgegeben worden sein, daß bei Uebernahme der Bahnen von Siemens u. Halske durch die Stadtgemeinde diese Ueberführung im Auge der Kanonierstraße zur Verbindung der Treptower mit der Panlower Linie genehmigt werden wird. Ein Bauunternehmer habe sich bereit erklärt, gegen einen jährlichen Zuschuß von 1 500 000 M. den Durchbruch von der Kanonierstraße nach den Linden zu bewerkstelligen. Der Konkurrenz-einwand der Großen Straßenbahn sei vom Polizeipräsidium bereits zurückgewiesen.

**Unser täglich Brot.** Zur Kennzeichnung der Zustände in gewissen Bäckereien möge folgende Mitteilung des kaiserlichen Gesundheitsamts dienen: Vor einigen Wochen sand eine Berliner Familie in frühem, direkt vom Bäcker gelieferten Weizenbrot rot gefärbte Körner, die sich bei der Untersuchung als Strohwinzweizen herausstellten. Die rote Farbe derselben rührte von der Färbung mit Fuchsin her. Nachforschungen bei dem betreffenden Bäcker ergaben, daß von dem Kammerjäger Strohwinzweizen unter der Hülse gestreut worden war, von wo aus die Körner beim Ausschütten der Säcke mit dem Mehl in die Mehlstöße gelangt waren.

**Im königlichen Park, so wird uns von gewerkschaftlicher Seite geschrieben, sind seit gerammer Zeit Ueberstunden nicht Seltenes. Auch an Sonntagen ist teilweise gearbeitet worden. Erregt dieser Umstand zu einer Zeit, wo fast die Hälfte der Berliner Arbeiter arbeitslos ist, schon Bedenken, so fällt es um so mehr auf, daß von der Firma, welche die Malerarbeiten herstellt, fast ausschließlich Arbeiter entlassen werden. Es läge im allgemeinen Interesse, daß die an dem Bau beschäftigten Arbeiter unter solchen Verhältnissen zum wenigsten von der Ueberstundenarbeit absehen.**

**Der Kohlenwucher.** Eine weitere Verteuerung der Heizmaterialien droht zum nächsten Winter. Der Verein der Kohlenhändler der westlichen Vororte Berlins veranstaltete in seiner letzten Versammlung eine Umfrage zur Feststellung der von den Großhändlern von den Kleinhandlern verlangten Preise für Preßkohlen. Es wurde festgestellt, daß die offerierten Engrospreise für das kommende Kohlenjahr — vom April 1901 zum April 1902 — für größere Jahresabnahme bei sämtlichen Großhändlern für sämtliche Preßkohlenarten im Durchschnitt um 25 Proz. gegen dieses Jahr erhöht worden sind. Während sich die Durchschnittspreise (für Sommer und Winter) bisher pro Wagen zwischen 100 und 110 M. frei Gruben bewegten, sind sie jetzt auf 125—135 M. gestiegen.

**Zu Tode gequetscht** wurde der 34 Jahre alte Vorarbeiter Paul Radde aus der Putzstraße 50, der auf den Elektricitätswerken in der Brunnenstraße beschäftigt war. Als eine Leuchte an das Rauchschießhaus gehoben wurde, bißte er sich, um einen Reißbrett vor ein Rad zu legen. Hierbei geriet er zwischen das Gehäuse und die Leuchte, die ihm den Brustkasten zerquetschte. Der Verunglückte starb im Lazarus-Krankenhaus an einer Verletzung der Lunge und hinterließ eine Frau mit drei Kindern im Alter von 8 bis herab zu 2 Jahren.

**„Der Inhalt dieser Flasche ist nur für Schankstendiebe bestimmt.“** So stand an dem Schaulasten des Liqueur- und Effizengeschäfts von Wilmersdorf in der Alexanderstr. 63 angeschrieben, seitdem Diebe ihn zweimal erbrochen und aus Wut darüber, daß sie in den Flaschen nur gefärbtes Wasser fanden, die Flaschen zertrümmert hatten. Aber auch diese Aufschrift erwies sich als wirkungslos. In der Nacht zu gestern schritten die Diebe aus dem Fenster die Scheibe heraus und machten sich wieder über die Flaschen her. Abermals fanden sie nur gefärbtes Wasser in den Flaschen und aus Wut über ihre Enttäuschung schlugen sie wiederum die Flaschen entzwei. Das Bestreben der Scherben machte aber Straßengänger auf den Vorfall aufmerksam, und einem von ihnen benachrichtigten Schutzmann gelang es, wenigstens einen der Spitzbuden zu fassen.

**Ein Schwindler, etwa 40 Jahre alt, 1,60 groß, graumellertes Schnurrbart, graues Jackett, schwarzen weichen Hut, erhebt nach einer Mitteilung des Polizeipräsidiums bei Mitgliedern des Frauenvereins „Frauenhilfe“ unbefugt Beiträge. Er benutzte die Dämmerstunde und giebt als Quittung Bestellkarten des „Neuen Frauenblatts“, Expedition Potsdamerstr. 9.**

**Im Tiergarten erschossen** hat sich der 37 Jahre alte Vätermeister Carl E. aus der Winostraße. Der Mann stammt aus Greifenhagen an der Stettiner Bahn und hatte dort eine eigene Bäckerei. Nachdem er hiermit in Konkurs geraten war, kam er am 1. April 1899 mit seiner Familie nach Berlin. Da er in seinem Beruf keine Beschäftigung fand, so arbeitete er im vergangenen Sommer bei der Allgemeinen Omnibus-Gesellschaft zunächst als Stallmann und später, während der militärischen Reservestunden, als Hilfskassierer. Als die Reservisten von der Uebung zurückkehrten, sollte Engel wieder Stallmann werden, weigerte sich aber dessen und verließ den Dienst. Seitdem hatte er keine regelmäßige Beschäftigung mehr. Gestern fand ihn ein Schutzmann in der Nähe des Goldhirscheis tot liegen. Er hatte durch einen Revolvererschuss in die rechte Schläfe seinem Leben ein Ende gemacht.

#### Aus den Nachbarorten.

**Weihensee.** Das Resultat der Volkszählung vom 1. Dez. 1900 ist jetzt endlich festgesetzt. Wohnstätten wurden an unterm Orte 1140 gezählt, darunter 13 bewohnte Häften und Zelte. An Haushaltungen waren vorhanden 6273, darunter Gasthöfe oder Herbergen 10. Die ortsanwohnende Bevölkerung betrug 34 457, davon waren 16 991 männliche und 17 466 weibliche. Neu-Weihensee allein zählte 15 691 männliche und 16 258 weibliche, zusammen 31 949 Personen.

**Heberfall in Wilmersdorf.** In der vorletzten Nacht wurde die in der Ansbacherstraße beschäftigte 37jährige Plätterin S. auf dem Wege nach ihrer in der Falzburgerstraße 67 befindlichen Wohnung an der Ecke der Falzburger- und Düsseldorfstraße von einem Unbekannten überfallen. Der rohe Patron hat sein Opfer in schändlicher Weise zugedrückt. Infolge der Schläge in das Gesicht sind dem Mädchen das linke Auge verletzt und familiäre Vorberzähne eingeschlagen worden. Trotz ihrer schweren Verletzungen schleppte sich die Bedauernswerte bis zum nahen Ludwigsriedplatz, wo sie von Angehörigen der Straßenbahn in das Lokal von Koch und dort nach der Unfallstation Zoologischer Garten gebracht wurde. Der Arzt erachtete die Verletzungen als so gefährlich, daß er die Ueberfallene auf ihren Wunsch nach dem Lazarus-Krankenhaus bringen ließ. Das Mädchen erklärt, daß ihm die Person des Täters absolut unbekannt sei.

#### Geriichts-Beitrag.

Bei der gestrigen Wiederholung der Verhandlungen in dem Gründerprozeß „Hells“ wird zunächst der Hauptbelastungszeuge Adolf Köppen, der die Strafanzeige erstattet hat, vernommen. Er soll die Momente darlegen, aus welchen zu folgern sei, daß sich die Angeklagten gegen Art. 249 des Handelsgesetzbuchs in der Fassung vom 18. Juli 1884 und 313 und 314 des Handels-

gesetzbuchs vom 10. Mai 1897 vergangen haben. Der Zeuge setzt des längeren auseinander, wie er auf Grund von Vorgängen in einer Versammlung im Mai 1896 im Geschäftsbüro der Gesellschaft, in welcher über Geldmangel geklagt wurde, und auf Grund von Notizen, die ihm in die Hände gefallen, zu der Ueberzeugung gekommen sei, daß damals Heinde und Lehmann ganz genau gewußt haben, daß aus dem zwischen den beiden geschlossenen, mehrfach erwähnten Garantie-Vertrage der Gesellschaft noch 10 000 M. zu laufen. Ueber die Frage, ob Dr. Haase bei der Gründung 25 000 M. bar eingezahlt habe oder nicht, weiß der Zeuge, daß nach den Mitteilungen des Bücherrevisors Kruse, der die Buchführung revidierte, die unreine Kasse nichts von den gezahlten 25 000 M. enthalte. Auf seine Frage, was daraus folge, habe Herr Kruse geantwortet: Dies deute darauf hin, daß sich die Herren vergangen haben, dann liegen sie drin. Der Zeuge hat dann noch selbst allerlei Ermittlungen und Nachforschungen angestellt, die ihm die Ueberzeugung beigebracht haben, daß viele Unregelmäßigkeiten zum Schaden der Gesellschaft stattgefunden haben, die Gründer-Erklärung falsche Thatsachen enthielt, die wirklichen Thatsachen verschleiert worden seien. Nach dem, was er von Angestellten gehört, müsse die Gesellschaft schon im August 1895 zahlungsunfähig gewesen sein. Der Zeuge betonte auch den gleichfalls schon erwähnten Vorfall, bei welchem Dr. Haase, der zusammen mit dem verstorbenen Zeugen Kaiser in der Prozeßsache Hells wider Lehmann vernommen werden sollte, am Tage vor dem Termin zu dem Zeugen Kaiser gesagt haben soll: „Wenn Sie das, was mir hier als Ihre Wissenschaft mitgeteilt haben, morgen vor Gericht auslegen, dann kommen wir alle nach Noabit.“ Weiter läßt sich der Zeuge über die Art und Weise aus, wie die Aktien zwischen den Angeklagten hin- und hergeschoben worden seien, bis der „große Rummel“ kam; unter dem „großen Rummel“ sei der Augenblick zu verstehen, wo die großen pompösen Anzeigen in den Zeitungen erschienen, ohne daß die Gesellschaft nennenswerte Quantitäten Ware zur Verfügung gehabt habe. Auf Vorhalt des Vorsitzenden giebt der Zeuge zu, daß er im ganzen 6 Anzeigen erstattet hat, er bestreitet aber entschieden die Behauptung der Angeklagten, daß er für diese Anzeigen Honorar empfangen habe. Der Zeuge giebt ferner zu, daß auf eine von Gareis erstattete Strafanzeige ein Ermittlungsverfahren gegen ihn schwebte, er bestreitet aber die Michtigkeit der Strafanzeige. — Rechtsanwalt Wrescher stellt fest, daß der Zeuge in seinen Strafanzeigen sich nicht nur auf Mitteilungen beschränkt, sondern auch Rathschläge der Staatsanwaltschaft gegeben habe, wie man an die Angeklagten am besten heranzukommen könne, daß diese in Haft genommen werden müßten zc. zc. Auch Rechtsanwalt Leonh. Friedmann hält dem Zeugen einige angebliche Aeußerungen vor, die darauf schließen lassen sollen, daß derselbe von geschäftlichen Motiven und aus persönlichem Interesse das Strafverfahren incensuriert habe. Der Zeuge bestreitet solche Aeußerungen, giebt aber zu, daß er bei irgend einer Gelegenheit einmal gesagt habe: Wenn die jetzigen Angeklagten mit Rücksicht auf ihre sociale Stellung u. dergl. 50 000 M. zahlen würden, würde die Gesellschaft glänzend dastehen. Die Frage des Justizrats Kleinholz, ob nicht dem Zeugen für den günstigen Ausgang des Prozesses 20 000 M. versprochen worden seien oder er diese Summe verlangt habe, wird von dem Zeugen verneint. Der Angeklagte Dr. Haase stellt durch Befragen des Zeugen fest, daß dieser mittelbar mit Aktien in Verbindung stand, welche in Zeitungen über das Strafverfahren erschienen seien und in welchen fälschlicherweise die Behauptung sich wiederholte, daß es sich um betrügerische Einbringung des Mals handle. Die weiteren Aussagen der hereingekommenen Aktionäre sind nicht von hervorragendem Interesse. Fortsetzung der Verhandlung heute.

**Eine mißhandelte „Stütze der Hausfrau“** stand gestern neben ihrer schlagfertigen Dienstherrin vor der vierten Strafkammer am Landgericht II. Die Verhandlung warf scharfe Schlaglichter auf die Stellung im Hause, die zuweilen der „Stütze der Hausfrau“ zugewiesen wird. Fräulein Martha Czichnowski, die aus einer guten Familie stammt, vermiethete sich im vorigen Jahre als „Stütze“ bei Frau Dr. Vogler. Die Frau Doktor ist etwas sehr lebhaft, namentlich mit den Händen, sie selbst nennt es „urodos“ und hat infolgedessen innerhalb zweier Jahre neun „Stützen“ gebraucht. Ihr Dienstmädchen, das allerdings schon drei Jahre bei der Frau Doktor in Diensten steht, gefand in der heutigen Verhandlung, daß sie recht oft einen „Klapp“ kriege, sie habe auch schon wiederholt „ziehen“ wollen, sei aber immer wieder geblieben, weil sie für jeden Klapp eine Lohnermäßigung kriegte. Im Juli verlangte nun Frau Doktor von ihrer „Stütze“, dieselbe solle Töpfe aufsteuern. Das „Fräulein“, wie sie stets genannt wurde, wies diese Anmutung mit dem Verweisen zurück, dies sei Arbeit des Dienstmädchens. Frau Dr. Vogler wollte ihrem Befehle nachdrücklich nachgehen und rief ihren Gatten herbei. Dieser erklärte kategorisch: „Sie haben die Befehle meiner Frau zu befolgen, sonst passiert Ihnen etwas!“ Als das Fräulein darauf erwiderte: „Wie können Sie mich derartig bedrohen wie ein gemeiner Mensch?“ gab ihr Dr. Vogler eine Ohrfeige. Die Geschlagene lief zum offenen Fenster der Küche und rief um Hilfe. „Frau Doktor“ rief sie zurück und gab ihr von hinten rechts und links Ohrfeigen, worauf die Gemüthskranke sofort das Haus verlassen mußte. Sie stellte sofort Strafantrag wegen Körperverletzung und Beleidigung. Frau Dr. Vogler stellte dagegen Strafantrag wegen fälschlicher Beleidigung, gestützt auf die Behauptung, das Fräulein habe ihr eine Tablette an die Schulter geworfen. Das Charlottenburger Schöffengericht sprach das Fräulein Czichnowski frei, verurteilte dagegen die schlagfertige Dienstherrin wegen Körperverletzung und Beleidigung zu 150 Mark Geldstrafe. Die Berufung der Frau Doktor wurde gestern von der Strafkammer verworfen.

**Der Prozeß gegen die beiden Direktoren der „Cornelius Feuerungs-Aktien-Gesellschaft“**, Paul Cornelius und Paul Kluge ist gestern abend nach vierstündiger anstrengender Verhandlung zu Ende gelangt. Die Angeklagten blieben bis zum letzten Augenblick dabei, daß die Fehlbeträge nicht in ihre Tasche geflossen, sondern auf mangelhafte Buchführung zurückzuführen seien. Durch die umfangreiche Beweisaufnahme wurden diese Behauptungen widerlegt. Der Staatsanwalt hielt beide Angeklagten für überführt. Eine Untreue sei zwar nicht nachgewiesen, wohl aber die fortgesetzte Unterschlagung und das Vergehen gegen das Aktienrecht, weil die Angeklagten widerrechtlich über Vermögensstücke der Aktionäre zu deren Nachtheil verfügt hätten. Der Staatsanwalt bezeichnete die Angeklagten als Böfse, welche unter den Lämmern gehauft hätten. Die Sache hätte für die Aktionäre eine noch weit schlimmere Wendung nehmen können, wenn der Auffschritt nicht eingeführt wäre. Das Verhalten der Angeklagten sei ein höchst strafwürdiges. Er beantragte gegen Cornelius eine Gefängnisstrafe von drei Jahren sechs Monaten und 5000 M. Geldstrafe, gegen den weniger belasteten Angeklagten Kluge neue Monate Gefängnis und 1000 M. Geldstrafe. In betreff des Angeklagten Cornelius wurde nach dem Antrage erkannt, Kluge wurde zu anderthalb Jahren Gefängnis und 3000 M. Geldstrafe bei sofortiger Verhaftung verurteilt.

#### Versammlungen.

**Der Verband des technischen Bühnenpersonals** hielt am 19. Januar seine erste diesjährige Generalversammlung ab. Nach dem Kassenbericht betragen die Einnahmen inf. des alten Bestands 1150 50 M., die Ausgaben 668 20 M., der jetzige Bestand 482 30 M. Die Entlastung des Kassierers konnte noch nicht stattfinden, da noch keine Kassenrevision stattgefunden hatte. Die Mitgliederzahl stieg von 154 auf 168; 1 Mitglied trat aus, 3 wurden ausgeschlossen. In Breslau traten außerdem 33 Kollegen dem Verbands bei. Im Arbeitnachweise meldeten sich 18 Kollegen, 5 wurde Arbeit nachgewiesen. Versammlungen und Vorstandssitzungen fanden je 3 statt. Die Agitationskommission hielt 16 Sitzungen ab. Streikunterstützungen wurden 329 10 M., an Darlehen 216 15 M. gezahlt. Zu dem Streik im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater wurde das Verhalten eines

Vermishtes.

Die Kosten, welche die Koniger Bluthat bisher gefordert hat, belaufen sich schon auf über 200 000 M. Allerdings sind dabei die Kosten für die Nebenprozesse und das Militär, das sich in Stärke einer Compagnie (14. und 141. Regimente), immer noch dort befindet, mit einbezogen. Die ausgelegte Belohnung beträgt 20 000 M. und aus privaten Zuwendungen 12 000 M.

In der Ermordung des Rittmeisters v. Kroßig in Gumbinnen liegen weitere Nachrichten nicht vor. Rittmeister v. Kroßig, der, wie die Bromberger „Ost. Presse“ berichtet, allem Anscheine nach einem von einem Untergebenen begangenen Verbrechen zum Opfer gefallen ist, war Chef der 3. Eskadron des 11. Dragonerregiments und schon vor zwei Jahren in Stalupönen, wo die Eskadron früher garnisonierte, Gegenstand eines ähnlichen, damals miflungenen Attentats.

In Düsseldorf hat sich der erste Gehilfe des bekannnten homöopathischen Arztes Dr. Volbeding, Könnede, der mit diesem am 9. November 1896 auf der Anstaltgebank sah und zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt wurde, in einem Hotel erschossen. Dr. Volbeding selbst, der damals zu 4 Jahren 1 Monat Gefängnis verurteilt wurde, wird, wie die „Warmer Stg.“ schreibt, mit Ende dieses Monats die Strafanstalt verlassen.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben unter der die Antwort erteilt werden soll, und die letzte Abonnementszahlung beizulegen. Fragen ohne solche werden nicht beantwortet und schriftliche Antwort wird nicht erteilt.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

Streitfrage. Berlin jähste Ende 1896: 820 342 männliche und 901 097 weibliche Einwohner; Preußen Ende 1895: 15 645 439 männliche, 16 209 084 weibliche; Deutschland zur selben Zeit 25 661 260 männliche und 26 618 651 weibliche. In fast allen Ländern Europas ist die Zahl der weiblichen Einwohner größer wie die der männlichen. Weitere Auskunft können wir nicht geben.

C. 1901. Sie werden das 17. Braunschweigische Infanterieregiment meinen, das in Braunschweig garnisoniert.

Kassengeschäft. Wer sich wie Sie auf hohe Pferde setzt, sollte auch den Hint haben, mit seinem Namen an uns heranzutreten.

S. S. 10. Das können Sie alles nur in einer Buchhandlung erfragen.

International. Die Ergebnisse der Zählung für 1896 sind zu haben im Verlage von Wittmann & Wulff, Berlin, Unter den Linden. Die Ergebnisse der Zählung für 1900 werden sobald noch nicht zur Veröffentlichung reif sein.

S. R. 100. Senden Sie sich an den Vorsitzenden der Arbeiter-Bildungsschule, J. Vammö, Berlin S, Brandenburgstr. 9.

O tempora, o mores! bedeutet: Welche Zeiten, welche Sitten! Schröder. Das ist Citat aus Schillers „Wiccolomini“, Akt 5, Scene 1.

G. V. 23. Von seinem ersten Erscheinen April 1884 bis zum 31. Dezember 1890 hieß das hiesige Partei-Organ „Berliner Volksblatt“, von da ab „Vorwärts“.

Steingutfabrik. Bringen Sie die Angelegenheit zunächst in Ihrer Gewerkschaft zur Sprache.

H. B. Am 31. März 1900 waren in Berlin 8101 Droschken im Betrieb, darunter 6455 I. Klasse, 1493 II. Klasse, 153 Gepäddroschken.

Berlin. A. G. Wenn Sie bei Abschluss des Vertrags bereits größtenteils waren, würden Sie zur Zahlung verurteilt werden - Grob-Lichterfelde. Die Forderung des Arztes entspricht der Gebührentaxe. Im Klagefall würden Sie daher verurteilt werden - S. S. 21. Es wäre in Ihrem Fall, da Wochenlohn gezahlt wird, die fünfte Klasse (36 Pfennigmarke) zu jedem Arbeiterrecht S. 305, 306. - 2. Wetende 999.

Ja. - Palenbede 77. Wollen Sie Ihre Anträge wiederholen und, falls Ihnen das möglich, angeben, warum Sie die Anträge hierher gefandt haben.

- J. A. 49. 1. Rein. 2. Es ist keinerlei An- oder Abmeldung in Ihrem Fall erforderlich. - Sabian. 1. Die Rechtsanwalte, welche einer Partei auf Grund eines Armenrechtsbeschlusses in einem Zivilverfahren beigeordnet werden, erhalten weder von der Stadt noch vom Staat Zahlung. 2. Durch Bemittelung des Armenrechts verliert die Person, der das Armenrecht bewilligt ist, nicht das Wahlrecht. - P. S. 71. Rechtlich nur so

Streikenden, welcher sich von Herrn Direktor Fröhche als Theatermeister engagieren ließ und so seinen streikenden Kollegen in den Rücken fiel, sehr mißbilligt. Beschlossen wurde, auch den Streik fernor ausrecht zu erhalten. Die Extrasteuer von monatlich 1 M. wird auch für Januar erhoben. Ein besserer Ausbau des Vertrauensmännersystems wurde als sehr notwendig anerkannt und sollen deshalb regelmäßige Sitzungen der Vertrauensleute abgehalten werden. Ein Antrag, den ausgeschlossenen Kollegen Raschotta wieder aufzunehmen wurde nach längerer Debatte gegen 2 Stimmen angenommen. Ein anwesender Kollege aus Hannover brachte Mißstände an dem dortigen Deutschen Theater zur Sprache.

Weißensee. Die Zahlstelle Weißensee des deutschen Holzarbeiter-Verbands hielt am 17. Januar im Lokal von Herrmann Kühne, Röllstr. 20, eine gutbesuchte Mitgliederversammlung ab. Nach der Abrechnung vom 4. Quartal betrug die Einnahme der Verbandskasse 1145,12 M., die Ausgabe 296,87 M., die Einnahme der Lokalkasse 546,56 M., die Ausgabe 218,12 M.; die Streikklasse hatte eine Einnahme von 165,70 M. und eine Ausgabe von 4,03 M. Nachdem dann noch der bisherige Bevollmächtigte Paul Käbe und der Obmann der Kontrollkommission Albert Kirchner ihren Jahresbericht gegeben hatten, hielt der Bauvorsteher Franz Stusche-Verlin einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über die einzuführenden Kontroll- resp. Fragebogen. Er wies darauf hin, daß wenn wir nicht so stark organisiert wären, die Absichten der Innungsbrüder in vollem Umfang gelingen würden. In der Diskussion sprachen die Kollegen A. Kirchner und S. Studat. Die Anwesenden erklärten sich vollständig mit dem Verhalten unserer Vertreter einverstanden. Der Vorstand besteht jetzt aus dem 1. Bevollmächtigten Max Schröder, dem 2. Bevollmächtigten Albert Kohlschmidt, dem Kassierer Albert Kirchner und dem Schriftführer Richard Dächner. Redigoren sind Hirsing, Kitzler und Kamke. Die Kontrollkommission besteht aus Rod, Schiller, Meyfow und Goldig. Sekretär ist Obmann derselben.

Spandau. Die Generalversammlung des socialdemokratischen Arbeitervereins in Spandau, welche am letzten Sonntag tagte, war recht gut besucht. Aus dem von dem Vorstand erstatteten Geschäfts- und Kassenericht ist zu erwähnen, daß die Mitgliederzahl im verfloffenen Quartal von 189 auf 191 gewachsen ist. Die Einnahme einschließlich des alten Bestandes betrug 348,52 M., die Ausgabe 74,62 M., und der verbleibende Bestand 273,90 M. An Stelle von Rieger, der sein Amt als Schriftführer niedergelegt hat, wurde hierauf Albert Reue, und an Stelle des von Spandau verzogenen Genossen J. Winer August Senfleben in die Presbiummission gewählt. Da weder der angekündigte Referent noch ein Stellvertreter erschienen war, sprachen hierauf die Genossen Dusch, Abel und Rieger unter dem Beifall der Versammelten über die gegenwärtige Wohnungsnot und die bezüglichen Verhandlungen der Konferenz socialdemokratischer Stadtverordneten und Gemeindevorsteher. Dabei wurden auch die Ausführungen des Abg. Pauli-Potsdam in der Versammlung der Staatsarbeiter einer zutreffenden Kritik unterzogen. Mit einem Appell des Vorsitzenden, alle Kräfte einzusetzen, damit der Wahlkreis Spandau-Osthavelland in Zukunft einen socialdemokratischen Vertreter in den Reichstag entsenden könne, wurde die Generalversammlung geschlossen.

Central-Kranken- und Sterbekasse der deutschen Wagenbauer. Filiale Roabin-Berlin. Sonntag, den 27. d. Mts., vormittags 10 Uhr: Versammlung bei S. Drenkel, Jagowstr. 16.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 27. Januar, vorm. 8 1/2 Uhr, in der Aula der 99. Gemeindegasse, Kleine Frankfurterstr. 6: Versammlung: Freireligiöse Vorträge. Um 10 1/2 Uhr vorm. ebenfalls: Vortrag des Hrn. Ida Altmann: „Erziehung und Moralunterricht“. Gäste Damen und Herren, sehr willkommen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 28. Januar, abends 8 1/2 Uhr, Kommandantenstr. 20: Vortrag des Hrn. Reichstags-Abgeordneten Durm über: „Soldatenlohn und Volksnahrung“. Gäste willkommen.

I. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Sonntag, den 27. Januar 1901, abends 6 Uhr: in Cohns großem Saal, Beuthstr. 20:

Gr. öffentliche Versammlung. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Max Schippel über: Die Wandlungen der Handelspolitik im 19. Jahrhundert. Nach dem Vortrage: Gemütliches Beisammensein und Tanz. Zahlreichen Besuch erwarten.

Achtung! Karton-Branche! Achtung! Montag, den 28. Januar 1901, abends 8 Uhr:

Gr. öffentliche Versammlung aller in der Kartonbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins in Schneiders Festsaal, Velfortstr. 15. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Paul John über: Ursachen und Wirkungen der wirtschaftlichen Krisen. 2. Werkstätten-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vertrauensmann. A. Berlin.

Verband der Möbelpolierer. Morgen Sonntag, nachmittags 2 Uhr, Kopenstr. 29:

General-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstands. 2. Anträge. 3. Wahl 4. Verschiedenes. Dasselbe mittags 12 1/2 Uhr: Vorstandssitzung. Nach 6 Uhr: Gemütliches Beisammensein und Tanz bei freiem Entree. Montag, den 28. Januar, abends 8 1/2 Uhr, Admiralftr. 18c: Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Die Innungen eins und zwei. Referent: Kollege G. Reuter. 2. Diskussion. 3. Soll der Versammlungstag verlegt werden? 4. Verschiedenes und Ausgabe der Billets a 50 Pf zu dem am 9. März stattfindenden Madtenball. Der Vorstand.

Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft. Verwaltungsstelle Berlin. Sonntag, den 27. Januar 1901, mittags 12 Uhr, im Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23:

Oeffentl. Versammlung sämtlicher Arbeiter der Firma Meyling u. Thomas. Tages-Ordnung: 1. Die Behandlung der organisierten Kollegen und die letzten Mahregelungen. Referent: Kollege Moricke. 2. Diskussion. Die Vertreter der Firma sind zu dieser Versammlung brieflich eingeladen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Branchen-Versammlung der Drechsler. Sonntag, den 27. Januar, vorm. 10 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c.

Tages-Ordnung: 1. Die Vorkommnisse in der Eisenmöbel-Branche. 2. Aufstellung der Kandidaten zur Ergänzungswahl des Gesellenauschusses. 3. Verschiedenes. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Ehrenpflicht eines jeden Kollegen, in der Versammlung pünktlich zu erscheinen.

Versammlung der Bügelmacher, Büstenmacher und verwandter Gewerbe. Sonntag, 27. Januar, nachm. 4 Uhr, bei Wille, Andreadstr. 26.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Die Kollegen von Brüder Bekowig, Dertner sind besonders eingeladen. - Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein mit Tanz.

Versammlung der Einseker. Sonntag, den 27. Januar, vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Saal I), Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung: 1. Bericht der Kommission und der Vertrauensmänner. 2. Neuwahl der Kommission und der Vertrauensmänner sowie des Kassierers. Mitgliedsbuch legitimiert. Die Kommission.

Maskenball heute Sonnabend, den 26. Januar 1901, in den gesamten Räumen von Keller, Kopenstraße 29, Wernau, Schwedterstraße 23-24. Billets auf allen Zahlstellen und auf dem Bureau im Gewerkschaftshaus. Billets 50 Pf. Rosenthaler und Schönhäuser Vorstand. Die Beitragssammler wünschen am Sonnabend des Maskenballs wegen von 7-9 Uhr auf den Zahlstellen zu laßieren. Die Mitglieder werden ersucht, dies zu berücksichtigen. 77/3

Deutsch. Metallarbeiter-Verband (Verwaltungsstelle Berlin). Bureau: Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353. Sonntag, den 27. Januar 1901, vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Dieck, Ackerstraße Nr. 123:

Versammlung aller an Maschinen beschäftigten Arbeiter als Hobler, Bohrer, Stoßer, Fräser etc. Tages-Ordnung: Fortsetzung der Diskussion über Agitation und Arbeitsvermittlung. (111/2) Die Ortsverwaltung.

Kufeke's BESTE NAHRUNG FÜR gesunde & darmkranke Kinder Kindermehl.

weit, als sie dazu ohne Beeinträchtigung ihres handwerklichen Unterhalts dazu im Stande ist. - R. S. 10. Ohne mündliche Verhandlung nicht zu erledigen. Sprechen Sie gelegentlich in der juristischen Sprechstunde vor. - Wäcker. Sie könnten unter Vorlegung der Verhältnisse bei der Staatsanwaltschaft beantragen, die Strafverfolgung bis zum Mai aufzuschieben. Zweckmäßig wäre es, Ihrem Wunsch ein Zeugnis einer Hebamme oder eines Arztes beizulegen. - S. R. Leider ja. - E. A. 3. Das Mädchen könnte forziehen und eventuell an das Vormundschaftsgericht sich wenden, wenn der Vater von seinem Erziehungsdreht mifbräuchliche Anwendung machen sollte. - J. S. 75. 1. Wenn das anseherliche Kind nach dem 31. Dezember 1899 geboren ist, so müssen auch dann Elemente gezahlt werden, wenn die Mutter schon früher anseherlich geboren hatte. 2. und 4. Die Sünden der Frau haften nicht für die Schulden des Ehemanns. Eine Wittschaft ist soweit pfändbar, als es sich nicht um unentbehrliche Gegenstände handelt. Was unentbehrlich ist, ist von Fall zu Fall zu entscheiden. Die nötigen Betten z. B. das Hausgerät usw. ist unpfindbar. 3. Ja, es geht über die Forderung der Ehesumme und der ehelichen Kinder vor. Das ist gleichgültig. - J. A. Naunaystr. Sie könnten die Entfernung des Dritten verlangen, eventuell sehen. - E. S. 555. 1. 2,50 M.; der Satz kann aber auf Eingaben hin bis auf eine Mark täglich herabgesetzt werden. 2. Laßt sich erweisen, daß damals bereits die Frau krank war, so sind die Sachen herauszugeben. - A. 400. Am 1. Januar 1902. - R. 145. Ja.

Marktpreise von Berlin am 24. Januar 1901 nach Ermittlungen des Hgl. Polizeipräsidiums.

Table with 4 columns: Commodity, Unit, Price, and another Price. Includes items like Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, etc.

Produktenmarkt vom 25. Januar. Der heutige Getreidemarkt verkehrte in ziemlich fester Haltung. Befestigend wirkten die gestrigen höheren Notierungen der amerikanischen Märkte und die heute von den direktlich-ungarischen Plätzen vorliegenden besseren Preise. Das Geschäft war jedoch unbedeutend, auch verhandelten das mildere Wetter und vermehrte Angebote aus Rußland eine durchgreifende Preisbesserung. Roggen konnte seinen gestrigen Preisstand behaupten, Weizen um 1/2 M. bessern. Die Wäcker lagen fortgesetzt über schlechten und unzulässigen Absatz. Hafer behauptet, Preis trotz höherer amerikanischer Notierungen schwach, auf feste Angebote. Rüböl konnte sich nach matter Eröffnung wieder etwas erholen. Spiritus war härter angeboten und gab 20 Pf. nach, notierte also für loco 44,20 M.

Witterungsübersicht vom 25. Januar 1901, morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Station, Wind, Temperature, and another Temperature. Lists stations like Swinemünde, Hamburg, Berlin, etc.

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 26. Januar 1901. Etwas kühler, zeitweise heiter, vielfach wolfig mit Niederschlägen und ziemlich starken westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Socialdemokrat. Verein für Stralau-Rummelsburg und Umgegend. Sonntag, den 27. Januar, nachm. 2 Uhr, im Lokale des Herrn Schumann, Rich, Neue Prinz Albersstraße 70:

General-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom letzten Quartal. 2. Bericht des Vorstands. 3. Aufhebung der Stralauer Mitglieder zwecks Gründung eines eignen Vereins. 4. Neuwahl eines Schriftführers, zweier Beisitzer und eines Revisor. 5. Vereinsangelegenheiten. Nicht eines jeden Mitglieds ist es, der wichtigen Tagesordnung halber in dieser Versammlung zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert. Neue Mitglieder werden in der Versammlung aufgenommen.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Zahlstelle Berlin. Sonntag, den 27. Januar, nachmittags 4 1/2 Uhr:

General-Versammlung bei Raabe, Kolbergerstr. 23. Tages-Ordnung: 1. Bericht der Ortsverwaltung. 2. Verbandsangelegenheiten. Es ist Pflicht aller Mitglieder zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert. Die Ortsverwaltung.

Sonntag, 27. Januar, abends 6 Uhr, bei Raabe, Kolbergerstr. 23: Öffentliche Versammlung für Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen G. Link über: Das Krankenversicherungsgesetz und die bevorstehende Abänderung nach den Hoffmannschen Vorschlägen. 2. Diskussion. Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Einberufer.

Originaldose 150 Stück. NATURLICHES KRAFTIGUNGSMITTEL. ROBORIN TABLETTEN. 9 NOIRIDEN.

Orts-Krankenkasse der Drechsler und verwandten Gewerbe. Außerordentliche Generalversammlung am Montag, den 4. Februar 1901, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, wogu die Herren Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingeladen werden.

Tages-Ordnung: 1. Bericht über den Antrag der Central-Kommission über Abänderung der Statuten an die Regeln. 2. Beschlußfassung über das von der beauftragten Statutenberathungs-Kommission ausgearbeitete revidierte Statut. 3. Verschiedenes. Der Vorstand. J. A. Paul Bante. Des 15662\*

Riesen-Stofflager Krausenstr. 14 I. Etage, fertigt nach Mass unter garantiertem Sitz: Hochlegante Winterpalatots für 36 M., Hochlegante Anzüge für 30 M., Hochlegante Balmkleider für 10-12 M.



Aus der Frauenbewegung.

Der Verein Berliner Dienstherrschaften und Dienst-angehörten beriet kürzlich in einer sehr spärlich besuchten Versammlung über Mittel und Wege zur Erzielung größerer Teilnahme der sehr zahlreichen Mitglieder.

Man kann ja gewiss durch Plakate, durch Handzettel, durch Annoncen, durch Einladungsarten an die Mitglieder einen zahlreichen Besuch für eine bestimmte Versammlung erreichen, aber eine große kostspielige Agitation läßt sich nicht für jede Vereinsversammlung unternehmen; auch würde es auf die Dauer nichts nützen, weil die Gründe für den geringen Besuch weit tiefer liegen.

Die Satzungen des Vereins sind in ihrer Art unanfechtbar und die große und wachsende Zahl der Mitglieder beweist, wie viele den Wunsch haben, diese nützlichen, praktischen und leicht erreich-

baren Verbesserungen mit zu genießen. Dazu braucht aber sowohl die Hausfrau als die Dienende nicht die Versammlungen zu besuchen; die Mitgliedschaft genügt zur Teilnahme an dem Arbeitsnachweis, der Hilfsliste, dem Rechtschutz und den anderen schönen Dingen. Aber daran nicht genug. Bleibt die Tätigkeit des Vereins auf diese Dinge beschränkt, dann bemächtigt sich allmählich und unabwendbar der Dienst-angehörten jenes tiefe Mißtrauen, welches von Geschlecht zu Geschlecht fortgepflanzt, auf hundert schmerzlichen Erfahrungen beruhend, immer wieder hervorbricht, wo sich ein Anlaß bietet oder auch nur zu bieten scheint. Wenn nicht der Verein mit energischer Rücksichtslosigkeit das Wohl der dienenden Klasse als Hauptziel auf seine Fahne schreibt, wenn nicht jedes Mitglied, besonders aus der Klasse der Herrschaften dieses Ziel im Auge behält, wird keine wirksame soziale Arbeit geleistet werden. Man muß sich hüten, in den selbstamen Schluß zu verfallen, daß man dem, dessen Rechte man verteidigt, gewisser-

maßen eine Bezugszahl dafür verlangt. Das Eintreten für den Fortbestand der Dienstbücher, wenn auch nur von einem einzigen Mitglied, muß auf eine große Anzahl der Dienstangehörten abhindernd wirken und ihr Mißtrauen schärfen. Aber auch jene Damen, welche die Abschaffung befürworten, weil sie glauben, dabei andre Vorteile zu gewinnen, sind im Irrtum befangen. Man muß die Abschaffung fordern, weil das Bestehen der Bücher eine Un-gerechtigkeit ist, ob dadurch den Dienstherrschaften ein Gefallen geschieht oder nicht. Der Schwache muß gestützt werden, wenn auch auf Kosten des Stärkeren.

Die Mitglieder eines Stands, dem die Rechte fehlen, welche alle übrigen Staatsangehörigen besitzen, können zu eifrigen persönlichen Interessen nur da herangezogen werden, wo sie ihre Rechte anerkannt sehen; wo sie hoffen können, daß die Überzeugung ihrer Vereinsgenossen sie zum Kampf gegen das bestehende Unrecht anspornen wird. Die richtige Interessengemeinschaft tritt da zu Tage, wo man gemeinsam für eine gute Sache eintritt.

Theater.

Sonnabend, 26. Januar. Opernhaus. Der Evangelmann. — Sächsische Brautwerbung. Anfang 7 1/2 Uhr. Schauspielhaus. Aus eigenem Recht. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues Opern-Theater (Kroll). Geflügel. Anfang 7 1/2 Uhr. Deutsches. Die Nacht der Himmels. Anfang 7 1/2 Uhr. Festsing. Die drei Blätter. Anfang 7 1/2 Uhr. Berliner. Ueber unsre Kraft. (1. Teil.) Anfang 7 1/2 Uhr. Residenz. Frauen von heute. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues. Probeprobe. Hierauf: Die Hand. Anfang 7 1/2 Uhr. Weihen. Martha. Anfang 7 1/2 Uhr. Central. Die Schöne von New York. Anfang 7 1/2 Uhr. Secessionsbühne. Buntes Theater: Lieberbreitl. Anf. 7 1/2 Uhr. Schiller. Der Herr Senator. Anfang 8 Uhr. Thalia. Amor von heute. Anfang 7 1/2 Uhr. Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Damen Schneider. Anfang 7 1/2 Uhr. Carl Weisk. Zwei Waisen. Anfang 8 Uhr. Nachm. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung: Tausend und eine Nacht. Puffen. König Krause. Anfang 8 Uhr. Belle Alliance. Die königliche Heirat. Vorher: Glänzliche Hüttenwachen. Anfang 8 Uhr. Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Eine tolle Nacht. Anfang 7 1/2 Uhr. Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Des Löwen Erwachen. Anfang 8 Uhr. Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Eine tolle Nacht. Anfang 7 1/2 Uhr. Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr. Passage. Spezialitäten-Vorstellung. Die zwölf unverbrennbaren Fakire. Anfang mittags 12 Uhr. Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theater) Taubensaal) Abends 8 Uhr: „Aus dem Tagebuch der Erde“. Im Hörsaal: „Das Ohmsche Gesetz“. Im Festsaal: „Die wilde Nacht“. Im Festsaal: „Die wilde Nacht“. Im Festsaal: „Die wilde Nacht“.

URANIA \* \* \* Taubenstr. 48/49. Im Theater Sonnabendabend 8 Uhr: Aus dem Tagebuch der Erde. Im Hörsaal: Dr. Donath: Das Ohmsche Gesetz. Invalidenstr. 57/62. Tägl. Sternwarte. Nachmittags 5-10 Uhr.

Passage-Panopticum und Theater. Neu! Die Neu! 12 unverbrennbaren Fakire. Die Sensation der Pariser Welt. Anfang 7 1/2 Uhr. Eintritt einschließl. Theater 50 Pf.

Palast-Theater. früher Feen-Palast, Burgstr. 22. Das durchweg neue und phänomenale Januar-Programm! 9 Uhr: Eine tolle Nacht! Vorse mit Gesang in 2 Akten von Kuno Bloch, Joannist. Dir. Rich. Winkler, Cecil St. Gorman und Mile. Therese. Rest! Im Reich der Phantasie! Rest! The 3 Hanlons, haunzierende Kraft-Produktionen. Dazu 12 Schau-Nummern 1. Rangs. Anfang: Sonntag 7 Uhr. Wochentags 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.

W. Noacks Theater. Brunnenstraße 16. Wegen Privatfestlichkeit keine Vorstellung. Sonntag: Wogen des Lebens.

Cirkus Busch. Sonnabend, den 26. Januar, abends 7 1/2 Uhr. Prunk- und Gala-Abend. Die eiserne Waage. Gr. historisches Panorama: Schaustück in 4 Akten und 3 Hauptbildern. Original-Pantomime des Cirkus Busch. — Besonders hervorzuheben: Die Eroberung Strassburgs mit dem Illuminiert. Münster. Außerdem: Jrl. Martha Mohnke, Schauspielerin. Wrl. Fred u. Paul, Geniesenen-Krobaten. Vortr. Programmnummern. Sonntag, 27. Januar, nachmittags 4 Uhr: „Berliner Landpartien“, wozu jeder Erwachsene auf allen Sitzplätzen 1 Kind frei hat; weitere Kinder die Hälfte. — Abends 7 1/2 Uhr: Die eiserne Waage.

Passage-Theater. Unter den Linden 22. D-Vorstellung \* \* \* Anfang: Sonntags 12 Uhr. Wochentags 3 Uhr. Ende 11 Uhr. Neu! Familie Neu! Tscherpanoff. Russische Sänger- u. Tänzer-Gesellschaft. Circoes. — Ravizetta d'Aragon und erstklassige 17 Spezialitäten 17. Eintritt einschließl. Panopticum 50 Pf.

Carl Weiss-Theater. Gr. Frankfurterstr. 132. Zum erstmal: Zwei Waisen. Anfang 8 Uhr. Nachmittags 4 Uhr: Kinder-Vorstellung keine Preis! Tausend und eine Nacht. Morgen: Zwei Waisen.

Metropol-Theater. Behrenstr. 55/57. Täglich 9 1/2 Uhr: Eine tolle Nacht. Berliner Kundstättungsposse. Das sensation. Dehüt der American Zouaven und das vollständig neue Januar. Spezialitäten-Programm. Anfang 7 1/2 Uhr. der „Toten Nacht“ 1/2 Uhr. Rauchen über a ll gestattet. Montag, den 4. Februar: Erstes Gastspiel der Madame Yvette Guilbert.

Reichshallen. Stettiner Sänger. Zum Schluss: Cavalleria schufficiana, diabolisch-internat. Oper v. Mayallino. Anfang 8 Uhr.

Sanssouci. Donnerstag, Sonntag und Montag: Hoffmanns Nord-Sänger. Nach jeder Solree: Tanzkränzchen. Lustige Bagabonden.

Deutsche Konzerthallen. Spandauer Brücke. Täglich 4 ausländische Kapellen 4. Gr. Theater-Vorstellung. Allen Freunden und Bekannten empfehle mein Weisk und Saurisch-Hierotal, sowie meine beiden Vereinsnummern mit Stadler für 20 und 50 Personen. 4862. August Bieberstein, Adalbertstr. 61.

Cirkus Schumann. Heute Sonnabend, den 26. Januar 1901, abends präcise 7 1/2 Uhr: XVIII. Grande Soirée High-Life. Gala-Programm. 8. gr. Internat. Rennen der berühmtesten Berufsfahrer Europas. Heute 4 Rennen. Es starten: 1. Krüger (Lübeck) gegen Peter (Berlin), 2. Heller (Hien) gegen Kranke (Berlin), 3. Joseph Fischer (München) gegen Heinz (Berlin), 4. Mündner (Berlin) gegen Boquillon (Paris). I. Preis: 1500 Mark. II. Preis: 1000 Mark. III. Preis: 500 Mark. Vorher: fünf neu engagierten Spezialitäten. Die neuesten Originalreufen des Dir. Wld. Schumann. Neu! Das kleinste Vier der Welt. Höhe 19 Zoll. Zum Schluss zum 128. Male: China. Großes Manegen- u. Wasserstück der Gegenwart. 600 Mitwirkende. Sämtl. Einlagen. Sonntag: 9 große Vorstellungen. Nachmittags 1 Kind frei. Abends: „China“. 9. Internat. Rennen.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel. Karlsruherstr. 7. Wochentags 7 Uhr. Sonntag 5 Uhr. Spezialitäten. J. M. Hätt. Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung. Wo ist die schönste Zuppartie? Durch den Grunewald nach Pichelswerder zum alten Freund. (4942)

Gewerbegericht zu Berlin. Nr. 609 Gew.-Ber. 00. In Sachen der von den Berliner Militärstellen-Sattlern gegen die Firma Franz Pregel u. Co. wegen Nichterhaltung des Vergleichs vom 27. September 1900 vorgebrachten Beschwerde wird in Gemäßheit des § 66 des Gesetzes betreffend die Gewerbeurteile vom 29. Juli 1890 und des § 75 des Ortsstatuts für die Stadt Berlin vom 26. Oktober/2. November 1892, betreffend das Gewerbegericht zu Berlin, öffentlich bekannt gemacht, daß in der Sitzung des von den Arbeitnehmern als Einigungsamt angerufenen Gewerbegerichts am 27. September 1900, an welcher teilgenommen haben:

- 1. Gewerbeichter v. Schulz als Vorsitzender, 2. Putzmachermesler Nacht, 3. Lederhändler Römer als Arbeit-geber-Beisitzer, 4. Formex Köhnen, 5. Tischler Koblenger als Arbeit-nehmer-Beisitzer.

Apollo-Theater. Phänomenaler Erfolg: Valentine Petit. Les Minstrels parisiens Helene Gerard - Rob. Steidl und die 10 ausgezeichneten Spezialitäten. Um 8 1/2 Uhr: Des Löwen Erwachen. Kom. Operette in 1 Akt v. J. Brandt. Anfang 8 Uhr. Mittwoch, Sonnabend- und Sonntag-nachmittag: Grosse Zauber-Soirée von Ben-Ali-Bey.

Wer wagt, gewinnt! Ziehung 1. Februar. Jährlich 12 Gewinn-Ziehungen mit abwechsl. Hauptpreisen in Mk. 300 000, 178 500, 135 000, 120 000, 90 000, 45 000 etc. „Jedes Los ein Treffer“ bietet die aus hundert Mitgl. best. Serienlos-Gesellschaft. Monatl. Beitrag M. 5,50. Halbo Beteiligung M. 3,-. L. Löhbers, Lübeck 13.

Gewerbegericht zu Berlin. Nr. 13 Gew.-Ber. 01. In Sachen des Anstalts der Kaufher und Arbeiter der vereinigten Berliner Metzlerwerke wird in Gemäßheit des § 66 des Gesetzes, betreffend die Gewerbeurteile vom 29. Juli 1890 und § 75 des Ortsstatuts für die Stadt Berlin vom 26. Oktober/2. November 1892, betreffend das Gewerbegericht zu Berlin öffentlich bekannt gemacht, daß in der Sitzung des sowohl von den Arbeitgebern als auch von den Arbeitnehmern als Einigungsamt angerufenen Gewerbegerichts am 10. Januar 1901, an welcher teilgenommen haben:

- 1. Gewerbeichter v. Schulz als Vorsitzender, 2. Ingenieur Bernhardt, 3. Grubenbesitzer Köhnen als Arbeit-geber-Beisitzer, 4. Former Köhnen, 5. Handelsstiftungsarbeiter Schumann als Arbeit-nehmer-Beisitzer.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am Freitag, den 25. d. M., mein lieber Mann, unser guter Vater, Sohn, Bruder, Schwiegersohn, Schwager und Onkel Otto Zorn im 32. Lebensjahre plötzlich verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 27. d. M., nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Genuß-Kirchhofs zu Altdorf, Hermannstraße, aus statt. Heute vormittag entließ sich plötzlich meine Kollege, der Expedient Otto Zorn. Wir werden demselben feierlich gedenken. Berlin, 25. Januar 1901. Das Personal der Firma Weichbrodt & Friedrich. Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 3 Uhr von der Halle des Genuß-Kirchhofs aus statt. [25568]

Allen Verwandten, Kollegen, Genossen und Freunden, insbesondere dem Verband der anholzbearbeitungs-maschinen-beschäftigten Arbeiter, dem Sozialdemokratischen Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis, den Kollegen der Fraktion von Adolf Hoes, dem Vize und den Kollegen der Firma Becker, sowie den Sängern von „Ueberfreiheit“ für die rege Teilnahme beim Begräbnis meines lieben Mannes meinen herzlichsten Dank. [22456] Witwe Martha Stein.

Elektra. Neuer Abendkursus. 8. Febr. Keine Vorkenntnisse. Anmeldungen im Bureau 55. Prinzenstrasse 55. Prospekte gratis. Köpenick, Grünauerstr. 70. H. Königs Restaurant hält sich bestens empfohlen. 5019. Socialistische Bücher und Zeitungen, sowie andre Literatur laut Buchhandlung Streifau, 6032. Buchstr. 10, Hof, Tiergarten.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am Freitag, den 25. d. M., mein lieber Mann, unser guter Vater, Sohn, Bruder, Schwiegersohn, Schwager und Onkel Otto Zorn im 32. Lebensjahre plötzlich verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 27. d. M., nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Genuß-Kirchhofs zu Altdorf, Hermannstraße, aus statt. Heute vormittag entließ sich plötzlich meine Kollege, der Expedient Otto Zorn. Wir werden demselben feierlich gedenken. Berlin, 25. Januar 1901. Das Personal der Firma Weichbrodt & Friedrich. Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 3 Uhr von der Halle des Genuß-Kirchhofs aus statt. [25568]

Verband der Sattler. Filiale Tischner u. Koffermacher. Am Dienstag, den 22. Januar, verstarb unser Mitglied, der Tischner Franz Koller (Werkstelle Tschütz u. Joppich). Ihre feinem Andenken! Die Beerdigung findet Sonntag, den 27. Januar, nachm. 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofs von Friedrichshagen aus statt. Zahlreiche Beteiligung erwünscht! Der Vorstand der Tischner und Koffermacher.

Orts-Krankenkasse der Sattler Berlins. Dienstag, den 22. Januar, verstarb das Mitglied Franz Koller. (Werkstelle Tschütz u. Joppich). Ihre feinem Andenken! Die Beerdigung findet Sonntag, den 27. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofs von Friedrichshagen aus statt. Zahlreiche Beteiligung erwünscht! J. A. G. Ahmann, Reubank.

Am 24. Januar, 1/3 Uhr, entließ sich nach langem, schwerem Leiden unser lieber Sohn, Bruder und Schwager, der Lithograph Georg Eysen im 32. Lebensjahre. [22566] Dies zeigen mit tiefstem Schmerz und der Bitte um stille Teilnahme hierdurch er-gedenkt an Berlin, den 25. Januar 1901. Die trauernden Hinterbliebenen. Die Beerdigung findet Sonntag, den 27. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Friedhofs in Friedrichshagen aus statt.

Dankfagung. Allen Freunden und Bekannten, welche an der Beerdigung meines lieben Mannes teilgenommen haben, sage hiermit meinen herzlichsten Dank. [22535] Frau Thine Mal.

Dankfagung. Allen Verwandten, Kollegen, Genossen und Freunden, insbesondere dem Verband der anholzbearbeitungs-maschinen-beschäftigten Arbeiter, dem Sozialdemokratischen Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis, den Kollegen der Fraktion von Adolf Hoes, dem Vize und den Kollegen der Firma Becker, sowie den Sängern von „Ueberfreiheit“ für die rege Teilnahme beim Begräbnis meines lieben Mannes meinen herzlichsten Dank. [22456] Witwe Martha Stein.

Dankfagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unseres guten Bruders Otto Block sagen wir allen Verwandten, Bekannten und Kollegen, insbesondere dem Gesangsverein „Typographia“, unseren herzlichsten Dank. [22496] Geschwister Sted.

Neue Unterrichtskurse des Arbeit-Stenogr.-Vereins „Stolze“ in der „Vereinfachten Deutschen Stenographie“ beginnen: Dienstag, den 29. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Giesert, Schulstr. 29. Donnerstag, 31. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Fischer, Waldstr. 8. Freitag, den 1. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Grupp, Annenstr. 16. Unterrichtsgeld 4 Mk. Die erste Stunde ist kostenfrei. Das Lehrbuch wird gratis geliefert.

**Aktienbrauerei**  
**Hohen-Schönhausen**  
 Hohen-Schönhausen bei Berlin NO.,  
 Vor dem Landsberger Thor.

Der Ausstoss unseres diesjährigen  
**Bock-Biers**  
 erfolgt am  
**26. Januar 1901.**

Auch in diesem Jahre ist es gelungen, ein schönes  
 vollmundiges Bier zur Bock-Saison herzustellen, und  
 wird dasselbe nicht verfehlen, bei den Bockbier-  
 Festen unserer geehrten Abnehmer die frohlichste  
 Laune hervorzurufen. [50/5\*

**Sonntag, den 27. Januar 1901**  
 findet in unserer Brauerei-Ausschank zu Hohen-  
 Schönhausen im  
**Wirtshaus am Orankesee**  
 das erste grosse  
**Bockbier-Fest**  
 statt.

**Brauerei Oswald Berliner**  
 Brunnenstr. 141-143.

Der Ausstoss meines diesjährigen  
**Bock-Bieres**  
 findet am Sonnabend, den 26. Januar, statt.  
**Brauerei Oswald Berliner.** [30/8

**SULIMA**  
**CIGARETTEN.**  
 Feinste Marken!

Jährliche Production: 151 Millionen.

Sabit . . . . . 6 Pfg.	Moussoux . . . . . 4 Pfg.
Jascha . . . . . 5	Ideal des Kenners 3
Chasse Café . . . . . 4	Pimi . . . . . 3

**Möbel und Holzwaren. Franz Tutzauer,**  
 Tischlermeister, Berlin N., Brunnenstr. 152.

**Brauerei Germania, Aktien-Gesellschaft**  
 Tel. VII 2645. Berlin O. 84, Frankfurter Allee 53. Tel. VII 2645.

In ca. 70 eignen Geschäften [681L\*

**Bockbier** vom  $\frac{4}{10}$  Liter **10 Pf.**  
 1 ca.  $\frac{1}{10}$  Ltr.-Flasche 10 Pf.  $\frac{1}{2}$  To. M. 3,50.  
 15  $\frac{4}{10}$  Ltr.-Flaschen M. 1,50 frei Haus.

**Für Magenleidende!**

Allen denen, die sich durch Erkältung oder Ueberladung des Magens, durch Genuss mangelhafter, schwer verdaulicher, zu heisser oder zu kalter Speisen oder durch unregelmäßige Lebensweise ein Magenleiden, wie:

**Magenkatarrh, Magenkrampf, Magenschmerzen, schwere Verdauung oder Verschleimung** angezogen haben, sei hiermit ein gutes Hausmittel empfohlen, dessen vorzügliche Wirkungen schon seit vielen Jahren erprobt sind. Es ist dies das bekannte

**Verdauungs- und Blutreinigungsmittel, der Hubert Ullrich'sche Kräuter-Wein.**

Dieser Kräuter-Wein ist aus vorzüglichen, heilkräftig befundenen Kräutern mit gutem Wein bereitet, und stärkt und belebt den Verdauungsorganismus des Menschen, ohne ein Abführmittel zu sein. Kräuter-Wein beseitigt Störungen in den Blutgefässen, reinigt das Blut von verdorbenen krankmachenden Stoffen und wirkt fördernd auf die Neubildung gesunden Blutes.

Durch rechtzeitigen Gebrauch des Kräuter-Weins werden Magenübel meist schon im Keime erstickt. Man sollte also nicht säumen, seine Anwendung anderen schweren, ägenden, Gesundheit gefährdenden Mitteln vorzuziehen. Symptome, wie: Kopfschmerzen, Aufstossen, Zittern, Blähungen, Uebelkeit mit Erbrechen, die bei chronischen (veralteten) Magenleiden um so heftiger auftreten, werden oft nach einigen Mal Trinken beseitigt.

und deren unangenehme Folgen, wie Beklemmung, Stuhlverstopfung, Kolikschmerzen, Herzlopfen, Schlaflosigkeit, sowie Blutanstauungen in Leber, Niere und Pfortaderstamm (Hämorrhoidalleiden) werden durch Kräuter-Wein rasch und gelind beseitigt. Kräuter-Wein beugt Unverdaulichkeit, verleiht dem Verdauungsorgan einen Aufschwung und entfernt durch einen leichten Stuhl untaugliche Stoffe aus dem Magen und den Gedärmen.

**Hageres, bleiches Aussehen, Blutmangel, Entkräftung** sind meist die Folge schlechter Verdauung, mangelhafter Blutbildung und eines krankhaften Zustandes der Leber. Bei geringerer Appetitlosigkeit unter nervöser Abspannung und Gemüthsverstimmung, sowie häufigen Kopfschmerzen, schlaflosen Nächten, stehen oft solche Kranke langsam dahin. Kräuter-Wein giebt der geschwächten Lebenskraft einen frischen Impuls. Kräuter-Wein steigert den Appetit, befördert Verdauung und Ernährung, regt den Stoffwechsel kräftig an, beschleunigt und verbessert die Blutbildung, beruhigt die erregten Nerven und schafft dem Kranken Lebenslust. Zahlreiche Anerkennungen und Dankschreiben beweisen dies.

Kräuter-Wein ist zu haben in Flaschen à 1,25 und 1,75 M. in sämtlichen Apotheken von Berlin und Berlin Vororten, sowie in Bremen, ganz Deutschland und im Auslande in den Apotheken.

Auch versendet die Firma „Hubert Ullrich, Leipzig, Weststr. 82“, 3 und mehr Flaschen Kräuter-Wein zu Originalpreisen nach allen Orten Deutschlands porto- und frachtfrei.

**Vor Nachahmungen wird gewarnt!**  
 Man verlange ausdrücklich  
**Hubert Ullrich'schen Kräuter-Wein.**

Wein Kräuter-Wein ist kein Geheimmittel; seine Bestandteile sind: Malaga-Wein 440,0, Weisspflaum 100,0, Süsswein 100,0, Rosmarin 240,0, Ebereschensaft 150,0, Ririchsöl 320,0, Ranna 30,0, Fenchel, Anis, Pfefferminzwurzel, amer. Koffm. Wurzel, Ginzangwurzel, Kalmuswurzel aa. 10,0. Diese Bestandteile mischt man. 6900\*

**Jeder Arbeiter**  
**Jeder Handwerker**  
 sollte zur Arbeit

die Lederhose **Herkules** tragen.  
 Klein-Verkauf. Sehr starke Ware in praktischen grauen u. braunen Streifen. Hinten u. vorn am Bund aus einem Stück gearbeitet. Riethüfte u. Koppnähte. Keine Leder- u. Pilot-Taschen, Grohe Hüften umsonst. Die Hufe

bei Entnahme von 4 M. 50  
 4 M. 50  
 1 M. 90  
 1 M. 50  
 2 M. 50  
 2 M. 50  
 4 M. 25  
 13.- 9.-  
 4,00-3 M. 40  
 2,50, 2 M. 20  
 2 M. 40  
 7 M. 50  
 3 M. 75

**Baer Sohn**  
 Ein gros. Export. Ein detail.  
 Chausseest. 21a/25, Brückenstr. 11.  
 Gr. Frankfurterstr. 20.  
 Die 16te Preisliste 1901 über gefamte Herren- u. Knaben-Bekleidung (Ausgabe 1 Million) wird kostenlos und portofrei angeandt.  
 Versand von 20 M. an franco. — Bei Bestellung genügt Angabe der Brust- u. Bundweite u. Schnittlänge. Obige Preise gelten für normale Größen. 4972\*

**„Chic“**  
 Gr. Frankfurterstr. 39.

Grosser Inventur-Ausverkauf zu bedeutend herabgesetzten Preisen. Während des Ausverkaufs erhält jeder Käufer von 3 M. an eine eleg. seidene Krawatte umsonst.

Spezialität: Hüte, Krawatten, Wäsche, wollene Unterwäsche, Schirme, Stöcke, Handschuhe spottbillig.

**„Chic“** [669L\*  
 Gr. Frankfurterstr. 39.

**Masken**  
 Kostüme-Verleihbazar  
 größte Auswahl, billigste Preise  
**Fr. C. Frommholz**  
 Eissackstr. 78, Ecke Adersstr.

**Honig!** Oldenb. Bienenhonig, beste Qualität, versendet 9 Pfd. netto zu 6,50 M., 6 Pfd. netto zu 4 M. fr. Nachh. Gar. Jährlich.  
**E. Reil, Nordloh,**  
 Bahnhof Auguststr., Oldenburg. [6782\*

**Kleine Anzeigen.**

**Verkäufe.**

Restauration, gutes Geschäft, wegen Krankheit meiner Frau sofort zu verkaufen. Bier, Alle Jakobstr. 119. [4682\*

Gardinenhand Große Frankfurterstr. 9, parterre. 39\*

Elegante vorjährige Herrenhosen, feine Stoffe 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21 II.

Betten, Steppdecken, Gardinen spottbillig Verkaufshaus Reanderstr. 6.

Teppiche, Remontoirarbeiten, Regulatorie, spottbillig Verkaufshaus Reanderstr. 6. 49/13

Wirtschaft, Kuchbaum, spottbillig, auch einzeln Gartenstr. 148, I. links.

Nähmaschinen: Adler, Pfaff, Singer, Ringel, Bobbin, Wolf und Bräutigam auf Teilzahlung, Koldewitz, Wangelstr. 118. 4652\*

Nähmaschinen aller Systeme verkauft Gustav Schmidt, Alexanderstr. 7, Hof 2 Treppen. 1438\*

Nähmaschinen, Adler, Pfaff, Singer, Ringel, Bobbin, Wolf und Bräutigam auf Teilzahlung, Koldewitz, Wangelstr. 118. 2233b

Nähmaschinen, Singer, Adler, Bobbin, Ringel, Bobbin, die berühmten Dutzend, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Diese Nähmaschinen verkauft, Brunnenstr. 119. 4662\*

Teppiche mit Farbenflecken, Fabriküberläge Große Frankfurterstr. 9, parterre. 39\*

Nähmaschinen sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, 1,00 wöchentlich. Bestellung sofort hierher sofort Liebe, Wangelstr. 16, und Gurische, Vorkingstr. 2. 1982b\*

**Nähmaschinen** sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, Woche 1,00, Lieferung sofort, Postkarte. Louis Landsberger, Landsbergerstr. 36 kein Laden. [1130\*

Gebäcköfen! Sparheime! 7,00 10,00, Reflektor 14,00! Gasöfen, zweifach, 6,00! Wühlauer, Wälnertheaterstr. 32. [1913b

Kanarienvogel, große Auswahl, Judenschinken 1 Mark, lauffähig, Stollschänke 1,50, Vogelhandlung Drahtstr. 87. 2234b

Kanarienvogel billig, Brandt, Holzmarktstr. 9. 2230b

Sonntag Kaninchenmarkt, Fisch- und Schokolade, Marienburgerstr. 49, Restaurant. 456\*

Malztrübier, blutbildend für Unterm, Brustkrank, Schwächliche, Gewichtszunahme, bessere Gesichtsfarbe, überraschend, 14 Flaschen à 3 Mark, 1/2 Liter 3,50 erstklassig. Nicht Flaschengeld, Qualität! Entschuldig. Portiererei Ringel Bernauerstr. 119. 88/3\*

Steppdecken am billigsten Habitt Große Frankfurterstr. 9, parterre.

Porzellanporzellan, neue Kollektion an Schüsseln, sowie angelegtes Besteck, Schüssel, Kannestr. 21, (Schubladen).

Kohlengas, altes, verpackt, Chorinerstr. 17. [2237b

Fahrräder, veraltete, Verkaufshaus Reanderstr. 11. [60/4

Eleganter zerlegbarer Hochbaur und seiner Belangheit billig zu verkaufen. Schwarz, Adersstr. 154, Hof I. 2245b

Halbrenner, 99 cr, spottbillig (halber Preis). Gartenstr. 148, vorn I links. [141\*

Goldsilberwaren, eine Partie billig zu verkaufen. Cranenburgerstr. 89, IV links, Sonntagvormittag.

**Vermischte Anzeigen.**

François Leçons 0,75. Professor Parisien Pommereh, Bröitestr. 19.

Elektrotechnik, Abendkurs, monatlich 6 Mark. Jasion, Alle Jakobstr. 24. 2127b

Patentanwalt Danmann, Oranienstr. 57, Vorkingplatz. Erdbeben-sicherer Rat abends 8 bis neun.

Rechtsbureau Rechtschiff, Eingabengasse, Materie, Andreaskirchstr. 63. [2194b\*

Augustabad, Alpenstr. 60. Bäder jeder Art für sämtliche Krankheitsfälle. 4712\*

Widifikation! Wer sich über diese wichtige Angelegenheit unserer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbundes gegen Widifikation, welche unentgeltlich versendet werden vom Tierärztlichen Verein Berlin, Königstr. 108. Um gütigen Abdruck wird gebeten. Arbeitervereine, welche in ihren Versammlungen Vorträge wünschen über Widifikation, wollen sich um Referenten an dieselbe Adresse wenden. [225b

Wiederlegions, Strohaus, Bredm, Weidstr. 10 und alle anderen Häuser belebt und kauft Antiquariat Kochstr. 55, Amt 1a 6944. 4572\*

Waisenverleih, Institut von Ferdinand Henke, Dammstr. 1. [2245b

Kunststofferei von Frau Kolodny, Steinwegstr. 48.

Wer Stoff hat? Feinste Herrenanzüge mit Futterstoffen 15. Wagner, Schneidermeister, Frankfurterstr. 50, III. Namen beachten! [2245b

Wassig, Gold, Silber, Treiben, Koldewitz, Zimmerstr. 32. [2245b

**Mittagstisch, Hausmannskost,** mit Bier 50 Pfennige Kinnerstr. 16 (Vollst.). 4582\*

Zahl und Bereinigung empfindlich Jannasch, Inselstr. 10. [3066\*

Bereinigungsraum frei, Ladeberg, Kommandantenstr. 65. 2338\*

Bereinigungsraum, Sommer, Wankelstr. 25. 1940b

Bereinigungsraum, dreifach, zu vergeben, Georg Schulze, Gerichtstr. 50. [764\*

Bereinigungsraum zu vergeben, 50-100 Personen, bei Jannasch, Wankelstr. 18. 132\*

Bereinigungsraum, großes, Reiderbergstr. 24. 2225b

Kleines Bereinigungsraum zu vergeben, Schälbe, Mariannenstr. 35. 1940b

Bereinigungsraum, Simonstr. 23. 444K\*

Bereinigungsraum, Pianino, 30 bis 40 Personen, bei Jannasch, Wankelstr. 18. 2251

Ich habe mich an Stelle des Herrn Dr. Jochen, Wankelstr. 14, als Arzt niedergelassen. Dr. Godiet.

Bereinigungsraum für Vereine und Festlichkeiten, 80 Personen, Schiller, Wankelstr. 16. 132\*

Kleine Säle mit Nebenräumen für Hochzeiten und Vereine, sind zu vergeben. Wankelstr. 16, Sudoverstr. 9.

**Schlafstellen.**

Schlafstelle, Herrn. Wiegner, Wankelstr. 20, parterre. [1137\*

**Arbeitsmarkt.**

**Stellengesuche.**

Blinder Stuhlradler bittet um Arbeit. Stühle werden gut geflochten, dieselben werden abgeholt und zurückgeliefert. Wäcker, Wankelstr. 27.

**Stellenangebote.**

Zehn tüchtige Korbmachergesellen auf grüne Arbeit finden dauernde Beschäftigung, Friedrich Gehrich, Groß, Wankelstr. 11, verlängerte Wankelstr. 32. 4662\*

Tüchtige Dreigewerter für Bergwerksverein zum Wirtswort gesucht. Offerten mit Angabe des Honorars sind zu richten an Heinrich Engel, Wankelstr. 38, vorn IV. 716

Tüchtige Korbmacher finden bei hohem Lohn dauernde Beschäftigung. Groß & Co., Wankelstr. 146. [2245b\*

Schmied, tüchtig auf Korbmachermesser, gesucht. Offerten unter Q 2 an die Expedition dieses Blatts. \*

2 Blätterinnen sofort verlangt. Schmäde, Rummelstr. 2, Schillerstr. 9, Laden. [4738

Wankelstr. auf Vorkauf, an einem Hause (1,75-2,00 Mark), verlangt (Vorkauf), Wankelstr. 11, II. [2245b\*

Wankelstr. auf Vorkauf, an einem Hause, Sack 1,70-2,25, verlangt D. Fritz, Wankelstr. 34.

Mädchen für alles finden die besten Stellen nur im Berntungs-comptoir Wankelstr. 93. [2206b

Zu Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile

**Wochenlohn**  
 erhalten tüchtige Aquilatoren jeder Berufsrichtung (auch Krankenpflege) allerorten. Subdirektion Schenk, Berlin, Kasser Wilhelmstr. 28. [48/8\*

**Achtung Theaterarbeiter!**  
 Der Streik im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater besteht weiter. Dasselbe ist somit noch wie vor gesperrt bis auf weiteres. 287/10\*

Der Vorstand des Verbandes des technischen Bühnenpersonals.

**Achtung! Stuccateure!**  
 Bei den Herren Jäckel, Herrlich, Hanka haben sämtliche Arbeiten wegen Unbilligkeit der Arbeit niedergelegt. Die Arbeit wird sofort wieder aufgenommen. Die Lohnkommission. 173/4

**Achtung! Tischler!**  
 In der Möbelfabrik von Altmann, Wankelstr. 78, haben sämtliche Tischler wegen Unbilligkeit der Arbeit niedergelegt. Die Arbeit wird sofort wieder aufgenommen. Die Lohnkommission. 173/4